

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehälte Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Wöchl.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Heinrich Dietz.

Lichter und Lichter werden die Reihen der Alten in unserer Partei, die sich schon in der ersten Sturm- und Drangperiode der deutschen Sozialdemokratie der roten Fahne angeschlossen und die rauhen, traurigen Tage des Sozialistengesetzes mit ihren Verfolgungen und bitteren Leiden durchgemacht haben. Um so mehr freuen wir uns, wenn heute noch Mitglieder dieser alten Avantgarde in voller Rüstigkeit unter uns weilen, und gerne feiern wir ihre Jubiläumstage mit, denn diese sind im gewissen Sinne auch unsere.

Zu diesen Alten unserer Partei, die so manches Dienstjahr in der Partei hinter sich haben, gehört auch Johann Heinrich Wilhelm Dietz, der, da er am 3. Oktober 1843 geboren ist, heute seinen siebzigsten Geburtstag feiert. Als Kämpfer in der parlamentarischen Arena ist zwar Dietz, wenn er auch im Deutschen Reichstag wie im Württembergischen Landtag oft seinen Namen gestanden hat, weniger hervorgetreten; seine großen Verdienste um die sozialdemokratische Partei liegen auf anderem Gebiet; auf dem Gebiet der sozialistischen Literatur. Ohne das unermüdete Wirken des Genossen Dietz, seinen großen Sinn und sein geschäftliches Geschick, hätten wir heute nicht unsere ausgedehnte wissenschaftliche Parteiliteratur, vor allem nicht unsere marxistische Literatur. Jahrzehntelang haben unsere Altmeister Marx, Engels, Lassalle an die Lüre bürgerlicher Verleger klopfen müssen, um ihre Werke gedruckt zu sehen und sie der Arbeiterklasse zugänglich machen zu können; erst im höheren Alter hatte Friedrich Engels die Genugtuung, seine wissenschaftlichen Werke in einem Parteiverlag erscheinen lassen zu können und zu sehen, wie sie von dort aus in schneller Folge in die breite Masse des arbeitenden Volkes drangen. Nicht nur den unermüdeten Agitatoren und Parlamentariern, die in der Kleinagitation und auf der Rednertribüne zum Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufriefen, gebührt der Dank der heute zu einer mächtigen Arbeiterpartei erstarkten Sozialdemokratie, auch den sozialistischen Schriftstellern, die mit Schabel und Hirn gepflügt haben, um den Kämpfenden die geistige Munition zu liefern, und nicht minder dem Mann, der es mit Ausdauer und Umsicht verstanden hat, den Bücherbetrieb der sozialistischen Propaganda dienstbar zu machen, und die sozialistische Literatur — nicht nur kleine billige politische Agitationschriften, sondern auch größere ökonomische, historische, naturwissenschaftliche Werke — in weite Leserkreise zu bringen. Eine Aufgabe, die eine Fülle ernster, sorgfältiger Arbeit erforderte; denn als Dietz seine Verlegerstätigkeit begann, fehlte es noch an einer in Betracht kommenden größeren Lesegemeinde für solche Werke. Sie mußte erst allmählich unter sorgfältiger Verächthigung des Charakters und der Bedürfnisse ihrer verschiedenartigen Elemente herangezogen und herangebildet werden. Und nicht nur auf dem Gebiete der deutschen, auch um die Entwicklung der russischen sozialistischen Literatur hat Genosse Dietz sich die größten Verdienste erworben. Er war um so mehr zu dieser Leistung befähigt, als er jahrelang in russischen Druckereien und Verlagsgeschäften gearbeitet und sich dort nicht nur die Kenntnis der russischen Sprache, sondern auch des russischen Buchhandels und der russischen revolutionären Literatur erworben hatte.

Geboren ist Dietz am 3. Oktober 1843 in Lübeck. Nach Besuch der dortigen Petri-Sknebenschule wurde er Buchdrucker und arbeitete darauf als Schriftsetzer in verschiedenen deutschen und russischen Städten, wurde aber durch den Ausbruch des Krieges von 1866 gezwungen, nach Deutschland zurückzukehren. Im Jahre 1874 kam er nach Hamburg, wo er in die Philippsche Buchdruckerei eintrat und sich der sozialistischen Bewegung anschloß. Er erwarb sich in kurzen dermaßen das Vertrauen der Hamburger Genossen, daß sie ihm 1876, nach der Einigung der Eisenacher und Lassalleaner in Gotha, die technische Leitung der zur Herstellung des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“ neuingerichteten Genossenschaftsdruckerei übertrugen.

Doch das junge Zeitungsunternehmen fiel alsbald dem Sozialistengesetz zum Opfer. Wie anderswo, setzte auch in Hamburg die Sense des Schandgesetzes fast alle Arbeiterorganisationen hinweg, ebenso die politischen und Gewerkschaftsblätter. Um die Genossenschaftsdruckerei vor dem Zusammenbruch zu retten, übernahm sie Dietz im Oktober 1879 käuflich. Die Polizei kehrte sich nicht daran, schon am 31. Oktober wurde das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ verboten. Dadurch wurde das gesamte Redaktions- und Expeditionspersonal sowie eine große Anzahl Buchdrucker, Setzer und Zeitungsfolporteurate brotlos. Genosse Dietz suchte den Schlag zu parieren, indem er als Ersatz für das unterdrückte Parteiblatt die „Gerichtszeitung“ herausgab.

Die sozialdemokratische Bewegung in Hamburg hielt jedoch allen Bedrückungsmahnen stand. Am 27. April 1880 wurde vom zweiten Hamburger Wahlkreise G. W. Hartmann als erster sozialdemokratischer Abgeordneter der Hansestadt Hamburg in den Reichstag gesandt. Die Hamburger Polizei holte auf Drängen der preussischen Regierung zu einem neuen Schläge aus. Auch über Hamburg-Altona wurde der Belagerungszustand verhängt und darauf am 27. Oktober 1880 das Redaktions- und Expeditionspersonal sowie mehrere Setzer der „Gerichtszeitung“ ausgewiesen — ebenso auch Dietz selbst. Mit größter Mühe gelang es Dietz, den Betrieb der

Druckerei wenigstens vorläufig aufrechtzuerhalten und das Weitererschmeinen der „Gerichtszeitung“ zu ermöglichen. Um in der Nähe des Gefängnisses zu bleiben, ging Dietz mit Auer und Hillmann nach dem benachbarten Harburg und suchte von dort aus den Betrieb zu leiten — vergebens; als man in Berlin sah, daß trotz aller Ausweisungen die „Gerichtszeitung“ nicht einging, erfolgte am 22. März 1881 aus den wichtigsten Gründen ihr Verbot.

Genosse Dietz ging nun nach Stuttgart und übernahm dort die infolge der Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig von der Reichstadt nach Stuttgart verlegte ehemalige Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei. Doch auch dort noch wurde Genosse Dietz während der nächsten Jahre durch wiederholte Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Broschüren und Wahlflugblättern in seinem Betriebe gestört. Auch die Bekanntheit mit dem Gefängnis blieb ihm nicht erspart. 1886 wurde er in den Freiburger Geheimbündnisprozess verwickelt und zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er vom November 1886 bis Mai 1887 in Chemnitz verbüßte.

Bald nach dieser Ueberfiedelung des Genossen Dietz nach Stuttgart im Sommer 1882 hatte ihm Genosse Kautsky, damals noch ein junger Schriftsteller von 28 Jahren, die Gründung einer wissenschaftlichen, im Geiste der Marx'schen Lehre redigierten Monatschrift vorgeschlagen. Die Lage der Partei war gerade in jener Zeit eine äußerst ungünstige. Der innere Zusammenhang war vielfach durch den Kampf gegen das Sozialistengesetz erschüttert, die Parteibetriebe schwebten, während von der Vernichtung bedroht, zwischen Tod und Leben. Alle Anstrengungen konzentrierten sich auf die Aufrechterhaltung der gefährdeten politischen Stellung, die Aussichten, daß die Herausgabe der neuen Monatszeitschrift in nächster Zeit rentieren werde, waren also äußerst gering. Eine nicht gerade günstige Situation für ein solches Unternehmen. Dennoch willigte Dietz ein, das Wagnis zu übernehmen und im Oktober 1882 wurde von Dietz, Kautsky, Reibrecht, Bebel und Heinrich Braun die Gründung beschlossen. Die Redaktion wurde Kautsky übertragen.

Diese Gründung der neuen Revue, der „Neuen Zeit“, war ein um so riskanteres Unternehmen, als das Blatt die Marx'sche Lehre vertreten und in die deutsche Sozialdemokratie einführen sollte; diese Lehre aber gegen die damals herrschenden sozialistischen Anschauungen in der Partei aufs schärfste vertrat. Schon vorher hatte der schnelle Aufschwung der sozialdemokratischen Partei nach der Einigung — sie errang bei den Reichstagswahlen im Jahre 1877 rund 43000 Stimmen — einige wohlmeinende und wohlhabende Anhänger des Sozialismus zur Gründung sozialistischer Revuen bestimmt. 1877 hatte Dr. Wiede in Jülich die „Neue Gesellschaft“ gegründet und zur Mitarbeit auch Karl Marx und Friedrich Engels eingeladen: eine Einladung, die von beiden aber kurzweg abgelehnt worden war — wie aus den zwischen Marx und Engels im Juli 1877 gewechselten Briefen hervorgeht, weil sie auf Grund ihrer Kenntnis des Mitarbeiterstabes befürchteten, daß diese Revue sich alsbald zu einem scheinwissenschaftlichen effektlosen Allerweltorgan gestalten würde, in der eine rücksichtslose Kritik dieses Eklektizismus schwerlich eine Stätte finden würde. Auch in Deutschland selbst, und zwar in Berlin, war vom Oktober 1877 bis zum 1. November 1878 eine sozialistische Halbmonatschrift erschienen, die von Karl Höpfer gegründet und redigiert „Zukunft“, die jedoch im wesentlichen auf demselben Boden stand, wie die „Neue Gesellschaft“ und einen eklektisch-humanitären-philosophischen, völlig unhistorischen Sozialismus vertrat, der seine Theorien aus den verschiedenartigsten Systemen zusammenschleppte, wie denn die „Zukunft“ auch zu Mitarbeitern Broudhonisten und Bodenreformer, Dühringianer und Robertianer, Schaffliener und darwinistische Sozialtheoretiker zählte. Die neugegründete „Neue Zeit“ vertrat hingegen von vornherein die marxistische Theorie. Sie ließ zwar nicht nur ausschließlich Marxisten zu Worte kommen und verschloß nicht kurzweg abweichenden Meinungen die Tür, wollte sie doch ein Organ der theoretischen Diskussion und Klärung sein; aber ihr Grundzug war streng marxistisch. Und bald wurde sie in dem aufstrebenden Tageskampfe jener Zeit zu einem Organ der wissenschaftlichen Sammlung, das in dem durch den Druck des Sozialistengesetzes geförderten Meinungsstreit und den vielfach auftauchenden putschistischen Neigungen zur richtungweisenden Standarte wurde.

Dafür, daß sie diese Aufgabe zu erfüllen vermochte, gebührt neben dem Leiter des Blattes vor allem dem Genossen Dietz der Dank; denn die „Neue Zeit“ hat natürlich zunächst gar manche Zuschüsse erfordert. Es war deshalb durchaus berechtigt, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ dem Genossen Dietz, als zu Beginn des Jahres 1905 das Blatt zeitweilig in den Verlag von Paul Singer überging in der Nr. 15 dieses Jahrganges ein tiefempfundenes „Wort des Dankes“ widmete.

Zugleich begann Dietz mit der Herausgabe einer Reihe sozialistischer Werte. Zunächst erschien eine deutsche Uebersetzung der Marx'schen gegen Broudhon gerichteten Streitschrift „Das Elend der Philosophie“. Ihr folgten alsbald als erstes Buch der neugegründeten „Internationalen Bibliothek“ Ed. Adolings „Darwinische Theorie“, dem sich alsbald eine Popularisierung der Marx'schen ökonomischen Lehren von Karl Kautsky anschloß. Werk folgte auf Werk. Heute hat die „Internationale Bibliothek“, der sich

später die „Kleine Bibliothek“ anreichte, längst das erste halbe Hundert Bände überschritten.

Und neben diesen Werken sind eine Reihe anderer sozialistischer Schriften, größere und kleinere, im Dietz'schen Verlage erschienen, darunter verschiedene historische und naturwissenschaftliche Lieferungswerke; denn bald stellte sich nicht nur in unserer Partei die Notwendigkeit ein, eine populäre billige Literatur zu schaffen, die aufklärend in die Massen drang, sondern zugleich auch Ueberschüsse abwarf, denn die Herausgabe der wissenschaftlichen Literatur erforderte zunächst Zuschüsse und wieder Zuschüsse. Anerkennung verdient aber, daß selbst bei der Herausgabe dieser Lieferungswerke der Dietz'sche Verlag auf wissenschaftliche Qualität gesehen und nie auf die Sensationslust des großen Lesepublikums spekuliert hat.

Mehr als zwei Jahrzehnte hindurch hat so der Dietz'sche Verlag fast allein die wissenschaftliche Literatur der Sozialdemokratie herausgebracht; erst in jüngerer Zeit, nachdem das Lesebedürfnis in unseren Reihen mehr und mehr zunahm, sind andere Parteiverlage ihm zur Seite getreten und haben ebenfalls größere wissenschaftliche Werke verlegt, vornehmlich die Verlagsbuchhandlung Vorwärts.

Trotz dieser mühevollen Tätigkeit als Verleger, in gewissem Sinne kann man sagen: als Bahnbrecher der sozialistischen Parteiliteratur, fand Genosse Dietz infolge seiner außergewöhnlichen Arbeitskraft dennoch die Zeit, eifrig in der politischen Agitation und im Parlament zu wirken. Seit 1881 vertritt er ununterbrochen den zweiten Hamburger Wahlkreis im Reichstag und verschiedentlich hat er den deutschen Parteitagen präsidirt.

So kann heute Dietz an seinem siebzigsten Geburtstage mit Stolz und Befriedigung auf das Werk zurückblicken, das er seit mehr als drei Jahrzehnten in rastloser Arbeit geschaffen hat, ihm selbst und der Partei zur Ehre. Wir wünschen ihm heute, daß er noch gar manches Jahr in gleicher Rüstigkeit und mit gleicher Umsicht im Dienste der Partei wirken möge.

Der Gruß aus Kelheim.

Einen wunderbaren Urteilspruch fällten am Donnerstag die bayerischen Geschworenen in Bayreuth. Das dortige Parteiblatt, die „Fränkische Volkstribüne“, hatte eine politische Karikatur veröffentlicht, die vorher in dem Montagsblatt des „Vorwärts“ gebracht worden war. Sichtlich die harmloseste Karikatur, die der „Vorwärts“ bisher veröffentlicht hat. Das unter Anlage gestellte Bild behandelte die Enthüllungsfest der Kelheimer Festhalle. Natürlich nicht vom Standpunkte des Festgebers und der Festteilnehmer aus. Dem falschen Pathos der Fürstentagefeier wurde die Auffassung des Volkes von solchen Feiern in Form einer Satire gegenübergestellt, die eigentlich an Harmlosigkeit und Gutmütigkeit gar nicht zu überbieten war. Der „hochpatriotische“ Festakt war einfach als gemüthlicher Festmahl abkonterteilt, bei dem die in Bayern regierenden Schwarzgen die schmunzelnden Schanzherren spielten.

Kann man sich eine sanftere Satirierung vom Standpunkte des Volkes aus denken? Man vergegenwärtige sich nur die Situation. Nach dem Urteile nicht nur der Sozialdemokratie, sondern aller ernsthaften Historiker waren die Freiheitskriege nicht nur ein Krieg zur Befreiung der Fürsten von der Umklammerung ihres forschenden Bedrängers, sondern auch eine gewaltige Volkserhebung zur Schaffung eines neuen Staats- und Gesellschaftslebens, zur Konstituierung des bürgerlichen Staats, zur Etablierung der bürgerlichen Freiheit. Gerade die hervorragendsten Geister in Deutschland, gerade die fortgeschrittensten Kreise hatten die französische Revolution und Napoleon keineswegs als ihren geschworenen Feind betrachtet. Sie hatten vielmehr anerkannt, daß gerade von der französischen Revolution und ihrem Erben Napoleon aus die fruchtbringenden Keime einer fortgeschrittenen Kultur auch nach Deutschland hineingetragen worden waren. Und so sehr sich auch das nationale Bewußtsein gegen die napoleonische Despotie auflehnte, so wenig zog die Volksmasse begeistert in den Kampf, um dem Volke nichts zurückzuerobern als die alte selbstherrliche Souveränität der deutschen Fürsten. Nein, nicht der Fürstenbefreiung galt der Volkssturm des Jahres 1813, sondern der Befreiung des Volkes vom fremdherlichen Joch nicht nur, sondern auch von der bedrückenden Despotie der angestammten Bedränger!

Unser Liberalismus freilich hat verabsäumt, diesen freihheitlichen politisch-sozialen Charakter der Befreiungskriege gegenüber den höfischen Jubiläumstagen gebührend hervorzuheben. Es ist der Sozialdemokratie vorbehalten geblieben, den durch die höfischen Veranstaltungen verbreiteten Geschichtslegenden die historische Wahrheit gegenüberzustellen. Ein kleiner, ganz kleiner Beitrag dazu sollte auch das Bild von der Kelheimer Feiern sein. Es sollte die dynastischen Brunnfeiern, die so gänzlich den wahren Inhalt der Volksbegeisterung bei den Befreiungskriegen außer acht ließen, im Sinne der Volksauffassung kennzeichnen. Es sollte die

innerliche Hohlheit jenes auch von bürgerlicher Seite so unzählige Male verspotteten „Festfeiern“ zeigen, dessen wir wahrhaftig schon übergenug haben. Und die angeklagte Karikatur hat das mit einer geradezu ausgesuchten Gutmütigkeit und Harmlosigkeit!

Der Herr Staatsanwalt freilich hat aus der harmlosen Karikatur die fürchterlichsten Beleidigungen des bayerischen Prinzregenten herausgelesen. Weil der Prinzregent auf dem Bilde eine der Situation entsprechende legere Stellung einnahm, folgerte der Herr Staatsanwalt, daß der Herr Prinzregent als Opfer des Alkohols verächtlich gemacht werden sollte. Man muß schon Staatsanwalt sein, keine Spur von Humor besitzen und das Recht der politischen Satire vollständig verkennen, um eine so groteske Auffassung vertreten zu können. Aber freilich, trotzdem ein Sachverständiger für die politische Karikatur, der bekannte Schriftsteller Eduard Fuchs, sowohl dem Herrn Staatsanwalt als auch dem Gerichtshof ein eingehendes Privatissimum über das Wesen der Karikatur und über die sowohl ästhetisch als auch politisch erworbenen unüberwundenen Rechte der politischen Karikatur gelesen hatte, schlug doch der Gerichtshof schließlich alle diese Beleidigungen völlig in den Wind, indem er unbegreiflicherweise auf ein Schuldig erkannte und den verantwortlichen Redakteur unseres Bayreuther Bruderorgans zu einem Monat Festung verurteilte.

Bayern braucht auf diesen Triumph seiner Justiz wirklich nicht stolz zu sein. Diese banausische Rechtsung der politischen Satire durch die bayerischen Geschworenen ist um so unbegreiflicher, als tagtäglich in den Witzblättern Deutschlands nicht nur, sondern gerade auch in spezifisch bayerischen Witzblättern politische Karikaturen erscheinen, die an Draht und satirischer Schärfe das harmlose Kelheimer Bild weitaus in den Schatten stellen. Daß der in München erscheinende „Simplicissimus“ beispielsweise ein so wohl begründetes Ansehen im In- und Auslande genießt, verdankt er gerade seiner schneidigen Satire. Aus nur zu guten Gründen hütet man sich aber, gegen dieses Blatt vorzugehen, selbst wenn das manchmal von schwarzberockten Kartüffeln oder prozent-patriotischen Byzantinern verlangt wird. Gegen das sozialdemokratische Organ in Bayreuth vorzugehen, erschien offenbar erfolgversprechender. Die Verurteilung hat ja auch bewiesen, wessen hurrapatriotische Verblendung und byzantinischer Ueberschneiderei häufig sind.

Aber wir hoffen trotzdem, daß dieser Prozeß gegen seine Urheber ausgeschlagen und ähnliche Prozesse für die Zukunft unmöglich gemacht werden wird. Trotz der Verurteilung des Angeklagten dürfte es dem Staatsanwalt bald einleuchten, daß er der Sache der Monarchie und der „staatlichen Ordnung“ nur einen Wären dienft geleistet hat, als er das Gericht gegen eine politische Satire mobil machte, die selbst in dem pedantischen und byzantinischen Preußen unter Anklage zu stellen auch der betriebsamste Staatsanwalt nicht den Mut hatte!

Die Verhandlung.

(Telegraphischer Bericht.)

Bayreuth, 2. Oktober 1913.

Kurz nach den Kelheimer Festlichkeiten, bei denen eine Armee von Soldaten, Polizisten und hungrigen Genbarmen, die ein miserables Nachtlager hinter sich hatten, die wenigen patriotischen Zuschauer in höchst unpatriotische Entrüstung versetzten, brachte unser Bayreuther Parteiblatt, die „Fränkische Volkstribüne“, ein gutmütiges Bild, das die versammelten deutschen Fürsten am Bierisch darstellt, während die kuttenträgenden Stützen der Hertlingschen Regierung Würste und Rabi mit unnachahmlicher Anmut kredenzen. In der Mitte der Festtafel sah man des Prinzregenten Ludwig bekannte Gestalt, der auch die größten Bereiter des bayerischen Regenten nicht gerade übermäßige Schneidigkeit nachsagen dürften. Prinz Ludwig war in gut Münchener Bräu-Pose abgebildet, den debrillierten Kopf auf die neben dem Maßkrug aufgestützten Arme gelegt und nachdenklich auf den Viertisch herabnickelnd — kurz wie ein guter Münchener Bürger, der zu feil er ja auch erst lehtin wieder bei einer Denkmalsenthüllung für seinen Vater erklärt hat, wie ein guter Münchener Bürger eben morgens im Ratheserbräu sitzt, das mit seinem besseren Bier und seinen besseren Weiswürsten das altangestammte königliche Hofbräuhaus zwar nicht von seinem „Platz“, wohl aber aus den Herzen der nicht frisch zugereisten Münchener verdrängt hat. Die Staatsanwaltschaft in Bayreuth war über dieses Bild tief empört, sie ließ das Blatt beschlagnahmen und erhob gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Puchta, die Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die heute vor den hiesigen Geschworenen zur Verhandlung kommt.

Als Sachverständiger ist der bekannte Karikaturenmalers Eduard Fuchs-Berlin erschienen. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Oberlandesgerichtsrat Christ, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Seitz, den Angeklagten vertritt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Sähheim-Nürnberg.

Zum Höretraum herrscht großer Andrang, so daß vier Gendarmen und noch mehr Schutzleute die Ordnung aufrecht zu erhalten haben. Die Anklage lautet auf Regentenbeleidigung, Verteidigung und Staatsanwalt machen von dem Recht der Ablehnung von Geschworenen vollen Gebrauch. Zu Beginn der Verhandlung erklärt Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sähheim: Ich will mich in diesem Stadium über die Ratschheit dieses Verfahrens nicht verbreiten, die das gute Recht der Staatsanwaltschaft ist, aber auf der anderen Seite muß dem Angeklagten das Recht gewahrt bleiben, alles für sich vorzubringen, was durch Zeugen und Sachverständige zu seinen Gunsten zur Stelle geschafft werden kann. Eine ruhige, sachliche Erörterung in der kommenden Schwurgerichtsperiode schiebt mir ursprünglich auch deshalb notwendig, weil hier in Bayreuth von dem „Bayreuther Tagblatt“ eine

unerhörte Pressehe

wegen dieser Sache getrieben worden ist, von der zu befürchten ist, daß sie nicht ganz ohne Einfluß geblieben ist. Aber ich habe doch das volle Vertrauen zu dem Oberfränkischen Schwurgericht, daß die Herren Geschworenen sich nicht beeinflussen lassen und unbefangene gemäß ihrem Eid entscheiden werden, was Recht und Gerechtigkeit ist. Es ist auch nicht unwesentlich, daß festgestellt wurde, daß der

Prinzregent mit der Strafverfolgung dieses Bildes nicht einverstanden

Ist. Bei der Kürze der Zeit war die Vorbereitung eines vollständigen Sachverständigenbeweises nicht möglich. Mein Vertagungsantrag ist abgelehnt worden. Im allerletzten Augenblick aber ist es mir noch gelungen, den als erste Autorität auf dem Gebiete der Karikatur zu betrachtenden Kulturforscher und Karikaturensammler Eduard Fuchs aus Jelenhof bei Berlin hier an Gerichtsstelle zu bringen, und ich bitte, ihn als Sachverständigen zu vernahmen.

Es wird nun der Angeklagte Redakteur Puchta zur Anklage vernommen. Der Eröffnungsbeschluss beschuldigt ihn, in dem Bilde den Prinzregenten Ludwig als eine flegelhaft sich benehmende, nach Haltung und Aussehen idyllische Person dargestellt zu haben. Der Prinzregent werde nach dem Eröffnungsbeschluss als ein halbeingeschlafener Betrunkener dargestellt in einer Stellung, wie man sie kaum in einer Winkeltneipe antreffen würde. — Angeklagter Puchta (zu den Geschworenen): Lieber die Feier in Kelheim hat die Presse in sehr verschiedener Weise berichtet. Ein Teil der Presse schwelgte in einem Meer von Wonne und Begeisterung; andere Blätter — nicht bloß sozialdemokratische — hatten manchen an der Kelheimer Feier auszusetzen, sowohl an ihrer historischen Verächtung, als auch an ihrer Durchführung. Ich hatte in meinem Blatt kaum Notiz von der Feier genommen, aber einige Tage nachher ein humorvolles Bild gebracht, das nur das steife Hofzeremoniell, wie es in Kelheim geherrscht hatte, in das Humorvolle, in das gemüthlich Bayerische übertrug. Aus dem Bilde spricht nichts weiter als Humor, aber niemals das ägende Gift beleidigender Absicht. Man darf nicht eine einzelne Figur, die manche Leute als den Prinzregenten erkennen wollen, herausgreifen, sondern man muß die ganze Zeichnung im Zusammenhang betrachten, und da sieht man eine humoristische Darstellung: Götterland von Würsten, Mettchen usw. Die einzelnen Personen sollen dabei keineswegs herabgesetzt werden. Ich glaubte, zur Veröffentlichung dieses Bildes berechtigt zu sein, denn wir haben ja

Pressefreiheit auch für die Satire.

Hätten wir dieses Recht nicht, so müßten die verschiedenen Witzblätter ihr Erscheinen einstellen und von den Nummern des „Simplicissimus“ dürfte kaum die Hälfte der Verkaufsnahme entgehen. Keineswegs habe ich die Absicht böswilliger Ehrverletzung gehabt. Das kann auch aus dem Bilde nicht herausgelesen werden. Das Bild ist vorher in anderen Blättern erschienen, ohne daß der Staatsanwalt eingriff. Das „Bayreuther Tageblatt“ hat seine Hege gegen dieses Bild aus persönlicher Nachsicht gegen mich und aus geschäftlichen Konkurrenzgründen eingeleitet.

Der Vorsitzende legt den Geschworenen das unter Anklage gestellte Bild vor. Es werden den Geschworenen auch mehrere Bilder des „Simplicissimus“ über die Kelheimer Festlichkeiten vorgelegt, die von der Verteidigung dem Gericht überreicht werden, um zu beweisen, daß der „Simplicissimus“ mindestens ebenso scharfe Karikaturen über den Prinzregenten gebracht habe.

Es wird nun der Sachverständige Eduard Fuchs vereidigt. Er gibt ein längeres Exposé über das Wesen der politischen Karikatur unter Vorlegung zahlreicher politischer Karikaturen an die Geschworenen. Er führte aus: Sie alle wissen, daß das Leben und unsere Gefühle sich nicht in einer ewig gleichbleibenden Linie entwickeln, sondern sich in einer Kurve bewegen. Das trifft auch für das Leben der Gesamtheit zu, und zwar in allen geschichtlichen Epochen. Da die Geschichte ein stetiger Kampf ist, so ist der Humor auch immer schon als eine Waffe dieses Kampfes dort verwendet worden, wo die Geister aufeinanderprallten, und das ist

seit drei- bis vierhundert Jahren

in den Zeitungen der Fall. Die Zeitungen beborgten die Karikatur, weil die bildliche Darstellung die überzeugendste und augenfälligste ist, die es gibt. Die Folge der Karikatur ist in fast allen Fällen eine Popularisierung der dargestellten Persönlichkeiten. Der Sachverständige demonstriert dann den Geschworenen eine Anzahl von Karikaturen, so insbesondere die schärfsten Karikaturen über die englischen Könige Georg III. und Georg IV. sowie eine große Anzahl weiterer Karikaturen über Ludwig I. und Lola Montez. Diese Karikaturen waren zum Teil

von den Ministern selbst veranlaßt,

um die Herrscher zu einem besseren Lebenswandel zu bringen. Schließlich demonstriert er den Geschworenen Karikaturen über Friedrich Wilhelm IV., über Wilhelm I. und auch über Wilhelm II., um den Unterschied zwischen Karikatur und Verächtlichmachung klarzustellen.

Der Sachverständige bespricht dann die zunehmende Verbreitung der Karikaturen infolge des zunehmenden Gefühls des einzelnen, daß er nicht nur sich selbst, sondern auch für die Gesamtheit zu sorgen und an ihren Kämpfen Anteil zu nehmen habe. Die führenden Persönlichkeiten in allen Ländern freuen sich darüber, daß sie karikiert werden. Der Humor veröhnt und gleicht aus. Uebrigens ist die Karikatur eine Waffe, die mit Rosen bekränzt ist. Man sagt sich einander lächelnd die Wahrheit und ist sich nicht weiter böse. Der Humor veröhnt. Schließlich verweist der Sachverständige darauf, daß der französische Karikaturensammler Grand Charteret an Kaiser Wilhelm II. in einem offenen Briefe sich gewandt hat, um das eine Karikaturensammlung über Wilhelm II. drohende Zensurverbot abzuwenden. Der Kaiser hat damals

diese Sammlung zugelassen

und auch seitdem den Karikaturenbildern über sich selbst nichts in den Weg gelegt. Noch gestern habe ich in der Leipziger Straße in Berlin die deutsche Ausgabe der betreffenden Sammlung unter dem Titel „Er“ gekauft, darin sind sehr scharfe Karikaturen. Schließlich hat „Grand Charteret“ einmal sogar die Liberalität Wilhelms II. dem englischen König Eduard VII. als Muster vorgeführt. Zum Schluß weist der Sachverständige darauf hin, daß die unter Anklage stehende Karikatur niemals dem Prinzregenten den Vorwurf der Trunkenheit machen könne, denn es sei offenbar die Tafel der Fürsten vor dem eigentlichen Festakt besetzt, wobei der Kaiser eine einleitende Rede halte. Die anderen Fürsten sitzen ganz leger wie besreundete Menschen dabei. Das Bild gebe nur eine humoristische Formel für die Kelheimer Vorgänge und richte sich durchaus nicht persönlich gegen den Prinzregenten, der nur als einer der Anwesenden mit berücksichtigt sei.

Darauf legte der Gerichtshof den Geschworenen folgende Schuldfragen vor: 1. Ist der Angeklagte des Vergehens der Regentenbeleidigung schuldig, und zwar der bewährten Ehrverletzung mit Ueberlegung und aus Böswilligkeit begangen? 2. Sind mildernde Umstände vorhanden?

Erster Staatsanwalt Seitz

führt dann zur Begründung der Anklage aus: Am 20. August feierte in Kelheim der Prinzregent mit sämtlichen deutschen Fürsten ein erhebendes Fest in der Befreiungshalle, die Ludwig I. hat errichten lassen zum Gedächtnis des Befreiungskampfes von 1813, damit sich die Deutschen stets daran erinnern, was die Befreiungskämpfe

notwendig gemacht haben und wodurch schließlich der Sieg errungen sei. Ueber diese Feier ist in den Zeitungen sehr viel geschrieben worden. Auch die Bayreuther „Fränkische Volkstribüne“ hat einen Artikel gebracht, in dem über die deutschen Fürsten nicht in angenehmer Weise gesprochen wurde. Einige Zeit später erschien dieses Bild im „Vorwärts“. Dem Angeklagten hat es so gut gefallen, daß er sofort nach Berlin darum schrieb. Es soll die Feier in Kelheim darstellen, aber dargestellt ist nicht das Volk, sondern die Fürsten. In der Mitte der Deutsche Kaiser, links von ihm ganz unverkennbar der König von Sachsen und der Großherzog von Hessen, rechts von ihm ist das Bild des Prinzregenten. Ich gebe dem Sachverständigen den guten Willen zu. Aber bedenken Sie, daß es keine Lebensaufgabe ist, Karikaturen zu sammeln und darüber zu schreiben. Er steht auf einem wissenschaftlichen Standpunkt, während die Zeichnung der „Volkstribüne“ in die breiten Volksmassen hinauskam und gerade den gegenteiligen Eindruck hervorrufen mußte, den der Sachverständige annimmt. Wenn der „Vorwärts“ in Berlin anstandslos verbreitet werden konnte, so hat das seinen guten Grund. Denn dort wäre die Verfolgung wegen Beleidigung des Prinzregenten nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Prinzregenten möglich gewesen. Das tun aber die Staatsanwaltschaften nicht, daß sie Strafanträge, die nicht von selbst gestellt werden, einholen. Und außerdem will man doch dem hohen Herrn nicht den Schmerz bereiten, ihm derartige herabwürdigende Bilder vorzulegen. Für mich aber hier in Bayreuth war es eine unabweisbare Notwendigkeit, gegen etwas, was ich als strafbar erkannte, auch die strafrechtlichen Schritte zu tun. Meine Herren Geschworenen, wenn Sie der Meinung sind, daß es richtig ist, daß eine Zeitung im Volke draussen solche Bilder gegen die Monarchie ungestraft bringt, dann sprechen Sie den Angeklagten frei. Wenn Sie aber anderer Meinung sind, dann bejahen Sie die Schuldfrage und verneinen Sie die Frage nach mildernden Umständen.

Verteidiger Landtagsabg. Dr. Sähheim-Nürnberg:

Am 18. Januar 1908 sagte ein Parlamentarier im Reichstage, man kann nur sagen, daß es ein Glück ist, daß in Bayern die für Preußen geltende Majestätsbeleidigungsmagime nicht Geltung hat. Heute allerdings sehen wir das seltene Schauspiel, daß ein bayerischer Staatsbürger sich vor bayerischen Geschworenen wegen eines angeblich majestätsbeleidigenden Bildes zu verantworten hat, das selbst dem schärfsten preussischen Staatsanwalt keine Ursache zum Einschreiten gegeben hat. Deshalb sollen Sie, meine Herren Geschworenen, den Stab über den Angeklagten brechen. Was will es gegenüber dem inhaltreichen Gutachten des Sachverständigen heißen, wenn der Staatsanwalt, ohne jede Begründung und ohne das Material zu kennen, ihm den Ernst abspriicht. Man muß blindlings auf eine Verurteilung hinstreben, wenn man alles übersehen, was diesen Fall zu einer Verurteilung absolut unzulässig macht. Das Bild richtet sich nicht gegen eine einzelne Person, sondern gegen die von der Partei des Angeklagten scharf kritisierten Kelheimer Vorgänge. Nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch darüber hinaus in weiten Kreisen des Volkes hat man an der Kelheimer Feier scharfe Kritik geübt und man fragte, was denn für eine Ursache zu dieser Feier bestand, etwa die

Erinnerung an die nicht gehaltenen Versprechungen?

Wenn man mit diesem Bild den Prinzregenten hätte treffen wollen, so hätte man doch ihn allein dargestellt oder ihn als den Vorkämpfer der Kelheimer Feier in den Vordergrund gestellt. Aber von all dem ist gar keine Rede. Und welches Interesse sollte denn der preussische Jekener dieses Bildes an einer Herabsetzung des bayerischen Prinzregenten haben, der ihm ganz gleichgültig sein dürfte und den er wahrscheinlich gar nicht kennt? Es ist ein Ausnahmefall, daß sich ein bayerisches Schwurgericht mit einem Majestätsbeleidigungsprozeß zu befassen hat. Sie alle werden keinen solchen Fall in Erinnerung haben. Die Staatsanwaltschaft möchte zwar manchmal schon, aber unsere bayerischen Schwurgerichte beweisen in solchen Fällen so viel Volksgesühl und Mannesmut, daß sie sich für derartige politische Zwecke nicht hergeben und derartige Verurteilungen noch immer abgelehnt haben. Der Geburtstag unserer Schwurgerichte fällt zusammen mit dem Geburtstag unserer Presse- und Versammlungsfreiheit, und die Schwurgerichte haben sich immer noch als ein

Ort der Pressefreiheit

erwiesen. Schon Monate vorher ist im „Simplicissimus“ auf die Kelheimer Feier hingewiesen worden, auch dort ist das Maßkrug- und Mettmotiv verwendet worden. Natürlich will ich den Staatsanwalt nicht gegen den „Simplicissimus“ aufhegen, aber es ist doch eigenartig, daß

nirgendwo als in Bayreuth

an diesem Bild Anstoß genommen wurde. Auch ich möchte darauf hinweisen, daß das Bild den Moment vor der Feier darstellt, wo sich die Herren eben zum Jmbich hinsetzen. Denn die Weiswürste auf dem Tisch erfreuen sich ja noch ihres ungestörten Daseins. (Heiterkeit.) Als es sich im Reichstage um die Milderung des Majestätsbeleidigungsparagrafen handelte, als sogar die rechtsstehenden Parteien und ihre Presse die schärfste Kritik am Kaiser übten, da sagte ein Abgeordneter:

die Zeit des Fürstenabsolutismus sei vorüber

und da müßte sich der Kaiser eine Kritik gefallen lassen. Der das ausgesprochen hat, war der Freiherr v. Hertling, der jetzt in Bayern Ministerpräsident ist. Wohin soll es denn führen, wenn jetzt zum Beispiel irgend ein Staatsanwalt in einem deutschen Kleinstaat unter dem auf diesem Bilde dargestellten zehn Personen auch noch seinen Duodezfürsten erkennt und wieder einen Prozeß einleitet. Ich bitte die Geschworenen, das alles wohl zu überlegen und zu bedenken, daß der Angeklagte, als er das Bild erst veröffentlichte weil es in Preußen nicht beschlagnahmt und nicht verboten wurde, im besten Glauben gehandelt hat. Der Redner unterstucht zum Schluß nochmals die Frage des Vorhandenseins der vom Gesetz geforderten absichtlichen Ueberlegung und Böswilligkeit, die er verneint. Er fordert die Geschworenen auf, trotz der in Bayreuth getriebenen Hege der liberalen Presse sich nicht zu politischen Zwecken gebrauchten zu lassen und den Angeklagten freizusprechen.

Der Vorsitzende erteilt den Geschworenen eine eingehende Rechtsbelehrung, worauf nach zwanzigminütiger Beratung der Obmann der Geschworenen verkündet, daß die erste Frage mit mehr als 7 Stimmen bejaht worden ist, ebenso die zweite Frage auf mildernde Umstände. Der Staatsanwalt beantragt darauf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zu verhängen. Es sei nicht angebracht, eine Festungsstrafe zu wählen, da die Schwere der Beleidigung nur mit Gefängnis gestraft werden könne.

Nach einer ziemlich langen Beratung verkündet der Vorsitzende des Gerichtshofs, Oberlandesgerichtsrat Christ, das

Urteil.

Es lautet: Der Angeklagte Redakteur Puchta wird zu 1 Monat Festung und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem wird die Unbrauchbarmachung der beschlagnahmten Exemplare und Platten der „Fränkischen Volkstribüne“ ausgesprochen.

Politische Uebersicht.

Die parteilose Inseratenpresse und die Behörden.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß in einem Prozeß wegen kraßer Schwindelinserate der Amtsanwalt Pohl gegen den sogenannten parteilosen „Breslauer General-Anzeiger“ folgendes bezeichnende Urteil gefällt hat:

„Ich kann nicht umhin, der Schriftleitung des „Breslauer General-Anzeigers“ und dem Angeklagten Bergschick jedes Gefühls für Scham, Ehre und Anstand abzusprechen. Gerade der „Breslauer General-Anzeiger“ würdigt sich schon seit Jahren dazu herab, diesen schimpflichen Handel durch Aufnahme von Inseraten zu unterstützen. Das Ehrgefühl der Schriftleitungen aller anderen hiesigen Tageszeitungen kränkt sich dagegen, in einer so skrupellosen Weise dem Schwindel Vorschub zu leisten. Ich kenne den Inseratenteil der „Volkswacht“, der „Schlesischen“ und „Morgen-Post“, der „Schlesischen Volkszeitung“; nirgends habe ich solche Schwindelinserate entdecken können, wie gerade im „General-Anzeiger“. Eine Nachfrage nach solchen Schwindelpräparaten ist tatsächlich gar nicht vorhanden. Daß soviel Geld dafür geopfert wird, erklärt sich nur durch die Inserate, auf die leider so viele leichtgläubige Frauen hineinfallen. Die Schriftleitung einer solchen Zeitung handelt ehrlos und verwerflich. Dem Angeklagten Bergschick steht als einziger Milderungsgrund zur Seite, daß er unter der ausdrücklichen Billigung der Schriftleitung solche Inserate nicht zurückweisen kann oder darf. Ich bin der Meinung, diesem Heilmittelschwindel würde mit einem Male der Boden abgegraben, wenn eine gewisse Sorte Presse solche Inserate grundsätzlich nicht aufnehmen würde.“

Zum Belag für seine scharfen Sätze verlas dann der Amtsanwalt eine Blütenlese solcher Schwindelinserate und der Vorsitzende des Gerichts schloß sich dem Amtsanwalt an, indem er bei der Urteilsbegründung sagte, das Verhalten des Blattes müsse aufs Schärfste gemißbilligt werden.

Am 1. Oktober feierte nun das so gekennzeichnete Blatt sein 25-jähriges Jubiläum. Als Gratulanten fanden sich ein: der Oberpräsident der Provinz Schlesien, der Regierungspräsident von Breslau, der kommandierende General des VI. Armeekorps, der Oberlandesgerichtspräsident Vierhaus, der Polizeipräsident von Oppen, der Rektor der Universität Breslau, der Eisenbahnpräsident, der Oberpostdirektor, also die Spitzen aller Behörden von Schlesien. Sie wünschten dem Blatt, daß es weiter wie bisher in patriotischem, nationalem, monarchischem Sinne wirken und Sittlichkeit im Volke fördern soll.

Diese Glückwünsche und das vorstehende Gerichtsurteil beleuchten eine recht interessante Seite der — parteilosen Presse. Sie zeigen deutlich, wie es mit der angeblichen Parteilosigkeit bestellt ist.

Die „Trinkgelde“ der Kriminalpolizei.

Vor dem Schwurgericht zu Köln stand dieser Tage der Kriminalkommissar Hannemann unter der Anklage, für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke angenommen zu haben. Während des Prozesses ergaben sich interessante Einblicke in gewisse Praktiken des Betriebes der Kölner Kriminalpolizei. Man erfährt, daß es den Kriminalbeamten gestattet ist, für ihre Tätigkeit Geschenke anzunehmen; jedoch existiert eine Verfügung des Polizeipräsidenten, daß die Beamten die Geschenke nicht persönlich annehmen sollen, der Präsident behält sich vielmehr selbst die Verteilung der Beträge vor. Dem Kriminalkommissar Hannemann wurde nun zur Last gelegt, daß er in einem Falle, wo es ihm gelungen war, mit Hilfe seiner Beamten eine gestohlene Priejastische wieder herbeizuschaffen, von dem Beschlagnahmenden 300 Mark angenommen hätte. Die Hälfte des Betrages hatte Hannemann an seine beiden Beamten gegeben.

Der angeklagte Kriminalkommissar wehrte sich kräftig und erklärte, er könne Hunderte von Fällen angeben, wo die Beamten von den höchsten bis zu den niedrigsten Stufen Geschenke angenommen hätten. Die Verordnung des Polizeipräsidenten habe er gar nicht gekannt, und es sei sicher, daß trotz dieser Verfügung gerade die höheren Beamten Geschenke annahmen. Es wäre ihm noch aus der neuesten Zeit ein derartiger Fall bekannt, der sicher zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangt sei, ohne daß diese etwas unternommen habe. Die Verteidigung stellte einen umfangreichen Weisungsantrag, daß solche „Trinkgelde“ allgemein von den Polizeibeamten angenommen würden und nannte zum Beweise lange Reihen von Namen, darunter eine sehr bekannte vielfache Millionärin in Köln. Das Gericht lehnte den Weisungsantrag ab, unterstellte aber diese Behauptungen als wahr. Der angeklagte Kriminalkommissar teilte dann in seinem Schlusswort mit, es seien ihm drei Fälle bekannt, wo Beamte in Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft Belohnungen erhalten hätten. Auch wisse er in einem Falle bestimmt, daß bei der Gewährung einer Wirtschaftslizenz dem betreffenden Kommissar 1000 Mark ausgehändigt worden seien.

Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten. Man habe ihm nicht nachweisen können, daß er in dem Augenblick, als er das Geld erhielt, sich sagte: „Das belohnst du für deine Tätigkeit als Kriminalkommissar!“

Wer also die Hilfe der Kriminalpolizei in Anspruch nimmt, tut gut, Geld in seinenbeutel zu tun. Er kann dann auf besonders gute und prompte Bedienung rechnen.

Ergänzungen der Militärvorlage.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ läßt sich aus Straßburg melden:

„Von hoher militärischer Seite verlautet, daß als unumgängliche abzuleitende Forderungen der Heeresvermehrung Veterinärstellen bei der Infanterie infolge des großen Vieherzuwachses durch Stadtmajore, Stadthauptleute sowie Maschinengewehrkompanien dem Reichstag vorgelegt werden. Außerdem sind Infanterie-Reitsschulen für Reiter und Führer der Maschinengewehrkompanien geplant.“

So treibt immer ein Reil den anderen, ohne daß sich ein Ende absehen ließe. Was hier unter dem Titel „Ergänzungen“ vom Reichstage verlangt werden soll, beläuft sich in die Millionen. Es scheint in der Tat so, als ob im Kriegsministerium bereits eifrig an einer neuen Militärvorlage gearbeitet wird, die alles das nachholen soll, was nach Ansicht der Kreislänge bei der diesjährigen Riesenvorlage vergessen worden ist.

Der neue Knittel-Prozeß.

Am Donnerstag, dem dritten Verhandlungstage, kam der Staatsanwalt nach längerem Plaidoyer zu folgendem Straf Antrag: Wegen Verleumdung des Hauptmanns Kammer eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, wegen Verleumdung des Oberstleutnants Wittinghoff, des Generalmajors v. Windheim und des Generals v. d. Groeben eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten, im ganzen eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis. Vor Beginn der Plaidoyers drang der Vorsitzende noch in den Angeklagten, um aus ihm eine Entschuldigung zu bringen. Dieser erklärte, er gebe zu, daß er sich in vieler Beziehung getäuscht habe. Selbstverständlich habe er nicht die Absicht gehabt, irgend jemand zu beleidigen. Natürlich nehme er seine Ausbrüche zurück, nachdem die Sachverständigen, auf die er sich gestützt hatte, ihn jetzt nicht mehr

stügen. Der Vorsitzende drückte seine Verwunderung aus darüber, daß der Angeklagte nicht mehr zu sagen habe als diese Zurücknahme.

Preussische Kulturarbeit in Nordschleswig.

Vor dem Flensburger Landgericht wurden am Dienstag die beiden dänischen Redakteure Hansen von „Hejmdal“ und Olsen von „Doppelposten“ wegen Beleidigung des Landrats Schönberg in Sonderburg zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um ein Nachspiel der bekannten Coucheron-Affäre, die seinerzeit weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus Aufsehen erregte. Der wegen seiner Landungsverbote gegen reichsdänische Touristen bekanntgewordene Landrat Schönberg in Sonderburg wies, wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein dürfte, seinerzeit den norwegischen Schriftsteller Coucheron-Kamat aus, als dieser in einigen dänischen Versammlungshäusern im Kreise Sonderburg Vorträge über seine Erlebnisse im Reiche der Mitte hielt. Die Sache erhielt für unsere Behörden insofern einen unangenehmen Anstrich, als es sich hier nicht um einen gewöhnlichen Dienstnecht, sondern um einen Mann handelte, der nicht nur Offizier in der norwegischen Marine ist, sondern der — auch persönlich mit Wilhelm II. bekannt ist und diesem gelegentlich seiner Nordlandfahrten Gastfreundschaft erwiesen hat. Kurz nach der Ausweisung erschien in den genannten beiden dänischen Blättern ein Artikel, der in satirischer Form ein Gespräch zwischen dem Ausgewiesenen und dem Landrat wiedergab. Danach soll dieser, als ersterer ihn über sein Verhältnis zum deutschen Kaiser aufklärte, versucht haben, die Ausweisung rückgängig zu machen, indem er sich unter dem Vorwande, es könne ein Fehlgreif vorliegen, die Ausweisungsbefehle zurückzuziehen haben soll. Der Korrespondent soll aber die Jurisdiktion derweilert haben mit dem Bemerkten, das Kulturdokument dem deutschen Kaiser bei dessen nächstem Besuch in Norwegen zeigen zu wollen. Später stellte sich heraus, daß das Gespräch nicht stattgefunden hatte. Durch die Zeitungsnachricht fühlte sich aber der Landrat so schwer beleidigt, daß er meinte, nur durch die Vermittelung des Gerichts könne er wieder rehabilitiert werden. Das ist nun geschehen, indem die beiden Preßlinder je einen Monat hinter schwebischen Gerdinen verbringen müssen.

Wie in Bayern Beschwerden über Geistliche untersucht werden.

In dem unweit von München liegenden Städtchen Dachau entwickelt die Sozialdemokratie sich recht flott. Darüber ist der Ortspfarrer sehr ungehalten. Um der roten Flut „einen Damm“ entgegenzusetzen, benutzte er und seine zwei Kooperatoren den Religionsunterricht, den sie in der Schule zu erteilen haben, nebenbei auch dazu, über die Sozialdemokratie und sozialdemokratische Zeitungen abfällig zu urteilen. Den Dachauer Genossen ging diese politische Agitation zu weit, sie reichten an das Igl. Bezirksamt Dachau eine Beschwerde ein, in der sie dagegen protestierten, daß sie in der Schule in den Augen ihrer eigenen Kinder herabgesetzt werden, und um Beseitigung des Mißstandes baten. Was tat nun die Regierung? Sie verlangte von den Geistlichen, über die Beschwerde geföhrt worden war, einen Bericht, und einzig und allein auf Grund dieser Berichte ließ sie dann den Dachauer Genossen mitteilen, daß sie sich beim Erzbischof beschweren sollten, wenn sie mit der Art des Religionsunterrichts nicht zufrieden seien.

Im schwarzen Bayern ist die Geschichte also so: Beschwerd man sich bei der Regierung über einen katholischen Geistlichen, so entscheidet die Regierung die Beschwerde einfach nach dem, was der Geistliche dazu sagt. Das ist zweifellos ein sehr kurzes Verfahren und sorgt zugleich dafür, daß die Hochwürden immer Recht kriegen. Interessant ist auch, daß die Regierung in der eingangs besprochenen Angelegenheit die Beschwerdeföhrer an den Erzbischof wies. Die bayerische Regierung hat demnach in der Aera Hertling schon so weit vor der Geißlichkeit kapituliert, daß sie dieser gegenüber ihr Aufsichtsrecht über die Schule gar nicht mehr ausübt. Die Verfassung ist in Bayern gewiß herrlich weit gediehen.

Die Balkanfragen.

Griechenland mobilisiert.

Athen, 2. Oktober. Der Marineminister hat an die Reservisten der Jahrgänge 1900—1906 den Befehl ergehen lassen, sich binnen drei Tagen bei den Fahnen einzufinden. Die verschiedenen Zweige der Landesverteidigung treffen alle Maßnahmen, welche die durch die türkischen Winkelszüge geschaffene unbestimmte Lage nötig macht.

Die griechischen Befürchtungen.

London, 2. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die neuerdings aufgestellten Forderungen der Türken, obgleich sie keine Ueberraschungen hervorrufen, doch in den amtlichen griechischen Kreisen als Ursache für eine ernstere Befestigung der Lage angesehen werden. Bei der letzten Verschiebung der Rückkehr Befehl Weis nach Athen wurde mitgeteilt, daß er plötzlich erkrankt sei und durch einen anderen Vertreter ersetzt werden würde; zur selben Zeit ließ man durchblicken, daß die Türkei die Absicht hätte, die Frage der Inseln aufzuwerfen, indem sie so die Basis der türkisch-griechischen Verhandlungen vollständig verschob. Die griechische Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die Inselfrage nichts mit dem Vertrage zu tun hat, der seinem sachlichen Inhalt nach bereits abgeschlossen ist. Nach der Meinung der griechischen Regierung ist die Frage bereits durch die formelle Entscheidung der Mächte, an der man nichts ändern könne, geregelt. Inzwischen zwingen die Vereinigungen beträchtlicher türkischer Streitkräfte auf dem kleinasiatischen Festlande drei Kilometer von Etilos und die Vorschlebung türkischer Truppen, welche als Irregularität verkleidet sind, die griechische Regierung zu Vorsichtsmaßnahmen, um jede Ueberraschung von seiten der türkischen Streitkräfte zu verhindern.

Die Türkei verspricht Nachgiebigkeit.

Konstantinopel, 2. Oktober. An maßgebender türkischer Stelle ist man offenbar bemüht, die Verhandlungen mit Griechenland zu einem günstigen Ende zu führen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, bereits am Sonnabend mit der Demobilisation zu beginnen und in der Wafusfrage, besonders in der Frage der Anstellung der Mustafa, Zugeständnisse zu machen, während die Inselfrage vollkommen gesonderten Verhandlungen vorbehalten bleiben soll.

Raschitsch in Wien.

Wien, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der serbische Ministerpräsident Raschitsch ist heute abend hier eingetroffen.

Eine österreichische Warnung.

Wien, 2. Oktober. (B. Z. B.) Das Wiener R. A. Tel.-Bureau meldet aus Belgrad: Der österreichisch-ungarische Ge-

schäftsträger Stord erschien auf dem hiesigen auswärtigen Amte und erinnerte im Namen der österreichisch-ungarischen Regierung in zugleich freundschaftlicher und eindringlich warnender Weise an Anlaß der militärischen Maßnahmen, welche serbischerseits gegen den auf serbischen Territorium ausgebrochenen Aufstand ergriffen werden, an die Notwendigkeit der Respektierung der Londoner Beschlüsse betreffend Albanien und dessen Grenzen. Der Stellvertreter des serbischen Ministers des Äußeren Spaljakowitsch erwiderte, daß Serbien nur Verteidigungsmaßnahmen gegen die albanesischen Angriffe getroffen habe und daß es nicht daran denke, sich des albanesischen Territoriums zu bemächtigen und fest entschlossen sei, die Beschlüsse der Mächte zu achten. Analoge Erklärungen gab Spaljakowitsch auch gegenüber Vertretern anderer Mächte ab.

Frankreich.

Das Bündnis mit Spanien.

Paris, 2. Oktober. Ueber die französisch-spanische Annäherung berichtet der Madrider Korrespondent des „Echo de Paris“, eine hervorragende diplomatische Persönlichkeit habe ihm erklärt, daß die Grundlagen der künftigen Entente bereits feststünden und die Verhandlungen nach Regelung einiger Einzelheiten in erster Reihe in Angriff genommen werden würden. Frankreich und Spanien würden zu einer vollständigen Entente kommen, und zwar sowohl in betreff ihres gemeinsamen Vorgehens in Marokko, wie bezüglich einer Flottenpolitik im Mittelmeer. Die englische Regierung habe als Vermittlerin gebüht, um die ersten Hindernisse internationaler Natur zu beseitigen. Man brauche nicht erst zu bemerken, daß es sich um eine dreifache Entente handle.

China.

Die Präsidentenwahl.

London, 2. Oktober. Wie die „Morning Post“ aus Schanghai gemeldet wird, ist die Wahl des Präsidenten der chinesischen Republik auf den 5. d. M., die Wahl des Vizepräsidenten auf den 6. d. M. festgesetzt worden; die feierliche Amtseinführung soll am 10. Oktober stattfinden.

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

Nach einem offiziellen bei der Berliner megalanischen Gesellschaft eingegangenen Telegramm der Regierung von Mexiko ist die Revolution niedergeworfen. Die militärischen Operationen gegen die Rebellen im Norden haben keine Bedeutung mehr. Die Regierung verfügt bereits die endgültige Beseitigung der Truppen behufs Kontrolle über die Nordstaaten, die sich in Rebellion befanden. Die Wahlen sollen stattfinden, weil dies in Uebereinstimmung mit dem Versprechen steht, das die Regierung am 1. April dieses Jahres der Nation gegeben hat. Die Regierung ist entschlossen, allen Kandidaten Garantien zu gewähren. Es liegen bereits zwei Bewerbungen vor für den Posten des Präsidenten beziehungsweise des Vizepräsidenten: Diaz, Requena und Gamboa, Rascon. Andere werden angekündigt, unter ihnen Calero und Flores Rayon.

Soziales.

Der Verband deutscher Kinderschutzvereine

hielt in Darmstadt im Anschluß an die Tagung der Zentrale für Jugendfürsorge am Mittwoch seinen ersten Jahreskongreß ab. Er war aus zahlreichen Städten des Reiches besetzt. Wie der Vorsitzende, Prof. v. Soden-Berlin, darlegte, will der Verband durch private Liebeshätigkeit den Schutz der Kinder vom zweiten Lebensjahre ab, also unter Ausschluß der Säuglinge. Die Kinderschutzvereine sollen sich kümmern um die Verhältnisse, unter denen die Kinder in Familie und Häuslichkeit leben. Daß eine gesellschaftliche Organisation des Kinderschutzes das durchgreifendste und auch eines Staates wie Deutschland würdigste Mittel wäre, mußte der erste Referent der Tagung, Pastor Bahson-Gumburg wohl anerkennen. Aber als unverbesserliche Utopisten verpöhlen sie sich auch eine Verbesserung auf diesem Gebiete durch private Vereine. Die Ausbreitung des Kinderschutzes über Stadt und Land war das Thema dieses Vortrags. Zunächst müssen, so forderte er, die Helfer gründlich ausgebildet werden. Für die Vereine handelt es sich in erster Linie um gefährdete Kinder von guten Eltern; Kinder schlechter Eltern müßten den Behörden zur Behandlung überlassen werden. Schon dieses Programm, das also die Kernsten der Armen unter den Kindern besetzte schieben muß, zeigt die ganze Halbheit des Wollens. Um so mehr als man sich als Ziel eine ähnliche große Organisation denkt, wie in England und Amerika. Der zweite Referent, Dr. Rede-Breslau empfahl, aus der umfangreichen Kinderschutzorganisation Englands viel zu lernen. Als Grundprinzip habe man dort aufgestellt, die Verhältnisse in den Familien, der natürlichen Umgebung des Kindes, zu bessern. Zur Zwangs-erziehung greife man höchst selten und zu Strafen erst allerletzten Endes. Weiter rühmte der Redner die große Opferwilligkeit in England für den Kinderschutz seitens Privater. In der Organisation ist das zentralistische System durchgeführt, das auch für Deutschland anzustreben sei.

Letzte Nachrichten.

Die französisch-spanischen Annäherungsbestrebungen.

Madrid, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der Ministerrat unter Vorsitz des Königs hörte einen Vortrag des Ministerpräsidenten Grafen Romanones über verschiedene internationale Fragen, besonders über die Lage Spaniens unter dem Gesichtspunkt der internationalen Politik. Graf Romanones hofft, daß die Reise des Präsidenten Poincaré einen Erfolg bedeuten werde.

Ein neuer Dynamitarden-Prozeß in Nordamerika?

New York, 2. Oktober. (B. Z. B.) Hier ist ein Mann namens Davis alias O'Donnell unter der Beschuldigung verhaftet worden, daß er am 3. September 1911 eine Eisenbahnbrücke bei Mount Vernon im Staate New York in die Luft gesprengt habe. Nach der Aussage des Polizeibeamten, der ihn verhaftete, hat Davis ein Geständnis abgelegt (?), durch das verschiedene Beamte der Labour Union in die Angelegenheit verwickelt wurden.

Traurige Folgen der Göttinger Brandkatastrophe.

Forsheim, 2. Oktober. (B. Z. B.) Bei den Aufräumungsarbeiten in dem benachbarten Göttingen stürzte heute nachmittag eine Decke ein und erschlug den dabei arbeitenden 40-jährigen Maurer und Totengräber Karl Bahulecker und den 18-jährigen Goldarbeiter Emil Rippel. Bahulecker hinterläßt vier Kinder.

Schwerer Unfall eines Fliegers.

Kopenhagen, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der dänische Marineflieger Birch stürzte heute abend 6 Uhr infolge Reutern seines Flugzeuges in einer Kurve mit Leutnant Thiele als Passagier aus zehn Meter Höhe ab. Während Thiele rechtzeitig abspringen konnte, wurde Birch unter den Trümmern des Apparates begraben. Er wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht.

Todes-Anzeigen

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß der Möbelpolierer **Wilhelm Christ** von langen, schweren Leiden durch den Tod erlöst worden ist. 25516 Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes in Brück, Tempelhoferweg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Bezirk 134. Am 1. Oktober verstarb unser Mitglied, der Möbelpolierer **Wilhelm Christ**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes in Brück, Tempelhoferweg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 206/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berl. Reichstagswahlkreises. Bezirk 134. Am 1. Oktober verstarb unser Genosse, der Möbelpolierer **Wilhelm Christ**. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes, Brück, Tempelhofer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. 25526

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlreiche Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **Wilhelm Christ** Brüter Straße 12, im Alter von 59 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes in Brück, Germania-Promenade, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 89/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsen-Chauffeur **Max Alperstädt** am 29. September im Alter von 35 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des händischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht, 08/10 Die Bezirksverwaltung.

Verband d. Gemeindev.- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Heinrich Kuschel** welcher in der Berliner Parkverwaltung (Schillerpark) beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes in Buch, aus statt. 35/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß meine liebe, unversehrliche Frau, unsere gute Mutter, Kocher, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin **Hedwig Schillert** geb. Schürcke nach schwerem Leiden am 1. Oktober, früh 4 1/2 Uhr, im vollendeten 34. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrübt an der trauernden Witwe **Otto Schillert** nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenferer Gemeindefriedhofes, Mühlstraße, aus statt.

Zentralverband der Lederarbeiter Filiale Berlin I. Hierdurch den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Felix Meier** am Dienstag, den 30. September, gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenferer-Krankenhaus aus auf dem neuen Pauls-Kirchhof statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Tempelhof. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Wilhelm Arndt** Friedrich-Wilhelm-Straße 63 verstorben ist. 203/1 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes an der Germaniastraße aus statt. Der Vorstand.

Nach kurzem schweren Leiden starb plötzlich mein lieber Mann, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt **Wilhelm Tillwick** im 51. Lebensjahre, was ich Freunden und Bekannten im Namen aller trauernden Hinterbliebenen hierdurch anzeige. 94/11 **Wwe. Tillwick**. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Strömungsstraße 14, aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.

Am 1. Oktober verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, 25606 **Frau Berta Fäse** geb. Reichert. Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen **Otto Fäse**. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, nach d. händ. Friedhof in der Seelstraße aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin **Klara Krüger** Ravenstraße 7, gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Einäscherung hat gestern stattgefunden. 127/7 Die Ortsverwaltung.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben, unversehrlichen Mannes und unseres guten Vaters **Georg Hafner** age auf diesem Wege allen Beteiligten meinen innigsten Dank. **Witwe Hedwig Hafner** und Kinder Sprengelstr. 4/5. **Nationale Kranken- u. Sterbekasse der Drochsenkutscher und verwandter Berufsgenossen.** C. S. R. Nr. 75 in Liquidation. Den Mitgliedern obengenannter Kasse hiermit zur Kenntnis, daß die Verteilung des vorhandenen Vermögens an die Anteilberechtigten wie folgt stattfindet: Die Auszahlung erfolgt **Dienstag, Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 4-7 Uhr, Engelauer 15, 2 Tr., Zimmer Nr. 27.** Als Legitimation gilt die ausgestellte Quittung über das abgegebene Mitgliedsbuch, worauf die Mitgliedsnummer verzeichnet ist. Die Abfertigung erfolgt: **Dienstag, den 7. 10. 13, an Mitglieder mit der Buchnummer von 1-549, Mittwoch, den 8. 10. 13, von 550-1322, Sonnabend, den 11. 10. 13, von 1323-2897, Dienstag, den 14. 10. 13, von 2898-4457, Mittwoch, den 15. 10. 13, von 4458 bis 5728, Sonnabend, den 18. 10. 13, von 5729-7228, Dienstag, den 21. 10. 13, von 7229-8299, Mittwoch, den 22. 10. 13, von 8300-8879, Sonnabend, den 25. 10. 13, von 8880-9453, Dienstag, den 28. 10. 13, von 9454-9921. 291/15 **W. Knüttler**, Vorsitzender.**

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin. An alle Mitglieder des Zweigvereins! Am Sonntag, den 5. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr, finden **Zwei Mitglieder-Versammlungen** statt mit der Tagesordnung: **„Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Bauarbeitern und die hiergegen zu ergreifenden Maßnahmen.“** Für Charlottenburg, Schöneberg, Bismarckdori und alle anderen Vororte im Westen, Nord-Westen und Norden sowie für die Bezirke Moabit, Wedding, Norden 2 und Oranienburger Vorstadt im Lokal **Germania-Säle, Chausseestr. 110.** Für Weihenfer, Lichtenberg, Neukölln und alle anderen Vororte im Nord-Osten, Osten und Süd-Osten sowie für die Bezirke Norden 1, Nord-Osten, Osten 1 und 2, Süd-Osten, Süden, Süd-Westen und Westen im Lokal **Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.** Von allen augenblicklich noch in Arbeit stehenden Kollegen, Maurern, Puffern, Stuckateuren, Spannern, Zementierern, Isolierern, Steinholzlegern und Hilfsarbeitern müssen wir unbedingt verlangen, daß sie selber in den Versammlungen erscheinen und durch rege Agitation für guten Besuch Sorge tragen helfen! **„In die Demonstrations-Versammlung!“** muß es am Sonntag bei jedem einzelnen heißen. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Zweigverein Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finirnstr. 83-85. Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis: Teleph.: Amt Norden 1987. Amt Norden 165. Amt Norden 1239, 9714. **Sonntag, den 5. Oktober 1913, vormittags 9 1/2 Uhr** **Versammlung der Kesselschmiede** im Lokal von **Haberland, Linienstr. 73.** Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kesselschmiedebetrieb. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Kollegen! Wir erwarten, daß jeder Kettler, in welchen Kesselschmiede beschäftigt werden, vertreten ist.

Achtung! Emaillierer. Achtung!

Sonntag, den 5. Oktober 1913, vormittags 10 1/2 Uhr **Versammlung** der Emaillierer Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3. Tagesordnung: 1. Vortrag über die „Volksfürsorge“, Referent: N. Knaack. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. 127/6 Ferner machen wir alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß von der 41. Woche ab, also mit dem 4. Oktober beginnend, der Wochenbeitrag 90 Pf. beträgt. Dafür tritt vom gleichen Tage an eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 2 M. und der Streit- und Gemahregeltenunterstützung um 1 M. pro Woche ein. Protokolle vom Verbandstage in Breslau sind im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben. Stück 50 Pf. Die Jubiläums von Feldmann, Müllerstr. 1, ist nach dem Lokal von Sülch, Müllerstr. 121, verlegt worden. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. **Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei** **Boeker, Weberstr. 17:** **Branchen-Versammlung der Bautischler.** Tagesordnung: 1. Unser Tarif und die jetzige Konjunktur. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Maschinenarbeiter!

Montag, den 6. Oktober er., abends 5 1/2 Uhr, bei **Kaezerowski, Ravenstr. 6:** **Bezirks-Versammlung für Norden, Moabit, Tegel und Charlottenburg.** Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Renwahl der Kommission. 3. Branchengelegenheiten. 89/15 **Achtung! Goldleistenarbeiter und Rahmenmacher.** Die Arbeitsvermittlung erfolgt vom Sonnabend, den 4. Okt., ab nur noch im **paritätischen Arbeitsnachweis** in der Zeit von 1 bis 3 Uhr nachmittags. Vom 1. Oktober d. J. ab befindet sich der **paritätische Arbeitsnachweis** in der **Rüderstraße 9, 3 Treppen** (auch kann der Durchgang von der **Gormannstr. 13** aus benutzt werden). Fernsprechanschl., wie bisher, für Lichter: **Roden 3691 u. 3692; für alle übrigen Branchen: Norden 9764. Die Ortsverwaltung.**

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.** Größtes Spezialgeschäft dieser Art. Hauptgeschäft: **Alexanderstr. 12.** Zweiggeschäfte: **Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.** Beste billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau. **Bekanntmachung.** An Stelle des verstorbenen Mitgliedes Herrn **Koch** steht dem Mitgliedern der Allgemeinen Orts-Krankenkasse, der Orts-Krankenkasse der Handwerker und der Orts-Krankenkasse der Tischler zu Spandau der Zahn-techniker und Zellgehilfen **Herr Theobald Griesch, Spandau, Schmalder Straße 90, 1 Tr., als Waffener zur Verfügung.** Die Vorstände der vorgenannten Kassen.

Land- und Bauparzellen für Vormünderleier schon mit **100 Mark Anzahlung.** Keine jährliche Teilzahlung, im weichen Vorort, direkt am Bahnhof. Guter Boden, größte Wertsteigerung zu erwarten. Bevor Sie anderweitig beschaffigen, prüfen Sie dieses Angebot, da streng reell. Schreiben Sie sofort an **M. Buchholz, Berlin, Anzobstr. 19, Bläse, Postp. 1000, Kustant Postk. 1000.**

Verband der Sattler u. Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin. **Montag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei** **Graumann, Nannysstr. 27:**

Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung. Tagesordnung: 1. Antrag der Verwaltung auf Anstellung eines vierten Beamten und Reorganisation der Bureauverhältnisse. 2. Antrag der Militärbranche auf Entschädigung der Werkstattdirektoren und Vertrauensleute sowie Entschädigung der Vertrauensmänner-Versammlungen. 3. Verschiedenes. Kollegen! Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Versammlung, weshalb sämtliche Vertrauensleute anwesend sein müssen. Jede Werkstatz muß unbedingt eine Vertretung entsenden. Die Ortsverwaltung. **Achtung! Glassehleifer, Polierer, Beleger! Achtung!** **Heute, Freitag, den 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei** **Boeker, Weberstr. 17:** **Versammlung** Tagesordnung: Die neuen Vorschläge der Unternehmung. Es ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen. 71/6 **H. K.: Schröder.**

Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I. **Sonntag, den 5. Oktober, 1913, vormittags 10 Uhr, in** **Schmidts Festsaal, Prinzenallee 33:** **Versammlung.** Tagesordnung: Branchengelegenheiten. Verschiedenes. 134/11 Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Zigarrengeschäfte mache ich aufmerksam auf meine Kanabak-Spezialitäten: **Skandia-Skraa** und **Solidaritäts-Tabak** **Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70** (Königsplatz 3047). **Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Zigarren zu billigen Preisen.**

Gänse-Artikel

täglich frisch in großer Auswahl, empfiehlt **Hermann Leißner,** **Kaiser-Wilhelm-Str. 11 (Gehaus Rotherstraße).** **35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35** **Sie sparen Geld! Wenn Sie** **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kein Laden **kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene** **Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.** **35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Schneider-Verband.

Die Anfänge der deutschen Schneiderbewegung liegen allerdings erheblich weiter zurück, als bis zum 1. Oktober 1888, dem Gründungstage des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter. Schon im Oktober 1867 tagte ein Kongreß deutscher Schneidergehilfen in Leipzig. Nur 9 Mann kamen dort zusammen. Berlin und Hamburg waren nicht vertreten. Dennoch erfolgte die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Schneidervereins“. 1868 zählte dieser Verein bereits 3000 Mitglieder. Aber schon 1869 kam es durch die Gründung der „Allgemeinen Gewerkschaft der Schneider, Kürschner und Kappenmacher“ zu einer Spaltung, die erst 1875 durch die Vereinigung beider Organisationen geheilt ward. Am 24. Oktober 1876 erschien die erste Nummer des Verbandsorgans, des „Fortschritt“.

Auch in Berlin bestanden bereits in den siebziger Jahren je eine lokale und eine zentrale Organisation, die sich am 1. April 1875 miteinander verschmolzen und damals etwa 3000 Mitglieder zählten.

Das Sozialistengesetz zertrümmerte neben anderen auch die Gewerkschaft der Schneider. Aber schon 1884 regte sich das gewerkschaftliche Leben von neuem; doch sollte es erst auf dem Kongreß zu Erfurt, vom 5. bis 7. August 1888, zu einem Beschluß kommen, der die Gründung einer Einheitsorganisation ins Auge faßte, und am 1. Oktober dieses Jahres kam es denn auch zu dieser Gründung. In wöchentlichem Beitrag wurden damals 10 Pf. erhoben und die „Fachzeitung für Schneider“ geliefert. Der Sitz des Hauptvorstandes war Hannover.

1890 wurde in Halberstadt beschlossen, auch die Schneiderinnen in den Verband aufzunehmen. Im gleichen Jahre tagte in Bernburg ein Kongreß, auf dem namentlich die für Berlin äußerst strittige Frage über die größere Zweckmäßigkeit der lokalen oder zentralen Organisationsform eine Rolle spielte. Beseitigt wurde die Zersplitterung für Berlin aber nicht. Im Reich tauchte dagegen der Gedanke eines Industrieverbandes für das Bekleidungsgerwerbe auf. Dazu sollte es jedoch nicht kommen; der Kongreß von 1894 zu Erfurt lehnte das ab.

Am 1. Januar 1903 siedelte dann die Verbandsleitung nach Berlin über, nachdem sie vorher 1892 nach Flensburg und 1896 nach Stuttgart verlegt worden war. Durch den Anschluß der Wäscharbeiter am 1. November 1907 wurde die Basis des Verbandes abermals erweitert. Das erfreuliche Wachstum der Organisation mögen folgende Zahlen veranschaulichen:

Table with 4 columns: Jahr, Männliche, Weibliche, Zusammen. Rows from 1888 to 1904 showing membership growth.

Table with 4 columns: Jahr, Männliche, Weibliche, Zusammen. Rows from 1905 to 1912 showing membership growth.

Gegenwärtig, am Schlusse des 2. Quartals 1913 wurden 40 194 männliche und 9912 weibliche Mitglieder gezählt, insgesamt 50 106.

Dementsprechend waren auch die Einnahmen resp. Ausgaben, die sich in den 25 Jahren des Bestehens des Verbandes auf 7 744 833,03 bzw. 6 796 142,72 M. belaufen. Die Ausgaben betragen: für Fachzeitung 560 040 M., Reiseunterstützung 358 639 M., Krankenunterstützung 840 202 M., Lohnbewegungen 2 132 092 M., Gemahregeltenunterstützung 46 129 M., Umzugskosten 13 757 M., sonstige Unterstützungen 10 358 M. und Rechtschutz 16 806 M.

Die Berliner Filiale hatte, wie schon angedeutet, sehr unter den Reinigungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste Organisationsform zu leiden, die zur Folge hatten, daß sich lange Zeit eine Anzahl lokaler Organisationen am Leben hielten. Hier mußte eine Agitationskommission das notwendige Bindeglied zwischen den einzelnen Branchen abgeben. So sehr nun die Kraft der Organisation geschwächt war infolge der Zersplitterung, an Kühnheit fehlte es den Plänen der Kommission nicht, die sich in erster Linie der Konfektionsindustrie mit ihren überaus beklagenswerten Zuständen annahm. Zuvor mußte aber noch mächtig am Ausbau der Organisation gearbeitet werden. Endlich 1896 konnte man sich an einen Streit wagen, der auch einen gewaltigen Umfang annahm. 30 000 Schneider und Schneiderinnen traten in den Ausstand. Vom 9. bis 21. Februar währte der Kampf, der eine beachtenswerte Lohnhöhung brachte. Freilich ging später manches von dem Erreichten durch die Laune der Arbeiter verloren.

1911 kam es wieder zu einer gewaltigen Lohnbewegung in der Konfektionsbranche, wo auch wieder circa 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen, diesmal 3 Wochen lang, im Streik ausharrten. Neben diesen gewaltigen Kämpfen gingen eine Reihe von geringerem Umfang einher, die darum nicht weniger von Bedeutung waren.

Die Mitgliederzahl ist in der Zeit von 1890 von 580 auf etwas über 10 000 angewachsen. Hoffen wir, daß die Entwicklung allseits einen stetigen, erfreulichen Fortschritt nimmt.

Berlin und Umgegend.

Einigungsverhandlungen im Kürschnergewerbe.

Das Gewerbeamt hatte am vergangenen Sonnabend die drei Vorsitzenden vom Arbeitgeberverband, vom Verband der Hausindustriellen und von der hiesigen Filiale des Kürschnerverbandes zwecks Vorbesprechung über die strittigen Differenzpunkte eingeladen. Es finden nunmehr am kommenden Sonnabendvormittag 11 Uhr Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbeamt statt.

Die Stuarbeiter hatten in ihrer letzten Versammlung beschlossen, obgleich der alte Tarif am Dienstag abgelaufen und ein neuer infolge des ablehnenden Verhaltens des Herrn Rasse nicht zustande gekommen war, doch zunächst die Arbeit fortzusetzen. Dilemm Weschlag waren die Arbeiter nachgekommen. Man hätte nun erwarten dürfen, die Unternehmer würden, den hochtönenden Worten ihres Sekretärs entsprechend, den von ihnen vorgelegten Gegenentwurf eines Tarifvertrages den Arbeitern zur Unterschrift vorlegen. Das ist nicht eingetreten! Vielmehr haben sich eine ganze Anzahl Arbeitgeber in dem Sinne geäußert, daß sie sehnlichst wünschen,

es möge auf friedlichem Wege eine Vereinbarung zustande kommen. Daraufhin wird nunmehr durch die Organisation den einzelnen Unternehmern ein Tarif zur Unterschrift vorgelegt werden, der unter Berücksichtigung der Verhältnisse eine ganze Anzahl Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält, jedoch in keiner Weise über das Maß des Erreichbaren hinausgeht. Damit soll gesagt sein, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, sich auch nur ein Geringes abdingen zu lassen! In der Aussprache hierüber wurden eine ganze Anzahl Stimmen laut, die viel weitergehende Forderungen gestellt wünschten, doch ließ es die Verammlung bei den von der Tarifkommission formulierten Bestimmungen, um auch ihrerseits zu befunden, daß die Arbeiter einer friedlichen Verständigung kein Hindernis bereiten. Den Unternehmern wird bis Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, Frist gewährt, sich für oder gegen Annahme des Tarifs zu entscheiden.

Mit der Wursfabrik W i l h. V e h r - Schöneberg hat der Verband der Fleischer einen neuen Vertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Anfangslohn 32 M., für Gesellen mit besonderer Verantwortung unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Für 23 Gesellen wurde der Lohn um 1 M. pro Woche erhöht. Die Firma gewährt jedem Gesellen 3 bis 10 Tage Ferien, der Lohn wird weiter gezahlt. Für die Expedienten wurde ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt ebenfalls 10 Stunden, Ueberstunden werden wie bei den Gesellen mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt, desgleichen erhalten dieselben unter denselben Bedingungen wie die Gesellen Ferien. Alle unter 150 M. Monatsgehalt beschäftigten erhalten 150 M.

Ein „warmes Nest“.

Seit dem 13. August d. J. stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Otis-Elevator-Werke in Wittenau in einem Abwehrgestreik. Zwölf uniformierte Gewerkschaftler scheinen der Firma noch nicht zu genügen, so daß sie noch ihre eigenen Beamten gegen die Streikposten aufbietet. Bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung gab diese ihrer Verwunderung Ausdruck, daß die Arbeiter Streikposten stellten und glaubte daraus schließen zu müssen, daß die Otis-Werke doch ein recht „warmes Nest“ sein müssen. Wie sieht nun dieses warme Nest aus. Ueber 300 Mann sind in der Fabrik beschäftigt. Dieser Arbeiterzahl stehen ganz 8 Klosterräume zur Verfügung. Im Waschkraum sind 20 Wasserhähne vorhanden, die jedoch noch „reguliert“ wurden, damit nicht zuviel Wasser verbraucht werde. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Affordverhältnis stehen, sollen laut Arbeitsordnung vor der Entgegennahme der Affordkarte die Arbeit nicht anfangen. Da aber das Kalkulationsbureau nicht das ist, was es sein sollte, konnte sich das Personal mit dem Preise nicht einverstanden erklären. Es kam zu Differenzen, die eine Kommission schlichten sollte. Der Betriebsleiter Herr D r i n g ließ die Kommission trotz mehrmaliger Anmeldung drei Tage auf die nachgefragte Verhandlung warten. Nach Feierabend wurde dann endlich verhandelt und zugestanden, daß der Betriebsleiter die Kalkulation selbst in die Hand nehmen würde. Um des lieben Friedens willen gingen die Arbeiter darauf ein, daß eilige Arbeiten auch ohne Affordkarte sollten angefertigt werden. Die alten Preise wurden garantiert. Dem schon mehrfach geäußerten Wunsch nach einem Arbeiterausschuß stimmte die Firma zu. Jedoch mußte dieser Ausschuss gewählt werden, ohne daß die Wahl durch Bekanntmachung usw. von der Betriebsleitung unterstützt wurde. Der Arbeiterausschuß wurde zwar von der Firma bestätigt, aber schon nach kurzer Zeit erhielt ein Mitglied dieser Vertretung seine Entlassung, angeblich wegen ungebührlichen Verhaltens gegenüber dem Betriebsleiter.

Bei den Verhandlungen wurde auch von der Betriebsleitung und Direktion zugegeben, daß Herr D r i n g den Entlassenen zu Unrecht beschuldigt hatte. Trotzdem sollte die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes im Werk Wittenau nicht erfolgen. Da es sich nun auch herausstellte, daß auch die Unregelmäßigkeiten in den Affordpreisen mehr als abgenommen hatten, wurde eine Betriebsversammlung einberufen. Hierzu waren auch Beamte und Meister eingeladen, die auch erschienen. Das Resultat dieser fünfviertelständigen Versammlung war der Streikbeschuß. Es ist schon der fünfte Streik in diesem Jahre, von dem dieses „warme Nest“ betroffen war.

Durch Injektate und unter tätiger Mithilfe des Herrn S a n j a

Kleines feuilleton.

Das futuristische Orchester. Nachdem die Futuristen der ultramodernen Malerei neue Entwicklungsmöglichkeiten verraten haben und nachdem der höchste Prophet und Weltkaiser des Futurismus F. T. Marinetti vor kurzem in Palermo mit einem eigenen Werke der Welt gezeigt hat, was futuristische Dichtkunst vermag, hat man sich jetzt der Veredelung und Vervollkommnung der Musik gewidmet. Schon ist ein den neuen Anforderungen entsprechender Klangkörper geschaffen, und in Mailand hat das erste futuristische Konzert stattgefunden. Ja, man muß es zugeben, hier handelt es sich um eine neue Kunst, und der Maler Russolo, der zusammen mit seinem Kollegen Igo Piatti die Aufgabe übernommen hat, futuristisch zu komponieren und das geeignete Orchester zusammenzustellen, darf sich mit Recht der „Schöpfer der Lärmkunst“ nennen.

Allein das Orchester wird durch seine Zusammenfügung selbst den hochhaftesten Szeptiker davon überzeugen, daß hier eine ganz neue Auffassung von Musik und Klangwirkungen entstanden ist. Denn dieses Orchester, das einstweilen sich mit 15 Mitgliedern begnügt, besteht aus drei „Summern“, einem „Dommer“, drei „Weisern“, zwei „Kassierern“, zwei „Gurglern“, einem „Schmetterer“, einem „Kürschner“ und „Schneider“ und einem „Schmarher“. Schon diese Liste läßt ahnen, welche höchst eigenartigen Klangkombinationen sich mit dieser ungewöhnlichen Musikertruppe bei Fleiß und Ausdauer hervorbringen lassen und welche neue Möglichkeiten sich damit der Lärmkunst erschließen. Ausgezeichnet stimmen mit diesen Mitteln auch die musikalischen Inspirationen der futuristischen Komponisten zusammen, die ihre Fondichtungen „Lärmgespinne“ nennen. Die vier Lärmgespinne, die man in Mailand zu hören bekam, hießen „Das Erwachen der Großstadt“, „Das Stillsichem der Autos und Flugzeuge“, „Man speist auf der Terrasse des Casinos“ (mit einigen prächtigen Solonummern für den Gurgler und den Kürschner) und schließlich „Das Schmarher in der Daise“, wobei allerdings die Darstellung des Schmarhers besser gelang als die der Daise.

In den Zwischenakten erschienen Marinetti und sein Kollege Beatella als Redner auf der Bühne und tauschten mit den außerordentlich angeregten Zuhörern einige sehr drastische und kraftvolle Schemtorte, im ganzen aber sind Marinetti und seine Betreuer mit dem erzielten tiefen Eindruck zufrieden und erklärten, daß vor allem die „harmonische Versammlung der Weiser, Gurgler und Flager“ einen ergreifenden Eindruck futuristischer Kunst vermittelte, einen Eindruck, der bisher seinesgleichen noch nicht gehabt habe.“ Das letztere wird sogar von den Begnern eingestimmt.

Theater.

Kammerspiele: Die goldenen Palmen, Lustspiel von A. de Fiers und G. de Caillabet. Die Firma, die in ihrem Feinerzeit am Vesting-Theater gezielten satirisch schillernden Schwanz „Der König“ so unerhäßlich lächeln an Geist und lustigen Einfällen, hat sich seither in billiger Massenproduktion mehr und mehr verzettelt. Ihre letzte Robitität, „Die goldenen Palmen“, eine Verhottung der französischen Akademie, deren neuertwählte Mitglieder

bei ihrer Aufnahme in den Kreis der „Unsterblichen“ als Redner in goldgeputzten Palmenstrüßen debütieren, zeigt kaum noch einige Spuren der einstigen Feindseligkeit. In Paris mag die Persönlichkeit auf das Verdienste- und Elitenwesen dieser Körperschaft so viel aktuelle Bilanzier gebabt haben, daß dies für das gehäufte Maß sonstiger Langweiligkeit entschädigte. Hier, wo ein solches Interesse wegfällt, tat sich die Enttäuschung, als nach dem Fallen des Vorhanges sich schwache Anfänge des Applauses vorwagten, durch recht vernehmliches Pischen kund.

Ähnlich wie einer seiner Vorfahren aus dem Geschlecht de Latour-Latour, der, als er beim Zufall vor der königlichen Mätresse überrascht wurde, alsbald die Beförderung zum Abbé erhielt, gelangt der harmlos einfältige Irenel zur Würde eines Akademikers. Dem Herzoge und Vorsitzenden der Akademie, der ihn vor seiner Gemahlin knieend findet, wird vorgelesen, der nette junge Mann habe die hohe Dame so um ihre Protektion bei der nächsten Akademiewahl bitten wollen. Und der Gemahl in seiner potenzierten Trottelhaftigkeit bewilligt sich, die Kollegen für die Sache zu gewinnen. Der Grafenstil deckt jedes intellektuelle Defizit. Die Feierlichkeiten einer öffentlichen Akademieversammlung werden zum Teil ganz ulkig parodiert. Der Graf hält seine Antrittsrede, die in der Einleitung die Absichten an die Adresse der Erlauchten gerichtetem Schmeicheleien, in ihrer saden, sächlichen Geziertheit sehr witzig nachahmt. Auch in dem weiteren, der obligatorischen Lobrede auf den verstorbenen Vorgänger ist manches Drollige. Dann sollen aber wieder an den Haaren herangekehrte Theatertricks weiter helfen. Im Schlußakt, für den den Autoren sonst nichts einfällt, wird zur Deduktion der Unkosten der Präsident der Republik herbeizitiert, der sich in mäßigen Witzeleien über seine Einflußlosigkeit ergeht.

Nicht eine der Figuren, die selbst bescheidensten Ansprüchen an Menschlichkeit genügt oder doch durch schwankmäßige Ausgestaltung für ein solches Ranko Erfag geboten hätte. Parmeline, der einzige, über den man herzlich lachen konnte — das quackfüßerne verrückte Musikgenie, das im Salon seine Liebesabenteuer mit Klavierbegleitung vorträgt — war mehr im Jirkus- als im Schwanzstil karikiert. Herr Wiensfeldt ließ da sehr ergötzlich seinem grotesk phantastischen Humor die Fägel schweben. Rosa Vertens spielte die, je nach dem Grade augenblicklicher Verliebtheit mehr oder weniger englisch radebrechende Herzogin, Viktor Arnold den Herzog, W a h m a n n liebestörrisch stott den Grafen.

Musik.

Theater am Kollendorfsplatz. Seit Jahren wurde nicht eine Operette geschaffen, die mehr als ein kurzes Scheinleben verdient hätte. Damit hängt das Bestreben zusammen, dem Genre der „Leichtgeschürzten Muse“ erfrischende Blutsäfte zuzuführen, indem man aus verschönten Musikgebilden, die sich an die Romen einzelner Schöpfer der älteren, „Kaffischen“ Operette knüpfen, neue Bühnenwerke rekonstruierte. Nunmehr hat Leopold Schmidt, der wohlkreditierte Berliner Musikkritiker, das Erneuerungsverfahren bei Jacques Offenbach angewendet. Offenbach ist nicht bloß der Vater der Operette schlechweg; sondern von seinem unerschöpflichen Geiste haben alle Nachtreter bis auf unsere Tage angezogen. Das erweist sich jetzt wieder an dieser nach Offenbachschen Motiven bearbeiteten Musik zu der Operette „Die Heimkehr des Odysseus“, für die Karl Etlinger und

Erich M o y nicht ohne Witz und Geschick die textliche Unterlage geschaffen haben.

Offenbach hat neben etlichen Duzend mehr oder minder jugkräftigen Operetten in seiner Fröhlichkeit auch zahlreiche Singlied-einakter und später sogar eine deutsche romantische Oper (Die Klein-nixe) komponiert. Aus seinem Ueberreichtum an verschollener Musik hat Schmidt die pikantesten und entzückendsten Melodien und Motive herausgehoben. So ist ein geschlossenes Ganzes entstanden, das auch gerade in der wohl zumest vom Bearbeiter herrührenden Instrumentierung Offenbachsche Klangfarben und Offenbachschen Geist zeigt. Wägte man nicht ohnehin, welche hoher Musikkultur neben einer bedeutenden komisch-dramatischen Gestaltungskraft man sich bei Offenbach zu versehen habe: dies oftmals allzu musikalisch gehobene Gewebe bestätigt es aufs neue. Der Wert dieser Musik mit ihren präzisen Couplets, Duetten, Trios, Septetts, Arietten, Barcarolen, Liedern und Chören ist maßgebend für den künstlerischen Erfolg, dem der materielle freilich dauernd kaum beschieden sein dürfte. Das Libretto ist nämlich nur spärlich dramatisch und witzig. Zimmerlin schließt es zu kleinen Handlungen zusammen, die dann zuletzt dank der vorzüglich bearbeiteten Musik einen einseitlich wirksamen Abschluß erhält.

Die Titelfigur giebt Max P a l l e n b e r g mit einem Ueberaus an vieljähriger Komik zwar — aber auch mit Raffinessefreier — im Partierestil. Den Lacherfolg hat er natürlich sicher. Vorzüglich in Stimme und Spiel ist Karl P f a n n (Xenophon) zeigt sich wieder als sorgsam studierter Sanger, dem es gegebenenfalls doch auch nicht an komischen Einfällen mangelt. Ute W e r n a macht eine verführerische Venelope, Walter F o r m e s einen mit seinem Sarkasmus gewürzten Hoftheateridentanten. Witzig sind auch die drei Freier. Defloration, Inzenerierung können sich sehen lassen. Die ganze Auf-führung wird musikalisch sicher von Kapellmeister S c h w a r z geleitet. Das Werk fand sehr eine freundliche Aufnahme. ok.

Notizen.

— Vorträge für die freien Volkshäuser. Am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, spricht im Hörsaal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrechtstraße Robert Dreuer über „Kunstform und Zeitgeist“. Der Vortrag ist der erste einer Serie von dreien. Die Karten kosten 30 Pf. für den einzelnen Abend, 80 Pf. für die Serie und sind in den Zahlstellen der Volkshäuser zu haben.

— Die nächsten Volks-Sinfoniekonzerte des Blüthner-Orchesters finden statt: am 3. Oktober: Berliner Volk-Brauerei; 6. Oktober: Brauerei Friedrichshain; 7. Oktober: Kammeräle; 15. Oktober: Brauerei Friedrichshain (Richard Wagner-Abend); 17. Oktober: Neue Philharmonie; 12. November: Brauerei Friedrichshain. Eintrittskarten 30 Pf.

— Das „Rationellen-Theater Münchner Künstler“ eröffnet am 3. Oktober, 8 1/2 Uhr, sein Gastspiel im großen Saale von Keller u. Reiner, Potsdamer Str. 118b. Zur Erstaufführung gelangte das älteste deutsche Faustspiel in der Bearbeitung von Paul Braum.

— Das Kind, seine Erziehung und Entartung. Der Kriminalpsychologe Dr. Erich Wulffen hält am Freitag in der Singlademie einen Vortrag über dieses Thema zu populären Preisen.

von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik suchte Herr Döring seinen Betrieb mit Arbeitswilligen zu füllen. Speziell der katholische Hauptverein stellte einen hohen Prozentsatz dieser nützlichen Elemente. Von Diebstählen im Hof kamen sieben nichtorganisierte Arbeiter, die jedoch dem Betrieb den Rücken leihen, als sie erführen, um was es sich handelte.

Das Arbeitermaterial, das Herr Döring seinem Freunde Döring lieferte, scheint allerdings die Erwartungen nicht erfüllt zu haben, die man auf es setzte, denn durch Weister und Reamte läßt Herr Döring freilebende Arbeiter besuchen, um sie durch die allerhöchsten Verpfändungen und Wochenkontrakte zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ja, selbst auf die Frauen der Streikenden wird eingewirkt, damit sie ihre Kömmer zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen sollen.

Es geht demnach der Firma nicht zum Besten, was schon daraus hervorgeht, daß sie gezwungen ist, neue Kautzungen abzuschließen. Sie motiviert dies damit, daß sie angeblich schon mit Arbeit überbürdet sei. In Wirklichkeit kann sie eben mit ihrem jetzigen Arbeitermaterial nichts leisten. Verfügt sie doch, Telle, wie Tüten, Fahrkörbe, Schläfer und Werkzeuge, bei anderen Firmen anfertigen zu lassen, was bereits zu Differenzen in jenen Betrieben geführt hat.

Die Streikenden sehen dem weiteren Verkauf der Dinge ungeneigten Rutes entgegen. Sie erwarten aber auch, daß ehrliche Arbeiter und Arbeiterinnen den Betrieb der Döring-Elevator-Gesellschaft, Wittenau, Hauptgeschäft Berlin, Königsgräber Straße, freizugeworden werden.

Deutsches Reich

Der Konflikt im Haupttarifamt des Baugewerbes

ist beendet. Der geschäftsführende Unparteiliche des Haupttarifamts hat am 22. September ein Schreiben an den Zentralverband der Zimmerer gerichtet, das besagt, daß die Unparteilichen durch eine Erklärung Bringmanns in Nr. 96 des „Zimmerer“ die entstandenen Differenzen als erledigt ansehen.

Die nächste Sitzung des Haupttarifamts soll nun am 7. und 8. Oktober in den Räumen des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in der Zimmerstraße tagen. Der Direktor des Reichstagsgebäudes hat es abgelehnt, für diese Sitzung Räume im Reichstagsgebäude zur Verfügung zu stellen!

Zur Entscheidung steht eine Anzahl grundsätzlicher Fragen, unter anderen auch die, ob die Unternehmer die Möglichkeit bekommen sollen, den Arbeitern in einem Hauptberuf die Akkordarbeit auch dann aufzuzwingen, wenn bis jetzt nur in einem Spezialberuf, nicht aber im Hauptberuf selbst, im Akkord gearbeitet worden ist.

Neue Differenzen in der Binnenschifffahrt.

Als am 5. Mai, nach einwöchigem Kampfe in den Stromgebieten der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen die Arbeit aufgenommen wurde, ohne daß es zu einem Vertragsabschluss gekommen war, wurde beiderseitig zum Ausdruck gebracht, daß man nicht abgesehen sei, die Verhandlungen fortzuführen. Der Unternehmerverband war der Meinung, daß jedoch eine andere Verhandlungsbasis geschaffen werden müsse, er machte dem Transportarbeiterverband im Juli dahingehende Vorschläge. Nach diesen sollte ein Vertrag bis Ende 1918 abgeschlossen werden, der für die Elbe und die märkischen Wasserstraßen eine Lohnerhöhung von 5 M. monatlich vorsieht und die Ueberstundenlöhne um 5 Pf. erhöht werden sollten. Für die Oder sollte dieselbe Tarifdauer, dieselbe Lohnzulage, nur keine Erhöhung der Ueberstundenlöhne gelten. Als Sicherheitsleistung für die Einhaltung des Tarifs forderte der Unternehmerverband eine Hinterlegung von 50 000 M.

Der Transportarbeiterverband erklärte sich, soweit die Elbe in Betracht kommt, mit der Tarifdauer sowohl als auch mit der Lohnerhöhung einverstanden, nur die Normierung der Ueberstundenlöhne wünschte er anders geregelt. Für die Oder wurde die Tarifdauer ebenfalls angenommen, nur mit der Bedingung, daß innerhalb der Tarifdauer eine weitere Lohnerhöhung erfolgen dürfte. (Die Löhne auf der Oder sind um 15 M. niedriger als auf der Elbe.) Weiter wurde für die Oder eine Aufbesserung der Ueberstundenlöhne gefordert. Das waren die Hauptpunkte. Eine Reihe Nebenfragen sind nicht von großer Bedeutung. Die Forderung auf Stellung einer Kaution lehnte jedoch der Verband ab.

Nachdem die Vorverhandlungen soweit gediehen, mußte erwartet werden, daß mündliche Verhandlungen über die Differenzpunkte stattfinden würden. Der Unternehmerverband gab jedoch Ende September an die Arbeiterorganisationen den Bescheid, daß er es ablehne, in Verhandlungen einzutreten; angeblich, weil die Arbeiter die verlangte Kaution nicht stellen wollten. Zur Stellung der verlangten Kaution aber liegt keinerlei Veranlassung vor, denn gerade in der Binnenschifffahrt sind keine Kontraktbuchfälle zu verzeichnen.

So bereitet die Zeitung des Unternehmerverbandes den Abschluß eines Vertrages. Sehr viele Unternehmer haben dazu aber wiederholt ihre Bereitwilligkeit bekundet und erklärt, froh zu sein, wenn der Vertrag endlich zustande käme. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Stellung der Leitung des Unternehmerverbandes den Wünschen seiner gesamten Mitglieder entspricht.

Der Transportarbeiterverband hat die ablehnende Stellung des Unternehmerverbandes damit beantwortet, daß er die Forderungen der Schiffsmannschaften einer Reihe von Betrieben eingeleitet hat, so dem Berliner Lloyd, der Vereinigten Berlin-Hamburger Schiffschiffahrt und der sächsischen Steinschiffahrt. Die Schiffsmannschaften sind empört über dieses Verhalten der Unternehmer. Wie die Dinge sich entwickeln werden, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden. Die Öffentlichkeit erhebt aber aus dieser Darstellung, daß die Arbeiterorganisation alles getan hat, um den Frieden in der Binnenschifffahrt sicherzustellen. Die Differenzen, namentlich auf dem Stromgebiet der Elbe und der märkischen Wasserstraßen, sind materiell so minimal, daß sie einer Einigung nicht im Wege stehen sollten. Zu betonen ist, daß die gestellten Forderungen bereits in einer Reihe von anderen Betrieben eingeführt sind und somit ihre Durchführbarkeit beweisen ist.

Es liegt gegenwärtig in der Hand des Unternehmerverbandes, neue Unruhen, die auf den Güterverkehr hemmend wirken würden, abzuwehren. Dies wird allerdings nicht dadurch geschehen, daß man mit allen Mitteln verliert, gelbe Organisationen zu züchten. Für solche Gebilde sind die Schiffsmannschaften nicht zu haben; dies sollten die Unternehmer in den letzten fünf Monaten doch zur Genüge festgestellt haben.

Ein Vertragsabschluss, der den Parteien Gerechtigkeit widerfahren läßt und keine einseitigen Bestimmungen enthält, könnte die Unruhen beseitigen, die gegenwärtig ihren Anfang nehmen und die sich auf die Schifffahrtperiode 1914 noch sehr lebhaft bemerkbar machen dürften.

Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge.

Darmstadt, 30. September.

Kinder als Erwerbsmittel, insbesondere die Risikofälle in Pflege- und Adoptionswesen, bilden den Gegenstand der Verhandlungen am heutigen zweiten Tag der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. Der Referent, Gerichtsoffizier Tormin-Berlin, bestätigte unumwunden das Verlangen der heute für das hilflose, namentlich uneheliche Kind vorhandenen Schutzmöglichkeiten, wie Vormund, Gemeindevorstand, Haltestellenpolizei usw. Er wandte sich gegen die gewerbmäßigen Haltestellen, die sich infolge unzureichender Vorschriften einer Kontrolle zu entziehen wählten, gegen die leichtfertige Übergabe — das „Verschenken“ — von Kindern, lediglich um sich der pekuniären und sonstigen Lasten zu entziehen, gegen die Gewissenslosigkeit solcher Personen, die ein Kind nur um des Vermögensvorsorge willen gegen Abfindungsumms annehmen, gegen Engelmacherei. Besonders auch ging er mit dem Unfug und Schwandel in der Pflege und Adoptionsvermittlung ins Gericht. Aber es blieb bei aller

Freimütigkeit doch der Besenmermut zu vermissen, um auch das zu sagen, was hier unbedingt gesagt werden mußte: Wer ist es denn, der die junge uneheliche Mutter geradezu zwingt, das dem Weibe ureigenste, die Mutterliebe, zu unterdrücken, und mit blutendem Herzen das arme Wurm wegzugeben? Ist das nicht dieselbe verkapitalistische Wirtschaftspraxis, die nicht einmal für die irdischen Bedürfnisse einen ausreichenden Gehalt gewähren mag, vielweniger, daß sie der jungen Mutter ihr Liebste läßt, weil sie um das tägliche Brot in der Fabrik fronden muß? Die heutige Rechtsordnung und laute Moral unseres bürgerlichen Klassenstaats ist es doch, die der unehelichen Mutter einen Rastel anheftet und so viele veranlaßt, das Neugeborene zu verdecken bei irgendeiner Engelmacherei. Der Kinderhandel, die kleine weiße Sklaverei wird nicht ausgerottet werden können, wenn nicht auch die heutige Rechts- und Wirtschaftspraxis geändert wird. Der Referent hat ja den Schritten von Henriette Arendt Gerechtigkeit werden lassen; aber er mußte in der Diskussion merken, in welches Weipenneß er dabei gestochen hatte. — Pastor Bahnsen-Hamburg eiferte gegen die frühere Stuttgarter Polizeiaufsichtin; ihre Schriften und ihr Kampf hätten dem Kinderhandel nur geschadet. In dieser beweislosen Behauptung spiegelte sich drastisch die satte Selbstgefälligkeit parlamentarischer Freude an dem heutigen Gesellschaftszustand. Freilich mußte sich der wackere Hamburger Gottesmann von einem Glaubensbrüder, dem Pfarrer Bruhns in Straßburg, zurechtweisen lassen, daß es nicht nur Leute gibt, die etwas kritisch annehmen, sondern auch solche, die kritisch ablehnen. Pfarrer Bruhns hat mit Henriette Arendt zusammengearbeitet und ist zur Erkenntnis gekommen, daß vieles, was sie sagt, stimmt, daß sie schwere Schäden aufgedeckt habe. In der Schweiz gäben angelehnte, hochgeachtete Beamte und Organisationen, durch sie angeleitet, die Hebel zu und kämpften dagegen; warum bei uns nicht so? Mit anerkennenswerter Offenheit legte der Referent auch die schweren Schäden dar, die die gewissen Inzerate auf dem hier fraglichen Gebiete in den Annoncenplantagen der bürgerlichen Presse herbeiführen. Unter dem stürmischen Beifall der Versammlung verlangte er, dieser Presse müsse das soziale Gewissen geschärft werden. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung eines Ausbaues des Vormundschaftswezens und Regelung des Haltestellenwesens; Vereinheitlichung von Pflegestellen-Nachweisen, Schaffung eines Reges von Ueberwachungsstellen über das ganze Land, Ueberwachung jener Annoncen.

Der Korreferent, Verwaltungsdirektor Dr. Blaum-Straßburg, berichtete über die Einrichtungen, die man in Straßburg zur Bekämpfung der von dem Vordröner angeführten Mißstände geschaffen habe. Dort ist durch das städtische Frauen- und Jugendfürsorgeamt die Vermittlung des Pflegestellen- und Adoptionswesens in die Hand genommen, und zwar für alle bevormundeten Kinder und alle unter Schutzaufsicht stehenden gefährdeten Kinder und Jugendliche. Ferner muß zur Annahme eines Kindes in fremde Pflege die polizeiliche Erlaubnis nachgesucht werden, die nur auf ein Gutachten des Baifenanimes erteilt wird, wenn dieses die betreffende Person in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht einwandfrei hält. Endlich unterziehen alle in fremder Pflege gehaltenen Kinder, auch die ohne Entgelt untergebrachten und die ehelichen, bis zum zweiten Lebensjahre der wärmerärztlichen Kontrolle, ebenso von Berufswoifeninspektorinnen. Diese Einrichtungen bestanden jetzt 10 Jahre; Mißstände erheblicher Art seien seitdem nicht mehr hervorgetreten.

Den Beschluß der Tagung machten zwei Referate über die sozialhygienischen Aufgaben der Ärzte im Zusammenhang mit der gesamten Jugendfürsorge.

Die beiden Referenten, Dr. Lewandowski-Berlin und Sanitätsrat Dr. Sonnenberger-Worms, hatten gemeinsame Forderungen aufgestellt. Der Arzt müsse sich nach drei Richtungen hin betätigen, als Arzt, als Hygieniker und als Lehrer der Gesundheit. Die Ausbildung der Ärzteschaft könne zurzeit allgemein noch nicht als ausreichend angesehen werden. Darum müßte auf den Universitäten besondere sozialhygienische Jugendfürsorge gelehrt werden. Es fehlen Schularzte noch in vielen kleineren Städten, in den meisten Landkreisen, an der Hochschule der höheren Schulen, an den Studienanstalten, den Fortbildungsschulen usw. Ferner ist die schwierige und dreinendige Frage der Behandlung der von den Schulärzten als krank oder hilflosbedürftig befundenen Schulkinder immer noch ungelöst. Auch sind die deutschen Kinderhorte ärztlich fast unberührt. Die ärztliche Tätigkeit müsse dabei ein angemessenes Entgelt finden.

Stadtschulrat Dr. Peters-Halle besprach die Erwerbstätigkeit der Schulkinder,

die in seinem Bezirk sehr groß sei. Diese Tätigkeit ist für die Kinder nicht nur gesundheitlich von Nachteil, denn auch die Schulleistungen müssen stark darunter leiden. Ein weiterer Diskussionsredner Dr. Fürstheim von Michaelstadt bekannte offen, daß auf dem Lande der Arzt zumeist gar nicht die Zeit findet, sich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge zu betätigen. Warum? Weil er Geld verdienen muß. Gibt es eine bessere Rechtsfertigung unserer Parteiforderung nach Verwirklichung des Arztwezens?

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnete die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Zunächst erfolgt die Einführung des an Stelle des gestern aus dem Amte geschiedenen Stadtrats Döring gewählten befohlenen Stadtrats Karl Döhning, bisher zu Rosen. Der Oberbürgermeister und sodann auch der Stadtverordneter vorsteher begrüßen das neue Magistratsmitglied.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen Bildung einer besonderen Verwaltungsstelle für die Angelegenheiten des Arbeitsnachweises sind auch die Stadtv. Brückner, Glöck, Hinge, Ritter und Sassenbach (Soz.) deputiert; Sassenbach ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses.

Nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt ist zur Kenntnisnahme die Magistratsvorlage wegen Veranstaltung einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig. Die Feier soll am 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr, auf dem Kreuzberg stattfinden und aus Gesang, Musik und Festrede bestehen; die Versammlung wird ersucht, zehn Mitglieder zur Vorbereitung abzuordnen.

Wie der Vorsitzere mittelt, soll diese Vorlage in der geheimen Sitzung verhandelt werden.

Den Ankauf der Herrschaft Lanke für rund 20 Millionen Mark hat der niedergesetzte Ausschuss am Montag, den 22. September, nach vier Stunden langer Beratung mit 13 gegen 2 Stimmen zur Genehmigung empfohlen. Das Referat erstattet Stadtv. Körte (Fr.). Eine Minorität im Ausschusse nahm an der Höhe des Kaufpreises (4400 M. pro Hektar) Anstoß und erhob wiederholt die Forderung, daß hinsichtlich der Preisfrage nochmals mit den Verkäufern verhandelt werden sollte. Außerdem bemängelte ein Teil des Ausschusses die große Entfernung Lanke von Berlin und die ungenügenden Verbindungen dahin, die dem Gros der Berliner Bevölkerung Ausflüge nach Lanke noch auf lange Zeit sehr erschweren würden. Alle diese Bedenken aber hat die überwindliche Mehrheit als ausschlaggebend nicht anzuerkennen vermocht.

Oberbürgermeister Wermuth: Ich habe der aufrichtigsten Freude darüber Ausdruck zu geben, daß der Ausschuss mit so großer Mehrheit beschlossen hat, auf den Boden der Vorlage zu treten. Stimmt die Versammlung bei, so erwächst dem Magistrat die unabweisbare Pflicht, die in der Herrschaft stehenden Werte alsbald nutzbar zu machen, und zwar so, daß auch die finanziellen Rücksichten zu ihrem Rechte kommen. Auch meinerseits wiederhole ich, daß die Frage, ob näher an Berlin gelegene Güter oder Güterteile

jezt abzustoßen seien, ausgiebig geprüft und untersucht werden wird. Es liegt nun die Erwartung sozusagen in der Luft, daß heute eine neue Debatte über die Steuererhöhung in Nieder-Barnim entpinnen wird. Was wir darüber haben sagen können, ist früher gesagt worden; das weitere muß im Verhandlungsverfahren vorgebracht werden. Die inzwischen uns zu teil gewordenen Gegenüberstellungen treffen, wie ich meine, den Kern der Sache nicht. (Sehr richtig!) Es ist erklärt worden, die Leiter des Kreises würden schlechte Geschäftsführer gewesen sein, wenn sie nicht auf die Nachricht von dem Anlauf Lanke hin die Erhöhung der Umsatzsteuer beschleunigt hätten. Darin beruht ja eben der Grund unserer Beschwärden; wir sind der Meinung, daß die Steuerhöhe nicht im Sinne eines Geschäftes geübt werden darf, bei welchem durch Selbstzufassen ein Gewinn erzielt wird, sondern im Sinne gleichmäßiger Gerechtigkeit für alle. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Steuererhebung richtet sich auf die Zukunft; wir hatten nicht für zulässig, sie in Bewegung zu setzen, um Rechtsakte zu erlassen, welche unter Zugrundelegung der bestehenden Steuer vollzogen worden sind und hier noch dazu so eminent dem Gemeinwohl dienen. (Wiederholte lebhafteste Zustimmung.) Unsere Besorgnisse sind in der Richtung erfüllt und leider sogar noch übertroffen worden, daß der berlinische Besitz im Kreise Niederbarnim von der Verwaltung dieses Kreises als eine Art unerschütterlicher Fremdbörper angesehen wird, daß weniger die ungenügenden Fortschritte Beachtung finden, welche der Kreis durch den Zusammenhang mit Berlin gemacht hat, als die kleinen Unebenheiten und Unbequemlichkeiten, welche die Ausstrahlungen der Großstadt für die traditionelle Verwaltung eines Kreises naturgemäß bringen müssen. Es handelt sich um einen Verwaltungsbezirk, dessen näher an Berlin gelegene Grundstücke mindestens um das Zehn- bis Zwanzigfache im Werte steigen und dessen ferner gelegene Teile, wie der Vertrag mit Lanke beweist, auch schon von der Nachbarschaft Berlins einen recht achtbaren Nutzen haben. Es handelt sich um einen Bezirk, in den allein die Berliner Stadt-lasse Hunderte von Millionen hineingetragen hat; nach einer sehr niedrigen Berechnung sind es 240 Millionen, ein bescheidener Teil davon dürfte doch auch der Bevölkerung Niederbarnims zugute gekommen sein. Ein Verwaltungsbezirk solcher Art dürfte nicht mit uns über wenige tausend Mark rechten, welche ihm vermeintlich durch die den großstädtischen Anforderungen entsprechende Verwendung unseres Grundbesitzes entgangen sind. Daß ein uns so ungenügender Gebanternang sich wiederpruschlos im Kreisstage durchsetzen konnte, erklärt sich nur daraus, daß unsere Interessen in diesem Kreisstage so gut wie gar nicht vertreten waren. (Zustimmung.) Unser Grundbesitz beträgt mit Lanke ein Zehntel der ganzen Kreisfläche, trotzdem ist unter den 66 Mitgliedern des Kreisstages bestenfalls ein einziges, welches die Wünsche Berlins und des Berliner Grundbesitzes vertreten könnte. Die Gerechtigkeit erfordert, daß über das Wohl und Wehe unseres gewaltigen Besitzes nicht entschieden werden sollte, ohne daß dieser Besitz selbst gebührend zum Wort und zur Geltung gelangt. Im Ausschuss des Groß-Berliner Zweckverbandes hat Berlin von 19 Vertretern nur 6, Niederbarnim aber 3 Mitglieder (Hört! hört!), obwohl der Kreis in der Bevölkerung um das Fünffache und in der Steuerkraft um das Zehnfache hinter Berlin zurücksteht. Auch im Plenum ist Niederbarnim in diesem Sinne weitaus Berlin überlegen. Wir hören ja gern die Verkündung, daß die Zeit kommen wird, wo die beiden Verwaltungen nicht gegeneinander, sondern Hand in Hand gehen werden; aber das Einvernehmen muß sich doch vollziehen bei gleicher Verteilung von Licht und Luft, und wir dürfen auch nicht mit sanfter Hand einer Entwicklung zugeführt werden, wo die Rechte des Bürgerturns aufgehen in einen wohlmeinenden behördlichen Organismus. Lassen Sie uns durch einmütige Abfertigung der Vorlage kundtun, daß Berlin entschlossen ist, seine Stellung und seine Rechte zu behaupten und dadurch auch dem Wohle des Ganzen zu dienen. (Lebhafter Beifall!)

Stadtv. Kramm (N. L.): Nach dem Gange der Ausschussberatung sind meine Freunde immer noch der Ansicht, daß der zu zahlende Preis ein außerordentlich hoher ist; ja, es will uns jetzt scheinen, als ob auch Schönwalde-Gorin früher schon zu teuer bezahlt worden ist. Eine Minorität von uns kann deshalb für die Vorlage nicht stimmen. Wir verkennen nicht, daß das Terrain geeignet ist, der Bevölkerung Berlins zu großem Nutzen zu gereichen, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Auf die Erleichterung der Wasserwerkverfassung Berlins von Lanke her legen wir weniger Wert; die Hauptfrage bleibt für uns die Möglichkeit, das Terrain durch teilweise Bebauung wertvoller zu gestalten und den Verkehr Berlins zur Erholung der Bevölkerung zu einem wesentlichen Teile dahin zu leiten. Das hängt nun ganz erheblich von guten und billigen Verbindungen mit Lanke ab. Wenn auch die Schwierigkeiten in dieser Beziehung noch nicht behoben sind, so nehmen wir doch an, daß früher oder später bessere Verbindungen nach Erwerbung dieses Besitzes für die Stadt geschaffen werden müssen. Wir geben auch zu, daß die Entwidlung Berlins nach Norden und Nordosten zu alle Förderung verdient. Endlich ist es auch ein fragwürdiges Unternehmen, bei einer Aktion von dieser Bedeutung dem Magistrat in den Arm zu fallen. Die Rede des Vordrats Dr. Busch zur Verteidigung des Vorgehens des Kreisstages wird man im Verwaltungsstreitverfahren in beträchtlichem Umfange gerade für die Berliner Interessen verwerten können. (Zustimmung.) Die Beurteilung auf dem Kreisstage, daß der Kreis von Berlin bloß den Segen habe, daß das Berliner Gesindel da einbringe, genügt es wohl, niedriger zu hängen. Daß wir mit unserer Klage über den Kreisstagsbeschluss und gegen die Selbstverwaltung verständig hätten, ist ein leeres Schlagwort. Wir haben den Beschluß bekämpft, weil er eine Abweichung von der Gleichheit aller vor dem Gesetz hat. Auch in der Selbstverwaltung muß die Gerechtigkeit nach dem Spruche „Jedem das Seine!“ aufrecht erhalten werden.

Stadtv. Kramm (Fr. Fr.): Wir stellen uns einmütig auf den Boden der Vorlage und stimmen ihr gern zu, nicht weil wir den Magistrat nicht im Stich lassen wollen, sondern weil wir finden, daß er damit durchaus auf dem richtigen Wege war. Die Opfer, die wir heute übernehmen, werden uns in der Zukunft sehr gedankt werden.

Stadtv. Labowitz (N. L.): Mit einer einzigen Ausnahme stimmen wir der Vorlage zu. Obwohl der Preis exorbitant hoch ist, hoffen auch wir, daß uns die große Ausgabe, die jetzt gemacht werden muß, in der Zukunft reiche Früchte tragen wird.

Stadtv. Bruns (Soz.): Wir stimmen der Vorlage einstimmig zu. Was den Beschluß des Kreisstages betrifft, so habe ich zu konstatieren, daß meine Freunde in demselben die Erklärung abgegeben haben, sie würden für die betreffende Vorlage nicht gestimmt haben, wenn sie gewußt hätten, daß sie sich gegen Berlin wenden.

Die Vorlage wird hierauf fast einstimmig angenommen.

Für eine große Anzahl von Rechnungen aus den Jahren 1900, 1910 und 1911 wird nach den Entwürfen des Rechnungsausschusses Entlastung erteilt und von dem Abschluß des Lageberichts der Stadt Berlin für 1911 Kenntnis genommen.

Mit sehr umfangreichen Erläuterungen hat der Magistrat der Versammlung sehr das Bauprogramm und den Vorentwurf zum Neubau einer Heil- und Pflegeanstalt für Tuberkulose vorgeschlagen, die zur Aufnahme von Brustkranken (tuberkulösen Lungen- und lehrkapfeleidenden Männern, Frauen und Kindern) dienen, die städtischen Krankenhäuser und Heimstätten ersetzen und ergänzen und für 500, erweiterungsfähig bis zu 1000 Krankenbetten angelegt werden soll. Der Kostenüberschlag beläuft sich auf 8 1/2 Millionen Mark.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Diese Vorlage erfüllt meine Freunde mit großer Genugtuung, denn sie bedeutet unter allen Umständen einen Schritt vorwärts in der Richtung, unsere Stadt zu vergesundlichen. Wir haben schon seit mehr als 20 Jahren die Forderung aufgestellt, Spezialkrankenhäuser für Tuberkulose zu errichten; wir haben diese Anregung fort und fort gegeben und durch unablässige Kritik die Stadt Berlin zu diesem Ziel hindrängen gesucht. Es bedurfte aber erst des Eingreifens hervorragender Männer der Tuberkuloseforschung, eines Robert Koch, eines Bernbard Frañkel,

bis die Sache tatkräftige Förderung erfährt. (Der Vorkämpfer ersucht wiederholt um größere Ruhe.) In unseren öffentlichen Krankenhäusern sind die schwerkranken Tuberkulösen am aller-schlechtesten aufgehoben; außerdem ist die Zeit des Mangels in unseren Krankenhäusern noch nicht erschwunden. Wird das Projekt bewirkt, dann wird die Forderung „der Bazillenstreuer muß isoliert werden“ auf diesem Wege endlich erfüllt. Wir haben aber in Berlin noch viel zu tun, um die Tuberkulose als Volks-krankheit zu bekämpfen, wenn auch die Stadt durch ihre Einrich-tungen viel dazu beigetragen hat, daß in den letzten 20 Jahren die Zahl der Sterbefälle unter 10 000 von 30 auf 15 herunter-gegangen ist. (Andauernde große Unruhe. Vorkämpfer: So können wir nicht weiter verharren; ich muß unbedingt um Ruhe bitten; es sind auch Herren da, die etwas von dem Redner hören wollen!) Alle die mannigfachen Einrichtungen und Maßnahmen, die gegenwärtig schon öffentlich und privat bestehen, werden erst dann insgesamt in den Dienst der großen Sache dieser Seuchen-bekämpfung einzubeziehen sein, wenn wir zu dem gelangen, was uns noch fehlt, zu einem methodischen, systematischen Vorgehen in dieser Richtung. Hier liegt eine sehr dankenswerte Aufgabe für den neuen Stadtdirektor vor. Im einzelnen habe ich gegen die Vorschläge des Magistrats eine Reihe von Bedenken, die gründlich in einem Ausschuss erörtert werden müssen. Ich wundere mich, daß auch hier wieder die großen Krankensäle auf-tauchen. Einzelzimmer, Zimmer für eine kleine Anzahl von Kran-ken sind dringend nötig. Die Säle mit 20 Betten sind in der Deputation mit geringer Mehrheit zugestanden worden. Säle mit 30 und mehr Betten sind aber in einem modernen Krankenhaus für Tuberkulose unerhörl. Im Programm ist eine chirurgische Ab-teilung nicht vorgesehen; das verstehe ich nicht, bei 500 Kranken kann doch der Fall der Notwendigkeit eines chirurgischen Eingriffs nicht ausgeschlossen sein. Offenlich wird die weitere Beratung des Projekts im Ausschuss so beschleunigt, daß die Bauausführung bald in Angriff genommen werden kann. (Beifall bei den Sozial-demokraten.)

Stadtrat Selberg: Einer unserer hervorragendsten Sachver-ständigen hat die Säle mit 20 Kranken für sehr geeignet erklärt. Das schließt aber nicht aus, daß auch Einzelzimmer eingerichtet werden.

Stadt, Gremer (A. L.): Wie wünschen Ausschussberatung, hauptsächlich wegen der großen Kosten der Anlage.

Stadt, Prof. Ragerud (Fr. Fr.) hält gleichfalls Ausschuss-beratung für nötig.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern über-wiesen.

Der Petitionsausschuss ist über eine Petition der freien Vereinigung des Privat- und Großhändler-Großhandels in Berlin und Vororten um öffentliche Ausschreibung der Kaufmengen der städtischen Gaswerke wiederholt zur Tagesordnung überge-gangen. Im Ausschuss hat der Magistratsvertreter bemerkt, daß die Gasverwaltung den Kleinhandel niemals zugunsten der Groß-ahändler benachteiligt habe, daß die Kleinhandler sich aber den von der Verwaltung zu stellenden Bedingungen oft nicht unter-werfen wollen oder können.

Stadt, Sassenbach (Soz.): Wir werden den Antrag auf Über-gang zur Tagesordnung annehmen, da wir durch die erhaltene Mitteilung von der Ueberzeugung gelangt sind, daß die Petition zum Teil von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wir halten aber das Verlangen der Kleinhandler, bei der Abgabe von Koks verhöf-tigt zu werden, für durchaus berechtigt; man soll nicht durch Bevorzugung der Großhändler die Kleinhandler zwingen, sich noch-her von den Großhändlern die Preise diktieren zu lassen. Es liegt keine Veranlassung vor, einen Zwischengewinn zu begünstigen. Nach den Erklärungen der Verwaltung der Gaswerke besteht aber auch eine solche Vergünstigung nicht. Es darf also wohl erwartet werden, daß sowohl dem Bedürfnis der Kleinhandler als auch der kleinen Selbstverbraucher Entgegenkommen gezeigt wird und auch eine schnelle Abfertigung erfolgt. In der Petition heißt es, es be-stehe Bestrebungen, den Berliner Koksmarkt zu mono-polisieren, und ihn in die Hände einer bestimmten Inter-essengruppe zu bringen (Hört! Hört!); es wird dabei der Name Stinnes genannt. Im Westen Deutschlands ist diese Firma mit den mit ihr in Verbindung stehenden auf dem Wege zur Mono-polisierung dieses Handels, und es laufen Gerüchte, daß auch von ihr Versuche gemacht worden sind, den Berliner Koksmarkt in die Hände zu bekommen. Es ist schwer, diesem Gerücht auf den Grund zu gehen; jedenfalls wird aber behauptet, daß diese Be-strebungen nicht allein auf die Monopolisierung des Kokshandels hinauslaufen, sondern darüber hinaus der Plan greifbare Form angenommen hat, die Gas erzeugung selbst in die Hände einer Interessentengruppe zu bringen, bei der Stinnes irgendwo im Hintergrund steht. Ich will hier die Frage, was an diesen Gerüchten Wahres ist, nicht ansprechen, ich möchte nur erklären, daß meine Freunde jeden Versuch, die Gas-erzeugung oder den Koksverbrauch in eine mehr oder minder große Abhängigkeit von Interessentengruppen zu bringen, aufs schärfste be-kämpfen werden, da das weder im Interesse der Stadt noch der Bürgerschaft liegt. (Beifall.)

Stadt, Kalk: Wir haben niemals die Kleinhandler zurück-gewiesen, sondern seit Jahren wie die Großhändler berücksichtigt. Voriges Jahr haben wir ca. 30 000 Tonnen Koks an die Klein-händler abgegeben. Die Kleinhandler nehmen aber sehr viel Koks von außerhalb, aus Magdeburg, Hamburg usw., auch von den Vor-orten, sobald die nur ein paar Pfennige billiger sind als wir. Das ist bei den Großhändlern niemals der Fall gewesen. Was die Monopolisierungsversuche Stinnes' betrifft, so muß ich auch das bestritten, wenn auch die Absicht vielleicht bestanden hat. (Hört! Hört!) Von einer Monopolisierung kann gar keine Rede sein.

Stadt, Dingel (Soz.): Das angeführte Quantum, was die Kleinhandler belamen, ist nur der zehnte Teil; an die Großhändler gingen 23 000 Waggons, nicht Tonnen. Unsere Kleinhandler kriegen waggonweise von der Gasverwaltung überhaupt nichts, höchstens 10 bis 20 Hektoliter, wenn soviel da ist; es ist auch vorgekommen, daß sie leer mit ihren Wagen wieder haben ab-fahren müssen, weil der gesamte vorräthige Koks in Waggons verladen war. Warum begehren die Kleinhandler von außen? Weil sie in Berlin keinen Koks waggonweise bekommen können. Es ist soweit gekommen, daß dadurch die Preise ganz enorm ge-stiegen sind. Vor zwei Jahren kostete der Wagon 195, jetzt 285 M. (Hört! Hört!) Der Einzelpreis ist noch höher gestiegen, von 0,95 bis 1,60 M. pro Hektoliter. Die dem Klein-handel gestellten Bedingungen sind für ihn unerfüllbar; selbst bei 1000 Waggons werden 25 000 M. Kautions verlangt! Die Klein-händler haben sich vereinigt und versucht, diese 25 000 M. aufzu-bringen, aber es ist heute noch fraglich, ob sie selbst dann die 1000 Waggons kriegen, weil man den Großhändlern und dem Stadtrat den ganzen Vorrat in die Hände spielen will. Unsere Kleinhandler können als Steuerzahler mit Recht Berücksichtigung von der Stadt verlangen. Noch 1908 hatte sich eine Vereinigung von Kleinhand-lern gebildet, welche 200 Waggons beziehen wollte; da verlangte man 3500 M., heute aber 25 000 M. Kautions! Da kommt man unwillkürlich zu der Meinung, daß eine solche Begünstigungsbabsticht besteht. Das Syndikat und die Großhändler haben zum Preise von 230 M. abgeschlossen; sie nehmen aber 285 M., das ist ein Plus von 55 M. oder ein Nutzen von 20 Proz., und der ist ge-legt auf ein allernotwendigstes Verbrauchs-bedürfnis der Berliner Bevölkerung! Das ist ganz unerhörl, da muß Remedur geschaffen werden. Die Gasverwal-tung hat allein im letzten Jahr den Preis um 60 M. pro Wagon gesteigert; das macht pro Hektar 30 Pf., ebenfalls ein ganz unerhörl. Aufschlag. Die Kohbargemeinde Charlottenburg ist gegen den Verein der Kleinhandler weit entgegenkommender; sie hat ihm nur 3000 M. Kautions auferlegt und ihm dafür 150 000 Hektoliter garantiert. Neuland ist noch entgegenkommender, es verlangt überhaupt keine Kautions. Große Klage wird auch darüber geführt, daß der Koks außerordentlich hoch geliefert wird. Die Lieferungs-bedingungen für die Kleinhandler müssen unter allen Umständen

geändert werden; Kautions in der verlangten Höhe können Klein-händler nicht aufbringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt, Kalk: Ich muß ganz entschieden bestritten, daß den Großhändlern der Koks in die Hände gespielt werden soll. Kein Kleinhandler wird zurückgewiesen, wenn er sich unseren Anord-nungen fügt. (Weiterleitet bei den Sozialdemokraten.) Ja, das ist ganz selbstverständlich; Sie können doch nicht Maßnahmen zu-ungunsten der Großhändler verlangen, bei größeren Gasabnahmen z. B. zeigen wir doch auch größeres Entgegenkommen, bis zu 20 Proz. Berlin nimmt doch auch nicht allein solche Kokspreise. Die Steinkohlen sind doch auch um so viel teurer geworden; wir zahlen in diesem Etat 2 Millionen mehr dafür als im Vorjahr. Unser Koks gilt auch allgemein als besser und ist daher auch immer eine Kleinigkeit teurer. Die Kleinhandler haben uns sehr oft im Stiche gelassen; die Großfirmen noch nie, die sind nicht nach Magdeburg oder Hamburg gegangen, sobald sie ihn ein paar Pfennige billiger kriegen können. Kautions und Abfuhrbedingungen müssen die Klein-händler innehalten; wir können nicht jedem Kleinhandler gestatten, nach Belieben Koks abzuführen; das würde einen gar nicht zu be-wältigenden Bienenkorb ergeben.

Stadt, Sassenbach: Von der Erklärung, daß eine Gefahr der Monopolisierung nicht vorliegt, nehme ich Notiz, betone aber, daß vor nicht allzu langer Zeit diese Gefahr tatsächlich bestanden hat. In der Deputation ist davon allerdings nicht die Rede gewesen. Wenn eine Sache in der Deputation zur Sprache kommt, ist es viel-sach schon zu spät. (Hört! Hört!)

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen. Die Verwaltung der städtischen Lagerhalle am Düm-boldthafen und des städtischen Hafens am Urban soll von der Verkehrsdeputation auf die zur Verwaltung des Orphanens eingeleitete Hafendeputation übergehen. Die Versammlung stimmt zu.

Der spezielle Entwurf für den Erweiterungsbau der V. Realschule, Stephanstr. 1/2, Kostenanschlag 170 000 Mark, wird genehmigt.

Für den Magistrat soll ein drittes Automobil ange-kauft und von der Neuen Automobilgesellschaft in Oberschöneweide für 12 500 M. geliefert werden.

Stadt, Witten (Fr. Fr.) bittet, den Ausdruck „Magistrats-automobil“ nicht allzu wörtlich zu nehmen, sondern das Automobil auch den beiden Vorstehern zur Verfügung zu stellen.

Auf Antrag des Stadt, Bamberg (A. L.), der u. a. auch die Bedürfnisfrage noch prüfen will, wird Ausschussberatung be-schlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 1/8 Uhr.

Aus der Partei.

Wilhelm Gewehr's letzter Gang.

Donnerstag vormittag wurde Wilhelm Gewehr in Elber-feld zur letzten Ruhe geleitet. Nachdem im Laufe des Mittwochs Tausende von Ruppertaler Proletariern an der im Volksbause aufgebauten Leiche vorbeidestiliert waren, um das Angeficht des teuren Toten noch einmal zu sehen, fand am Donnerstagvormittag die Beerdigung statt. Fast alle Wahlvereine des Niederrheins hatten Trauerdelegationen entsandt. Unter frischen Blumen fast begabten, stand der geschlossene Sarg in der Mitte des Saales. Die Elberfelder Arbeiterfänger erschienen und schloßen die Trauer-feier mit einem weißroten Gesänge. Namens der sozialdemo-kratischen Partei Elberfelds und Barmens sprach Genosse Ernst Dräner einige Abschiedsworte. Reichstagsabgeordneter Haber-land sprach namens des Niederrheinischen Agitationskomitees, und als Vertreter des Parteivorstandes hielt Genosse Ebert einen schmerzergüllten Redner. Die Zahl der Leidtragenden im Trauer-zuge war außerordentlich groß, trotz des ungünstigen Wetters und trotzdem die Beerdigung auf einen Wochentag gelegt war. Um 10 Uhr vormittags nahm der Zug seinen Weg vom Volksbause durch Elberfeld, Barmen, Langersfeld, Speldorf, Millpe, Gevels-berg und Haspe nach Hamm. Gegen 5 Uhr nachmittags traf der Zug im Krematorium zu Hamm ein. Vor der Einäscherung wurde die eigentliche Trauerfeier abgehalten, bei der die Depu-tationen dem Verstorbenen Worte tiefster Trauer widmeten.

Die Organisationen zum Parteitag.

In einer leidlich besuchten Versammlung nahmen die Ge-nossen in Altenburg Stellung zu den Beschlüssen des Partei-tages. Parteisekretär Genosse Schumacher referierte. Er bezeichnete den Parteitag als einen der erfolgreichsten, die wir bis-her gehabt haben. Mit den Beschlüssen, die gefaßt worden seien, habe die Partei gezeigt, daß sie geschlossen sei. Die Befürchtungen, die man an die ungenügende Zunahme der Mitgliederzahl im verflochtenen Jahre geknüpft habe, treffen nicht zu, da die Partei ihre alte Werbetracht noch behalte. Ein besonderes Verdienst habe sich der Parteitag mit der Besprechung der Arbeitslosenfrage er-worben. Es müßten Staat, Gemeinde und Reich in dieser Frage vorwärts geschoben werden, darüber herrsche in Parteikreisen Ein-stimmigkeit. Nicht so beim Massenstreik. Jedoch sei zu bemerken, daß bei der Abstimmung darüber keineswegs eine scharfe Linie zwischen Revisionisten und Radikalen zu ziehen sei. Es sei jedoch nicht richtig, wenn man sage, die Massen warteten bloß darauf, daß sie losgeschlagen könnten; gewissenlos aber sei es, zu behaupten, die Organisationen händen der Entwicklung im Wege. Not-wendig sei, die Organisation erst auszubauen. Der Parteitag habe also recht gehandelt, der Vorstandesresolution zuzustimmen. Ebenso erklärt der Redner die Annahme der Resolution Sturm in der Steuerfrage für richtig.

Dieser Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen, womit ausgedrückt war, daß man mit den Beschlüssen einver-standen ist.

Die Fortsetzung der Parteiversammlung im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise (Chemnitz) galt wiederum in der Hauptsache der Kritik der Beschlüsse des Partei-tages, ganz besonders denen bezüglich der Massenstreikfrage und der Nabel-Angelegenheit. Wieder standen zwei Anschauungen einander gegenüber; die eine Richtung fand keine Verdingung mit der Erledigung dieser Fragen durch den Parteitag, während die andere Richtung die Lösung und Erledigung dieser Fragen als der Situation entsprechend günstig bezeichnete. Bezüglich der Massenstreikfrage soll dem Bedürfnis nach sachlicher Aussprache in den Bezirksvereinen Belegenheit gegeben werden. Sonst wurden Beschlüsse nicht gefaßt.

Noch einmal der Fall Rüdner.

Genosse Rupp-Göppingen veröffentlicht eine Erwiderung auf die Erklärung des Genossen Hildenbrand. Er hält darin namens der Mitglieder des vorjährigen Kreisvorstandes die Be-hauptung aufrecht, daß Genosse Hildenbrand auf dem Jenaeer Parteitag über die Kandidatur Rinkel unwahre Behauptungen aufgestellt habe.

Gemeinderatswahltag.

In den Gemeinderat von Neustadt in Odenwald (Hessen) wurden am 29. September vier Sozialdemokraten und ein Bürger-licher gewählt. Letzterer war Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Die Wahlbeteiligung war ungemein stark. Unsere Genossen erhielten die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten. Der Ge-meinderat besteht nunmehr aus einer sozialdemokratischen Mehrheit.

Das neue Heim der Hamburger Arbeiter

wird in diesen Tagen eröffnet. Der große Bau am Besenbinder-dorf darf wohl als das größte Gewerkschaftshaus Deutschlands an-

gesprochen werden. Im Jahre 1906 wurde der sogenannte Alt-haus mit einem Kostenaufwand von 1 500 000 M. errichtet. Nur zu bald stellte sich heraus, daß der Verfall im Laufe auch die höchsten Erwartungen übertraf, und Erweiterungsläufe tauchten auf. Glücklicherweise waren diese durch weitläufige Grundstücks-erwerbungen möglich. Im vorigen Jahre wurde mit dem An-und Umbau begonnen, der in diesen Tagen fertiggestellt ist. Aber-mals 1 500 000 M. waren nötig, den neuen Bau zu vollenden. Mit den Kaufsummen für die Grundstücke kostet nunmehr das Gewerkschaftshaus etwa 3 500 000 M.

Die eigenartige Lage des Hauses an der Ecke des Geest-rückens legt Grundstücksverwertungen in der Tiefe des jetzigen Grundstücks natürliche Schranken. So kommt es, daß das Ge-werkschaftshaus jetzt dem Besucher in einer gewaltigen Front von 90 Metern gegenübersteht. Das ganze Grundstück ist 4300 Quadratmeter groß, die Räume umfassen etwa 13 000 Quadrat-meter nutzbarer Fläche. Nicht eingerechnet ist dabei das „Hotel Gewerkschaftshaus“, ein neben dem Gewerkschaftshause liegendes Gebäude, das 14 helle, freundliche Hotelzimmer enthält. Auf die Herberge, die sich zum Unterschied von vielen anderen Städten ebenfalls an der Straßenfront erhebt, entfallen 890 Quadratmeter Raumfläche. Das Hauptgebäude weist unten Leben auf, in der ersten Etage sind kleinere Säle eingebaut, während die oberen Stockwerke Bureauzwecken dienen. Hinter und unter dem Haupt-gebäude liegt der große Saal, der mit seinen Nebenräumen 3600 Personen Platz bietet. Die Restaurationsräume sind zusammen 900 Quadratmeter groß. Neben dem Restaurant befindet sich in der ersten Etage das Café und hinter diesem, durch eine Wandel-halle laubdicht abgegrenzt, ein neuer Saal, der etwa 700 Per-sonen faßt. Der neue Saal, das Café und die Restaurants bieten allein 3000 bis 3500 Personen Platz. In der Ausstattung der neuen Räume darf sich das Gewerkschaftshaus neben den ersten Hamburger Lokalen sehen lassen; die Mehrzahl der Lokale wird es weit übertreffen. Auf gediegene Holzarbeiten ist das größte Gewicht gelegt. Das Hauptrestaurant weist Holzschnitzarbeiten auf, unter anderem einen großen Fried, die an sich das Gewerkschaftshaus zu einer Sehenswürdigkeit machen. Im übrigen ist das neue Haus mit allen Errungenschaften der modernen Technik versehen. In der ersten Etage ist ein Apparat für die Vorführung von Lichtbildern vorgesehen.

Die Hamburger Arbeiter können auf ihre „Waffenkammer“, wie August Bebel 1906 bei der Einweihung den Bau taufte, stolz sein, um so mehr, als das Gewerkschaftshaus zugleich ein mächtiger Zeuge des schnellen Wachstums und der Kraft der Arbeiter-bewegung ist.

Die ungarische Sozialdemokratie.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Der Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei-leitung Ungarns im Jahre 1912-13 wurde die vergangene Woche veröffentlicht. Aus dem Berichte geht hervor, daß die großen politischen Stürme und Erschütterungen, deren Schauplatz Ungarn war, die Kämpfe um die Wahlreform das Wachstum der Sozial-demokratie befördert, ihr Ansehen gehoben, ihre Institutionen ge-stärkt haben.

Der größte Teil des Berichtes erstreckt sich auf diejenige Zeit, in welcher die hereinbrechende Wirtschaftskrise, verstärkt durch die anhaltende Gefahr kriegerischer Verwickelungen um die Einberufungen der Reservisten, der Vorbereitung der Partei große Hindernisse in den Weg legten. Trotzdem ist ein erfreulicher Aufschwung auf allen Gebieten der Bewegung zu verzeichnen. Die Gewerkschaften, die das Rückgrat der Bewegung und die eigentliche Organisation der Partei geben, haben ihre Mitgliederzahl von 65 180 auf 111 906 erhöht. Die Zahl der Parteimitglieder zahlenden Mitglieder der Gewerkschaften stieg von 52 783 auf 59 023. Die wirkliche Zu-nahme ist aber viel größer. Das Zentralorgan der Partei „Köpszava“ erreichte im Berichtsjahre seine höchste Auflage und warf seit seinem Bestande zum ersten Male einen Ueberschuß ab; es standen nämlich im Berichtsjahre 656 081 Kronen Ausgaben 678 821 Kronen Einnahmen gegenüber. Die Einnahmen des Parteisekretariats betragen im Vorjahre 77 044 Kronen, im Berichtsjahre 98 778 Kronen. Auch die konsumgenossenschaftliche Be-wegung zeigt das Bild einer gesunden und kräftigen Entwicklung. Die Mitgliederzahl wuchs von 16 295 in 1911 auf 22 447; der Umlauf erreichte den stattlichen Betrag von rund 3 Millionen Kronen, den 2 245 000 Kronen des Jahres 1911 gegenüber, was einer Zu-nahme von 84,9 Proz. entspricht. Die bisher ziemlich im argen daniederliegenden Zweige der Bewegungen der jugendlichen Arbeiter und der Frauen haben einen vielversprechenden Auf-schwung genommen. Seit einem Jahre erscheint „Nemunkás“ (Die Arbeiterin) monatlich zweimal in 6000 und „Ifjú munkás“ (Der jugendliche Arbeiter) monatlich einmal in 3100-3400 Exemplaren. Diese ganz jungen Organe sind in finanzieller Hinsicht schon aktiv. Die im VI. Jahrgange monatlich einmal erscheinende wissenschaftliche Zeitschrift der Partei, „Szocializmus“, weist dagegen noch immer ein Defizit von 2400 Kronen auf, was zum großen Teil mit dem außerordentlich niedrigen Preise: drei Druckbogen monatlich für 40 Heller, zusammen-hängen mag. Die Gesamteinnahmen der Partei (Presse, nur die Zentralorgane in Budapest, Buchhandlung, Sekretariat) betragen 907 070 Kronen, die Ausgaben 891 874 Kronen. Die entsprechenden Zahlen vor zehn Jahren sind 183 996 und 185 203. In diesen Zahlen spiegelt sich der gewaltige Aufschwung, den die Bewegung nach der Ueberwindung der ersten Hindernisse genommen hat. Das Straf-konto der Bewegung ist im Verhältnis zu der Zahl der angestregten Prozesse sehr günstig, was durch die regierungseindliche Stimmung der Schwurgerichte zu erklären ist. Politische Prozesse endeten fast ausnahmslos mit der Freisprechung der Angeklagten. Es wurden zwölf Prozesse wegen Aufreizung, 177 wegen gewalttätigen Widerstandes gegen Behörden und Private, 89 wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung geführt. Die verurteilten Gesamtstrafen betragen 24 Jahre 11 Monate, deren größter Teil in Gefängnis- und Jugendhausstrafen besteht.

Die schon seit Jahren anhaltende Spannung, die stets Kampf-bereitschaft der Arbeiter, die fortwährenden Demonstrationen und Versammlungen, andererseits aber der verhältnismäßige Mangel an geeigneten Kräften fanden einer planmäßigen und intensiven Bil-dungsarbeit hindernd im Wege. Es wurden zwar in allen Organi-sationen Vorträge gehalten, man veranstaltete Vortragskurse, versuchte es schon zweimal mit der Gründung einer Parteschule, aber es will in diesem Belange nicht ordentlich vorwärts kommen. Dies ist um so bedauerlicher, als durch die politische Situation gezwungen, die Partei an der Kooperation mit den oppositionellen Parteien fest-halten muß. Da wäre eine intensive Bildungsarbeit, die die großen, den politischen Tageskampf übertragenden Ziele des Sozialis-mus den Arbeitern vorführt, ihr Klassenbewußtsein schärft und sie auf den gegen alle Parteien und Klassen zu führenden, notwendig kommenden Kampf vorbereitet, doppelt notwendig. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des kommenden Parteitages sein, die Mittel zu suchen, mit deren Hilfe da ordentlich Wandel geschaffen werden kann.

Erklärung. In Nr. 257 des „Vorwärts“ beschäftigt sich der Genosse Wels in einer Erklärung gegenüber dem Genossen Schwarz-burger auch mit meiner Person. Demgemäß mein Name nicht ge-nannt wurde, so ist doch aus dem Inhalt klar ersichtlich, daß nur der Unterzeichnete gemeint sein kann. Hierzu will ich bemerken, daß während der Zeit, wo ich dem Parteivorstand angehörte, ich auch überall da, wo ich denselben nach außen hin vertrat, wie beispiels-weise auf Bezirksparteitagungen usw., stets die Beschlüsse des Partei-standes gebet habe.

Anderes jedoch auf dem Parteitag der Gesamtpartei. Dieser hat als die höchste Instanz der Partei über die tatsächlichen Maßnahmen so-wohl wie prinzipiellen Richtlinien zu entscheiden. Bei dieser Tagung hatte ich es nicht nur für das Recht, sondern auch die Pflicht jedes zur Teilnahme Berechtigten, so abzusprechen, wie er es nach reiflicher Prüfung zum Besten der Gesamtpartei für notwendig hält. Auf dem Parteitag soll und wird nicht nach Körperlichkeiten abgestimmt, sondern nach der freien Ueberzeugung jedes Teilnehmers.

Diese meine Auffassung wird auch unterstützt durch das Verhalten unterer alten Vorläufer Nebel, Liebnecht, Auer und Singer, welche wiederholt auf Parteitagungen nicht nur verschieden gestimmt, sondern auch teilweise ihre von einander abweichenden Auffassungen mit aller Entschiedenheit vertreten haben, wie dies z. B. in der Agrarfrage und der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen der Fall war und in den in Frage kommenden Parteitagprotokollen nachzulesen ist. Ferner will ich bemerken, daß ich diese durch meine Abstimmung auf dem Parteitag bekundete Stellungnahme auch bereits vorher im Parteivorstand vertreten und dort auch meine oben skizzierte Anschauung klargelegt habe. Auf die in der Nr. 255 vom Genossen Wels unter meiner direkten Namensnennung erfolgte Erklärung besonders einzugehen, halte ich nicht für notwendig, da alle Genossen, die das Vergnügen haben, Wels zu kennen, wissen, daß diese Schreibweise mit solchen Ausdrücken eben ganz Wels ist. Zum Schluß möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der radikale Wels in Zukunft stets von den Revisionisten als „suberlein“ angesehen wird.

Paul Brühl.

Aus Industrie und Handel.

Die Posttarifreform.

Washington, 2. Oktober. Die demokratische Parteiverammlung erklärte sich gestern Abend mit der Tarifvorlage in der Form des Berichtes des gemeinsamen Ausschusses beider Häuser einverstanden und beschloß, die Frage der Besteuerung von Lerminggeschäften in Baumwolle später zu erledigen.

Erhöhung des Bankzinsfußes.

Während bei uns in Deutschland eine Ermäßigung des (zurzeit 6 Prozent betragenden) Zinsfußes der Reichsbank gefordert wird, hat das englische Zentralnoteninstitut eine Erhöhung des Zinsfußes vorgenommen. Die Bank von England hat am Donnerstag ihren Diskontsatz (den Zinsfuß für die Beleihung von Wechseln) von 4 1/2 auf 5 Prozent erhöht. Die mit der vorläufigen Erledigung der Balkankrise erhoffte Geldverbilligung ist also nicht eingetreten. Vielmehr haben die starken Geldansprüche eine weitere Verteuerung hervorgerufen. Diskontserhöhungen werden gerade im Herbst nötig, weil die Banken zu dieser Zeit besonders durch Geldforderungen zur Finanzierung des Erntegeschäfts in Anspruch genommen werden. So sind in den letzten Tagen große Goldexporte von England nach Ägypten gegangen, weil dort die Baumwollenernte vollendet und die Verkäufer durch Bargeld befriedigt werden müssen, während die Käufer (Großhändler und Baumwollporture) ihre Geldbedürfnisse auf dem Kreditwege bei den Banken und der „Bank von England“ befriedigen.

Auch die Inanspruchnahme der Deutschen Reichsbank ist in der vergangenen Woche ganz erheblich gestiegen. Während ihr Goldbestand gegen die Vorwoche um 36 1/2 Millionen zurückging, stieg der Bestand an Wechseln, für die die Bank Geld (Bargeld und Noten) hergeben mußte, um 57 1/2 Millionen. Der Notenumlauf (der von der Bank eingeräumte Kredit) erhöhte sich um fast 608 Millionen. Auch hier erklärt sich die Steigerung der Kreditinanspruchnahme durch die Geldbedürfnisse für den Verkauf der Ernte und die besonderen Ansprüche an jedem Quartalsersten (Gehaltszahlungen, Ausgleich der Spekulationsgewinne usw.).

Eine neue Lampe. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer) haben am 1. Oktober eine neue Lampe herausgebracht, die nur 1/2 Watt pro Kerze Strom verbraucht gegen ein früheres Minimum von 0,9 Watt. Diese Lampe wird zunächst nur hochserig fabriziert, für Stärken von 600 bis 8000 Kerzen. Sie ist die bisher stärkste Konkurrentin der Wogenlampen mit Kohlenstift, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie die Wogenlampen verdrängt. Auch die Siemenswerke werden die Lampe an den Markt bringen, und die A. G. Auer und Siemens werden nach der zwischen ihnen bestehenden Glühlampenverabredung in wichtigen Punkten auf gemeinsamer Basis vorgehen. Die drei Unternehmungen haben dasselbe Patent erworben und arbeiten ihre Lampen im Rahmen dieses Patentes individuell. Die Lampe der einen Gesellschaft ist also in den Grundzügen wie die der anderen beiden Unternehmungen, nur die Ausstattungen weichen von einander ab. Das ist auch insofern interessant, als man daraus erfieht, daß auf dem Markte der elektrischen Glühlampen nicht ein freier Wettbewerb herrscht. Zusammengefaßt haben sich nur die Großfirmen, was für die kleinen Firmen eine schwere Bedrückung bedeutet.

Doch ein Zementyndikat. Gestern meldeten die Interessenten, daß die Verhandlungen zur Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Zementyndikats endgültig abgeschlossen seien. Heute liegt nun eine Nachricht vor, daß die beteiligten Werke in Verhandlungen eingetreten seien. Die beschlossene und am 1. d. Mts. eingetretene Erlaubnis zum freien Verkauf soll spätestens wieder rückgängig gemacht werden.

Neue Preidermähigung in der Eisenindustrie. Die Generalversammlung des Walzdrahtverbandes hat beschlossen, den Preis für Flußeisenwalzdraht um 5 M. pro Tonne für das vierte Quartal herunterzusetzen und den Verkauf für das erste Quartal 1914 zum gleichen Preise aufzunehmen.

Weber die Entwicklung der japanischen Baumwollindustrie enthält ein Bericht des deutschen Generalkonsulats in Yokohama interessante Angaben: In der Deckung seines Bedarfs an Baumwolle ist Japan ganz vom Auslande abhängig, doch werden die Vermählungen, Baumwolle in den neujapanischen Gebietsteilen zu ziehen, eifrig fortgesetzt. Die Baumwollspinnerei blühte im vergangenen Jahre lebhaft auf. Nach den Angaben des japanischen Ackerbau- und Handelsministeriums wurden 27 Millionen Mark in Neugründungen und 22,8 Millionen Mark in alten Unternehmungen der Spinnereindustrie im Jahre 1912 angelegt. Der japanische Baumwollspinnerverband veröffentlicht eine Aufstellung für die zweite Hälfte des Jahres 1912, nach der der Reinerwerb der 24 japanischen Spinnereigesellschaften trotz besonders hoher Abschreibungen, Reserveüberweisungen und Vorträgen 18,7 Millionen Mark betrug, gewiß ein außerordentlich günstiges Resultat für eine Industrie, deren eingezahltes Kapital zu 141 Millionen Mark, Reservefonds zu 58,2 Millionen Mark und Anleihen zu 41,9 Millionen Mark angegeben werden, was einer Verzinsung des investierten Kapitals von 15 Proz. entspricht. Fast alle Spinnereien konnten daher außer der üblichen hohen Dividende noch eine Spezialdividende verteilen, so die Kanegawadi im ganzen 16 Proz., die Nippon 14 Proz., die Dfala 12 Proz., die Fukuishima 24 Proz. und die Settsu- und Amagasaki sogar je 30 Proz. Die guten pekuniären Erfolge sind vor allem der reichlichen Baumwollenernte in Amerika, die die Preise für Rohbaumwolle niedrig hielt, sowie der Kauf von China für Garne und Baumwollwaren zu verdanken, von wo mit dem wachsenden Vertrauen auf den Bestand leidlich geordneter Verhältnisse auch deshalb zahlreiche Aufträge kamen, weil aus dem politisch unruhigen Vorjahre nur sehr geringe Bestände übernommen worden waren. Ein Teil der Ausfuhr gelangte sogar nach Europa; so gingen nach Deutschland für 63 000 M. gestrepte Baumwollgewebe und für 81 800 M. gewirkte Unterzeuge. Wenn die japanischen Baumwollexportwaren auch nicht an Aussehen und Haltbarkeit mit europäischen

und amerikanischen Erzeugnissen konkurrieren können, so dürfte doch der Vorwurf, den kürzlich ein japanischer Sachverständiger seinen Landsleuten machte, japanische Industrieerzeugnisse für den Export seien so schlecht, daß jeder, der sie einmal gekauft habe, nicht zum zweitenmal darauf hereinzufallen, im allgemeinen und auch für die Baumwollwaren übertrieben sein oder nur auf einer nicht zu verallgemeinernden Einzelbeobachtung beruhen. Auf dem ostasiatischen Markte findet das Allerbilligste wohl immer noch einen Käufer, andererseits aber bildet sich Japan an diesen geringwertigen Massenerzeugnissen, die es nach China abstoßen kann, einen Arbeiterstand in der Textilindustrie heran, mit dem später Besseres geleistet werden kann. Bei dem gegenwärtigen Stande der japanischen Textilindustrie müssen die Bedürfnisse der wohlhabenden Kreise Japans allerdings in der Hauptsache noch vom Auslande befriedigt werden.

Gerichts-Zeitung.

Sagen Sie Ihrer Streikleitung, daß sie bestochen ist.

Mit diesen Worten empfing der Stadmeister Heinemann die früher bei ihm beschäftigten Arbeiter, als diese während des Streiks und der Aussperrung im April dieses Jahres ihren Lohn holen wollten.

Im April streikten die Berliner Stoffkatoren. Im Boardinghaus am Aufriedendamm wurden die Arbeiten von einer Breslauer Firma, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte, weitergeführt. Heinemann hatte in dem genannten Hause Klavierarbeiten auszuführen. Da der Verdacht bestand, daß es Streikarbeit sein könnte, stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Heinemann sperrte daraufhin sein gesamtes Arbeiterpersonal aus. Als nun am Sonnabend die Arbeiter ihr Geld holten, redete er ihnen zu, doch wieder zu arbeiten, die Streikleitung sei bestochen und erhalte pro Mann und Tag 7 Mark, darum dürfe bei der Breslauer Firma weiter gearbeitet werden. Als die Arbeiter fragten, ob er dies aufrecht erhalten wolle, erklärte Heinemann ausdrücklich, daß er das nicht nur aufrecht erhalten, sondern auch dafür einstehen werde. Man solle ihn verklagen. Er habe für seine Behauptungen Zeugen und Beweise.

Dies löste unter den Arbeitern begreiflicherweise große Erregung aus. Die Streikleitung wurde unterzählig in Kenntnis gesetzt. Deren Mitglieder Wengels, Dietrich, Kopisch, Fuhs und Peterson klagten hierauf gegen Heinemann. Das Schöffengericht billigte dem Beklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu und sprach ihn frei. Hiergegen legten die Kläger Berufung ein. Das Landgericht verurteilte den Beklagten zu 80 Mark wegen Verleumdung. In der Begründung wurde ausgeführt, daß er nicht in Wahrung seiner Interessen gehandelt haben könne, da er ja sämtliche Arbeiter und zwar auch die auf anderen Bauten beschäftigten aussperrte. Auf Revision Heinemanns gegen dies Urteil hob das Kammergericht das Urteil auf und wies die Sache an eine andere Strafkammer zurück, da mit Unrecht der Schutz des § 193 dem Beklagten nicht zugestanden zu sein schien.

In vierter Instanz hatte sich nun die vierte Strafkammer des Landgerichts III mit der Sache zu befassen. Ein vom Vorsitzenden angeregter Vergleich kam nicht zustande, da Wengels im Namen der Mitkläger erklärte, daß nur eine rückhaltlose Ehrenklärung des Beklagten einen Vergleich ermöglichen würde.

Es erklärte der Beklagte: Er habe nicht die Absicht gehabt, von den Klägern zu behaupten, daß sie als Einzelpersonen materielle Vorteile erhalten und angenommen hätten, vielmehr habe er nur zum Ausdruck bringen wollen, daß der Streiklasse, für die er die Bezeichnung Streikleitung gebraucht habe, laufende Geldunterstützungen von interessierter Seite zugewendet worden seien. Uebrigens sei er sehr erregt gewesen und im Verkehr mit Arbeitern lege man nicht jedes Wort auf die Goldwaage.

Die Kläger legten dar, daß sie der Ansicht seien, der Angeklagte habe sie mit Absicht beleidigt und vor ihren Kollegen diskreditieren wollen. Aber selbst wenn Heinemann nur gesagt haben wollte, das Komitee sei bestochen zuungunsten der streikenden Arbeiter, so sei das noch ein viel schwererer Vorwurf.

Von den vernommenen Zeugen konnte keiner irgend etwas von einer direkten oder indirekten Zuwendung an die Kläger oder an die Verbandskasse bekunden.

Der Direktor des Boardinghauses erklärte, infolge des Streiks hätten die Herstellungskosten sich um etwa 45 000 M. erhöht.

Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld führte aus: Heinemann wollte bloß Zwiespalt schaffen und Mißtrauen unter die Arbeiter säen. Es könne ihm auch nicht darum zu tun gewesen sein, daß die Arbeit aufgenommen werde, denn er habe ja selbst, und zwar auch die nichtbeteiligten Arbeiter, ausgesperrt. Der Zweck seiner Äußerung konnte nur sein, die Streikleitung zu verächtigen, um den Kampf für die Unternehmer zu gewinnen. Von Anwendung des § 193 könne deshalb keine Rede sein. Er beantrage Verurteilung.

Rechtsanwalt Dr. Detert plädierte als Verteidiger des Beklagten auf Freisprechung. Unter den Arbeitern seien wilde Gerüchte umhergegangen, daß die Streikleitung Vorteile habe, weshalb die Breslauer Firma arbeiten könne. Heinemann habe dieses Gerücht nur weiter gegeben in der Absicht, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Man befand sich im Kampf, darum müsse ihm der § 193 zugestimmt werden.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Das Gericht habe nicht angenommen, daß der Beklagte Heinemann den Privatklägern habe nachsagen wollen, sie hätten persönliche Vorteile erhalten. Hierzu fehle jeder Anhalt. Vielmehr habe er nur sagen wollen, daß der Streikleitung, die für ihn gleichbedeutend wie Streiklasse sei, Vorteile zugesprochen seien. Damit sei ja wohl auch eine gewisse Unrechtllichkeit gemeint. Doch sei damit gemeint, daß dieselbe zugunsten der Klasse der Streikenden vorgenommen worden sei. Der Beklagte habe sich auf Gerüchte gestützt. Daß etwas daran wahr wäre, habe die Verhandlung freilich nicht ergeben. Vielmehr sei festgestellt, daß von der Streikleitung weder direkt noch indirekt eine pflichtwidrige Handlungsweise in Betracht kommen könne. Dem Beklagten sei es darum zu tun gewesen, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde. Er habe damit seine eigenen Interessen vertreten. Es frage sich nun, ob dieses Interesse das größere war, oder das Interesse der Kläger. Das Gericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Interesse des Beklagten aberwogen habe. Die angewendete Form von Bestehen sei ein ganz ungeeignetes Wort, aber der Beklagte habe es nicht absichtlich gewählt, sondern sich nur im Ausdrucks vergriffen. Das Gericht habe dem Beklagten deshalb den § 193 zu gute gehalten.

Eine recht weitgehende Zuhilfenahme des Schutzes berechtigter Interessen. Zu ihr steht in stärkstem Widerspruch die hohe Verurteilung von streikenden Arbeitern, die aus Anlaß des Streiks und zur Wahrnehmung berechtigter Interessen sich zu formalen Verleumdungen hinreihen lassen.

Schutz gegen Kritiker.

Ist eine Sache gut, so schüßt sie sich selbst und hält vor der verbissenen Kritik stand. Laugt sie nicht, so läuft der über eine tadelnde Kritik Verschämpte zum Abi. An diese bekannte Erscheinung erinnert eine gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte angehängte Klage.

Im Mittelpunkt des Prozesses stand die vom Bunde der Landwirte eingerichtete „Prämienparafasse für Landarbeiter, Dienstboten und Angestellte“. Die Verleumdungsklage war von dem Oberbürgermeister a. D. Wabehn angestrengt und richtete sich gegen den Redakteur der Zeitschrift „Der Landarbeiter“, Fritz Kaack. Der Kläger ist Mitglied des Bundes der Landwirte und der geistige Vater und Leiter der genannten Prämienparafasse, der Angeklagte ist Vorstandsmitglied des 20000 Mitglieder umfassenden Landarbeiterverbandes. Als das Statut der Prämienparafasse in einem der „Deutschen Tageszeitung“ beigelegten und in einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ näher erläuterten Prospekt bekannt gegeben worden war, knüpfte sich an das Unternehmen in verschiedenen Blättern eine Kritik. Auch der „Landarbeiter“ widmete dieser eigenartigen Schöpfung des Bundes der Landwirte mit Recht einen sehr abprechenden kritischen Artikel, der unter der Ueberschrift „Sparfassenwindel der Agrarier“ erschien. Das wurmte den Kläger und er erhob Klage wegen — „wissentlicher Verleumdung“.

Für den Angeklagten bestritt Rechtsanwalt Dr. S. Rosenfeld die Unbilligkeit des Privatklägers. Die Bezeichnung „Agrarier“ sei ein Kollektivbegriff, der ebensoviele Individuell faßbar sei, wie wenn bei Angriffen gegen die „Juden“, das „Völkertum“ u. dergl. nicht jeder einzelne dieser Kreise als aktiv legitimiert zur Anstrengung einer Verleumdungsklage erachtet werden könne. Der Streitobjekt zergliederte des längeren die einzelnen Bestimmungen des Statuts, um nachzuweisen, daß die Behauptung, es handle sich um ein „gemeinnütziges Unternehmen des Bundes der Landwirte“, falsch sei, daß nicht gemeinnützige, sondern eigensüchtige Interessen der Agrarier verfolgt und unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit die Arbeiter zum Beitritt überredet würden, um ihn für die Jahre seines Lebens an seinen Arbeitgeber zu fesseln. Die schärfste Kritik gegen die Bestimmungen des Statuts sei in dem Organ des Landarbeiterverbandes dringend geboten gewesen. Deshalb stiehe dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite, denn seine Kritik habe sich durchaus sachlich gehalten.

Das Gericht kam zur Beurteilung des Angeklagten aus folgenden Gesichtspunkten: Die Unbilligkeit des Privatklägers liege vor, denn dieser sei Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirte und Leiter und treibende Kraft der Prämienparafasse, § 193 Str.-G.-B. sei dem Angeklagten an sich zugestimmt, denn er vertrete eine Organisation, die in erbittertem Kampfe mit der „Deutschen Tageszeitung“ und dem Bunde der Landwirte stiehe. Verleumdung der Verleumdung liege nicht vor. Er habe die Dinge von seinem Parteistandpunkte betrachtet, aber leichtfertig gehandelt, indem er nur die Statuten und nicht den erörternden Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ vor Ausübung seiner Kritik las. Die gebrauchten Ausdrücke lassen die Absicht der Verleumdung erkennen, doch habe das Gericht berücksichtigt, daß es sich um einen parteipolitischen Kampf handle und das Organ des Angeklagten ein Parteipublikum habe, das kräftige Ausdrücke gewöhnt sei. Der Gerichtshof habe deshalb auf 50 Mark Geldstrafe erkannt und dem Privatkläger die Publikationsbefugnis in der „D. Tageszeitung“ und dem „Landarbeiter“ zugesprochen.

Mit der nicht vollen Jubiläumsgeld des Schutzes des § 193 des Strafgesetzbuches in diesem Falle vergleiche man den vorstehenden Fall. Dort handelt es sich um ein vermeintliches Interesse eines Arbeitgebers, hier um die dringend erforderliche Wahrnehmung des Interesses von Landarbeitern.

Strafentraub oder Diebstahl aus Not?

Der erste Fall, daß auch von den Geschworenen die Novelle zum Strafgesetz in Anwendung gebracht wird, trat sich in der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts des Landgerichts I zu, welches gegen den früheren Gerichtsdieners Sebastian Müller eine Anklage wegen Strafentraubes zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte, dem überall das Zeugnis eines fleißigen und nützeren Menschen ausgestellt wird, ist von den Stürmen des Lebens schon hart angefaßt worden. Er hat zehn Jahre beim Militär gedient und ist als Invalid entlassen worden. Mit Hilfe des Zivilversorgungsdienstes fand er eine Anstellung als Gerichtsdieners bei dem Landgericht in Lissa, wo er sich verheiratete. Eheunglück veranlaßte ihn, nach Frankfurt a. M. zu flüchten. Dort erhielt er eine Stellung als Postbote. Diese gab er auf, als seine Frau seinen Aufenthaltsort erwidert hatte. Der Angeklagte kam dann nach Berlin, wo er als Gelegenheitsarbeiter, Kontorbote usw. sein Leben fristete. Da er auf eine Anstellung als Krankenpfleger in dem Lazarett des IX. Armeekorps in Altona hoffen konnte, glaubte er sich wieder auf längere Zeit geborgen. Als er jedoch plötzlich seine Stellung bei einer hiesigen Kaufirma verlor, die Einberufung nach Altona sich verzögerte, sah der Angeklagte längere Zeit in Berlin fest, so daß er auch das zu der Fahrt nach Altona bestimmte Geld verbrauchen mußte. Völlig mittellos und hungernd wanderte er durch die Straßen Berlins. Glücklich sah er an der Straßenbahnhaltestelle am Sietziner Bahnhof eine Dame stehen, die sorglos ein kleines silbernes Täschchen in der Hand hielt, durch dessen Maschen einige Talerstücke durchschimmerten. Die Verführung, sich durch einen schnellen Griff von aller Not zu befreien, war zu stark; mit einem schwachen Ruck hatte er der Dame das Täschchen entziffen. In demselben Augenblick war es aber auch mit seiner Kraft vorbei, er blieb ruhig stehen und ließ sich festnehmen. Nach fünfmonatiger Untersuchungshaft mußte sich M. nun gestern als Strafenträuber vor den Geschworenen verantworten. Der Staatsanwalt trat für Befreiung der Schuldfrage nach schwerem Raub unter Zuhilfenahme mildernden Umstände ein, während Rechtsanwalt Dr. Walter Fränkel den Geschworenen nahelegte, nur die Frage nach Diebstahl zu bejahen, da von der Anwendung einer wirklichen Gewalt im Sinne des Raubparagrafen hier nicht die Rede sein könne. Ferner dat er, den § 248a der Novelle zum Strafgesetz in Anwendung zu bringen, nach welchem ein in der Not begangener Diebstahl an geringwertigen Gegenständen mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten zu bestrafen sei. Die Geschworenen bejahten nur die Frage nach Diebstahl im Sinne des genannten § 248a. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Außerdem wurde der Angeklagte sofort auf freien Fuß gesetzt.

Ein Weberprozeß.

Ein Verleumdungsprozeß gegen den Schriftsteller A. D. Weber, der über 2 1/2 Jahre gedauert hat, ist am Mittwoch vor dem Schöffengericht Charlottenburg endlich zum Abschluß gekommen. Der Angeklagte hatte in dem bekannten Prozeß des Redakteurs der „Königsberger Hartungischen Zeitung“ behauptet, daß der damalige Theaterkritiker und Redakteur am Feuilleton der „Post“ und „National-Zeitung“, Dr. jur. Hugo Ruffaß, einen Schmäheartikel gegen ihn beabsichtigt habe, der deshalb nicht erschienen sei, weil A. D. Weber der „Post“ Inseratenaufträge gegeben hätte. Der Staatsanwalt erhob wegen öffentlicher Verleumdung Anklage, der sich Dr. Ruffaß als Nebenkläger anschloß. Das Verfahren zog sich so außerordentlich in die Länge, da der Angeklagte die vorliegenden Richter wiederholt wegen Verlangenheit ablehnte. In der jetzt stattgefundenen Verhandlung wurde durch die Zeugen festgestellt, daß Dr. Ruffaß niemals einen Artikel gegen A. D. Weber zu bringen beabsichtigt hat und außerdem von den Inseraten, an denen er als Redakteur auch nicht das geringste Interesse haben konnte, nicht einmal Kenntnis gehabt hatte. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung kostenpflichtig zu 100 M. Geldstrafe.

Volksschullasten - Ausgleich von Groß-Berlin.

Die kommunale Zerrissenheit Groß-Berlins hat auf den verschiedensten Gebieten zu recht unerquicklichen Verhältnissen zwischen den einzelnen Gemeinden geführt. Soweit es sich um das Verkehrs- wesen, um Erhaltung von Wald- und Biesenflächen, um Schaffung einheitlicher Bebauungspläne handelt, haben die staatlichen Behörden unter besonderer Berücksichtigung fiskalischer Interessen den Zwangs- verband geschaffen. Die Frage einer Regelung des Armen- und Schulwesens für Groß-Berlin ist bei dieser Gelegenheit ausgeschaltet worden, obwohl gerade diese Angelegenheiten von großer Bedeutung für die Groß-Berliner Gemeinden sind. Soweit das Schulwesen in Betracht kommt, liegen sich die einzelnen Gemeinden, insbesondere Berlin mit Lichtenberg, Weihenfer, Neukölln, Rummelsburg und Reinickendorf seit Jahren in den Haaren. Die Prozesse wollen kein Ende nehmen. Jetzt wird berichtet, daß eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz dem Landtag zugehen wird, in welcher die verschiedenartige Belastung durch das Volksschulwesen in einem § 53a geregelt werden soll, aber nur für einheitliche Wirtschaftsgebiete mit gemeinsamen Verkehrs- und Geschäftsbeziehungen. Auf Groß-Berlin wird also dieses neue Gesetz Anwendung finden. In der „Sossischen Zeitung“ vom 2. Oktober macht Beigeordneter Dr. Kähn in Oberhörneweide über diese Novelle einige Angaben mit einigen Berechnungen, die der Verfasser selber aufgemacht hat. In diesen Auslassungen heißt es u. a.:

Die Begründung zur Novelle sieht unter anderem aus, daß die Verhältnisse im ganzen Staate nach diesem Ausgleich drängen, daß aber eine Abhilfe ganz besonders dringend ist, wenn innerhalb eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit gemeinsamem Ortsverkehr solche verblüffenden Gegensätze in den Verhältnissen verschiedener Gemeinden bestehen, die immer mehr eine Abwanderung nach den an sich schon günstiger gestellten Gemeinden zur Folge haben müßten. Man erhofft offenbar mit dieser Regelung auch ein Verschwinden der lästigen Schullastenprozesse vor den Verwaltungsgerichten auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes, welche, ganz abgesehen von ihrer jahrelangen Dauer, meist auch wenig fruchtbar zu sein den Vorzug haben.

Welche Ueberraschungen bringt nun diese gesetzlich gedachte Regelung den Groß-Berliner Gemeinden? Nach einer kürzlich von mir veranlaßten Umfrage bei etwa 50 Gemeinden Groß-Berlins ergeben sich auf Grund der aufgestellten Berechnung recht interessante Resultate, deren zahlenmäßige Grundlagen mit eingehenderer Sachdarstellung der Veröffentlichung in einer Fachzeitschrift vorbehalten bleiben soll, da sie nur für den kommunalpolitiker im einzelnen von Interesse sind. — Nur einige Beispiele daraus sollen hier folgen, da schließlich die finanzielle Belastung bezw. Entlastung am meisten auch die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird.

Die Hauptleidtragenden sind naturgemäß die steuerkräftigen Kommunen. Einen baren Zuschuß für die anderen Gemeinden des Verbandsgebietes würden in nachstehender Höhe zu leisten haben:

Table with 2 columns: Gemeinde name and amount in M. (e.g., Berlin mit 645 710 M., Charlottenburg 495 666, etc.)

Diese baren Einzahlungen & Fonds perdu würden auf der anderen Seite unter anderem den folgenden Kommunen, in erster Linie Industriegebieten, zufließen, indem sie bare Zuschüsse in nachstehender Höhe erhalten:

Table with 2 columns: Gemeinde name and amount in M. (e.g., Neukölln 648 777 M., Lichtenberg 857 014, Spandau 199 423, etc.)

Weitere Gemeinden sind mit kleineren Beträgen anteilsberechtig- tigt. Die Berechnung kann natürlich nur eine überschlägliche sein; denn der Kreis der beitragspflichtigen und teilweise zugleich empfangsberechtigten Gemeinden ist in vorliegender Aufstellung ziem- lich weit gezogen. 41 Gemeinden Groß-Berlins sind dabei dem gesetzlich gedachten Ausgleichsverbande zugeteilt worden. Die Bestimmung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes ist für Groß-Berlin Sache oberpräsidialer Entscheidung, die sich nicht mit Gewißheit voraussagen läßt. Immerhin gibt die Berechnung ein ungefähres Bild, da es, um die Tragweite der gesetzlichen Bestimmungen zu erkennen, auf einige kleinere Gemeinden und auf ein paar tausend Mark gar nicht ankommt.

Für Neukölln bedeutet die Zuschusssumme über 1/2 der Gesamt- ausgabe für Volksschulwesen in 1913, für Lichtenberg über 1/3, für Spandau fast 1/4, und für Köpenick gar 1/5. Im übrigen ist der Durchschnitt 1/10 bis 1/12 dieser Ausgaben.

Ob die Novelle in der vorgeschlagenen Form Gesetz wird, muß abgewartet werden. Immerhin gibt die obige Berechnung ein ungefähres Bild über die Wirkung desselben. Daß der gegenwärtige Zustand ein unhaltbarer ist, wird nicht bestritten. Aber die vor- geschlagene Lösung läuft doch nur darauf hinaus, den Staat von seiner Zuschusspflicht gänzlich zu befreien, dem Staate die Schullasten abzunehmen und sie der Gesamtheit der Gemeinden aufzuerlegen. Das alte Lied!

Partei - Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Der Vorstand des Wahlvereins hat festgestellt, daß Genosse Paul Rother, Winterfeldstr. 85, am 16. Mai d. J. im Urwahlbezirk 106 des 1. Landtagswahlkreises sein Wahlrecht ausgeübt hat.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern über den Ankauf der Herrschaft Panke zu beschließen, der angeblich den Kreis Niederbarnim so schmerzt, daß nur das Pflaster einer den Stadtsäckel Berlins frächtig schröpfenden Extrabesteuerung sein Weh lindern kann. In der Debatte, die sich an den Bericht des Ausschusses noch knüpfte, nahm die Auseinandersetzung mit dem Kreistag

für Niederbarnim und die Abweisung der von dort gegen Berlin gerichteten Angriffe einen breiten Raum ein. Oberbürgermeister Bernuth rechnete ab mit den Niederbarnimern und ihrem Landrat, Stadt. Cassel sekundierte ihm — und beide trösteten sich schließlich mit der Hoffnung, daß in dem Verwaltungsstreitverfahren die gerechte Sache Berlins siegen werde. Genosse Bruns stellte fest, daß im Kreistag die sozialdemokratischen Vertreter für jene Extra- besteuerung nicht gestimmt hätten, wenn sie damals schon gewußt hätten, daß der Beschluß sich gegen Berlin richtete. Herr Cassel berührte wieder auch die finanzielle Seite des Projektes, und aus den gegen die Höhe des Preises sich richtenden Bedenken erklärte er es, daß ein Teil seiner Seite gegen den Ankauf stimmen werde. Gegen die Stimmen dieser wenigen wurde der Ankauf fast einstimmig be- schlossen.

Der Plan, ein Spezialkrankenhaus für Brust- krank zu schaffen, entspricht einem oft geäußerten Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Wehl begrüßte die Magistratsvorlage mit Begeisterung, doch äußerte er gegenüber dem Hauptprogramm und Vorentwurf einige Be- denken, die in einem Ausschuß noch zu prüfen seien. Gegen seine Forderung, im Interesse der Kranken die Säle kleiner einzurichten, setzte Stadtrat Selberg die Be- hauptung, daß Säle mit 20 Betten, wie sie hier geplant sind, sich als „sehr geeignet“ erwiesen hätten. Wir vermuten, daß die Kranken selber ihm darin nicht beistimmen werden. Die Ueberweisung an einen Ausschuß wurde beschlossen.

Eine Petition von Kohlenhändlern, die den Koksverkauf der Gaswerke Berlins betraf, führte zu einer Erörterung der den großen Händlern gewährten Be- günstigung und der Gefahr einer Monopolisierung des Koks- marktes. Unsere Genossen Sassenbach und Hinz brachte diese Dinge zur Sprache und traten nachdrücklich für eine gerechtere Berücksichtigung der kleinen Händler ein, die gegenüber der bei den Gas- werken üblichen Bevorzugung der Großhändler einen schweren Stand haben. Stadtrat Rast befrucht, daß bei den Gas- werken der Stadt jemals die Kleinhändler zurückgesetzt worden seien. Er machte aber kein Geheimnis daraus, daß diese dort auf eine besondere Berücksichtigung nicht zu rechnen haben. Die Petition wurde durch Uebergang zur Tages- ordnung erledigt.

Die Schleifenausstellung im Gewerkschaftshause wird heute nachmittag 5 Uhr geschlossen.

Bildungsstätten für Arbeiter.

Anfang Oktober beginnen wieder die allgemein bekannten Lehrkurse der Arbeiter-Bildungsschule, der freien Hochschule und der Humboldt-Akademie. Sind erstere insolge ihrer populären, dabei streng wissenschaftlichen Lehrmethode allen Arbeitern zu empfehlen, so läßt sich das von den Lehrgebiets- der beiden letzten Institute nur in bedingtem Maße sagen, da hier viele Dinge behandelt werden, die dem Arbeiter weniger nahe liegen, die aber auch oft gewisse Vorkenntnisse erfordern.

Im November nehmen dann die sogenannten „Akademischen Unterrichtskurse“, veranstaltet von der freien Studentenschaft, ihren Anfang. Sie bestehen nahezu ein Jahrzehnt und haben es sich zur Aufgabe gemacht, Arbeitern, welche die Fort- bildungsschule nicht mehr besuchen können, Gelegenheit zu geben, sich in den Elementarfächern weiterzubilden.

Es ist also den Arbeitern der Großstadt unter gewissen Bedingungen die Möglichkeit gegeben, die von der Volksschule an ihnen begangenen Sünden wenigstens zum Teil wieder gut zu machen. Voraussetzung dafür ist natürlich einmal die nötige Zeit, dann aber auch ein innerer Trieb zur Vervoll- kommung und Erweiterung der Allgemeinbildung. Ist erstere notwendig, um überhaupt die Teilnahme zu ermög- lichen, so ist das letztere die Vorbedingung zur Erreichung eines möglichst hohen Nützenswertes aus den gewählten Gebieten.

Vor der Festlegung auf ein bestimmtes Gebiet liegt es im Interesse jedes einzelnen, sich sorgfältig zu prüfen, ob er für den oder jenen Lehrstoff mit den genügenden Vorkennt- nissen ausgerüstet ist, oder ob es nicht besser ist, etwas weiter auszuholen und lieber den längeren, aber gründlicheren Weg zu wählen. Eine weitere unbedingte Notwendigkeit ist ein planmäßiges und systematisches Arbeiten, das nicht nur nötig ist, um Fortschritte zu machen, sondern auch, um durch diese immer wieder Lust und Liebe zu neuem Schaffen zu ge- winnen.

Achtung! Arbeitereltern!

Am Sonntag, den 5. Oktober 1913, finden in Berlin

zwei Feiern für die schulentlassene Jugend

statt und zwar nachmittags 1/2 Uhr in den Concordia-Fest- sälen, Andreasstraße 64, und 2 Uhr in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 162. Das Programm ist dem Charakter der Feier entsprechend ausgewählt und besteht aus Rezitation, Gesang und Festansprache. Mitwirkende sind die Herren Emil Eichhorn und Wilhelm Düwll (Ansprachen), Emil Kühne und B. S. Bürger (Rezitation), sowie der Gesang- verein Gesundbrunnen Harmonie und die Sängerkabarett I Berlin (Männerchöre).

Alle Arbeitereltern werden auf diese Feiern aufmerksam gemacht und mit ihren schulentlassenen Söhnen und Töchtern dazu herzlich eingeladen. Der Eintritt ist vollständig frei.

Die Stadt Berlin und der Spiritusring.

In einer Delegiertenversammlung des Berliner Gastwirte- Verbandes machte der Verbandspräsident Strauß Mitteilungen über eine auffällige Begünstigung des Spiritusringes durch die Berliner Stadtverwaltung:

Der Magistrat von Berlin produziert auf seinen Gütern jähr- lich 220 000 Liter Spiritus. Die Gastwirte haben nun allen Grund zu wünschen, daß dieser Spiritus an eine ringfreie Firma abgegeben wird. Nun ist aber schon seit 1909 die Spiritus- produktion der städtischen Güter an die Zentrale für Spiritus- verwertung bezw. deren Mittelmännern verpachtet worden, obwohl andere ringfreie Firmen, an deren Existenz nicht zu zweifeln ist, höhere Gebote abgegeben hatten (pro Hektoliter etwa 2—3 M. mehr). Gegenwärtig findet wieder eine Ausschreibung der Spiritus- verpachtung statt und es haben sich drei große ringfreie Firmen an der Bietung beteiligt. Aber obwohl die bekannte Firma W. W. Müller wieder höhere Preise als die Spirituszentrale ge- boten habe, ist ihr der Zuschlag nicht erteilt worden. Der Ver-

dingungstermin ist vielmehr vertagt worden, es muß eine neue Ausschreibung stattfinden.

Es ist doch eigenartig, daß der Magistrat, der doch immer über zu geringe Einnahmen klagt, einfach über ein höheres Gebot hinweg geht. Da muß man denn doch die Frage aufwerfen: Welche unsichtbaren Fäden denken sich da zwischen Magistrat und der Zentrale für Spiritusverwertung spinnen?

Der Berliner Magistrat dürfte genötigt sein, sich über diese Frage zu äußern.

Aufsichtsmangel in der Idiotenanstalt.

In Nr. 235 berichteten wir, daß in der Berliner Idiotenanstalt Dalldorf ein dort untergebracht vierjähriger Junge arg zer- trakt worden war. Erwiesen ist, daß nicht etwa das Kind selber sich so zugerichtet hatte. Ein anderes Kind, ein älteres Mädchen, hatte Zutritt zu dem Saal erlangt und von dem hilflosen Kleinen mit den Fingernägeln bearbeitet. Solche Vorkommnisse lassen darauf schließen, daß die Aufsicht unzulänglich war. Wundern dürfen wir uns hierüber nicht; es ist ja bekannt, wie die Heil- und Pflage- anstalten der Stadt Berlin sich mit möglichst wenig Personal zu behelfen suchen. Auch die von uns geschilderte Unsauberkeit, von der wir leicht noch mehr Proben anführen könnten, läßt sich aus Mangel an Personal sehr wohl erklären.

Von der Beschwerde des Vaters jenes gekrakten Kindes wird mancher die Wirkung erwartet haben, daß man nunmehr das Per- sonal vermehren werde. Wir wissen nicht, ob das als notwendig erkannt worden ist und gekragt wird. Inzwischen hat man aber gegen das Kind, das damals ein Opfer des Aufsichtsmangels ge- worden und gekragt worden war, eine Maßregel verfügt, die nach Berücksichtigung der Pflegerinnen und des Arztes eine besondere Fürsorge sein soll. Als der Vater wieder einen Besuch in der Anstalt machte, fand er zu seiner Ueberraschung den Kleinen in einer Jacke mit langen Ärmeln, die weit über die Hände reichten und unten zugebunden waren. Die Hände waren so vollständig durch die Ärmel eingehüllt, daß das Kind ausjah, wie wenn es nur handlose Armstumpfe hätte. Erstaunt fragte der Vater, was denn das zu bedeuten habe, daß man sein Kind in dieser Weise am Ge- brauch der Hände hinderte. Er wurde befehrt, der Kleine habe die Gewohnheit, sich mit den Fingernägeln in das Gesicht zu fassen und sich selber zu verletzen.

Hat der Knabe diese Gewohnheit erst jetzt plötzlich an- genommen? Oder ist sie dem Personal erst jetzt an ihm aufgefallen? Daß er nicht schon damals sich selber gekragt hatte, sondern durch ein anderes Kind gekragt worden war, ist — wie gesagt — erwiesen und zugegeben. Selbst wenn inzwischen eine Reingung, sich selber zu verletzen, bei dem Kinde aufgetreten ist, so will uns nicht einleuchten, daß dagegen kein anderes Mittel zu finden sein sollte. Man stelle sich dieses Kind vor, das noch nicht laufen kann, an das Bett oder an den Stuhl gefesselt ist, oder höchstens mal auf dem Fußboden umhertrotzt. Das Kind spricht auch noch nicht, gibt nur unterständliche Laute von sich, und scheint auch für die Reden anderer kaum Verständnis zu haben. Einem solchen Kinde nimmt man auch noch den Gebrauch der Hände! Diesem bemitleidenswerten Wesen raubt man noch das fast einzige Mittel, sich zu betätigen! Ist das nötig? Würden nicht z. B. Handschuhe, die aus widerstandsfähigem Stoff angefertigt sind und fest mit den Ärmeln verbunden werden, vollkommen genügen, um eine Selbst- beschädigung zu verhüten?

Mit Recht hatte der Vater gegen die geschickte Behandlung, die man nicht anders als grausam nennen kann, Einspruch erhoben. Er hat bisher nicht mehr erreicht als das Zugeständnis, daß dem Kinde die Ärmel wenigstens für einige Stunden des Tages auf- gebunden werden sollen. „Sachverständige“ werden uns vielleicht sagen, daß wir keine Ahnung davon haben, wie ein solches Kind behandelt werden muß. Das wird uns nicht irren machen in unserer Ueberzeugung, daß diese Behandlung eine unnötige Härte ist. Wir können uns eine derartige Maßregel nur erklären aus der Ver- legenheit, die den Ärzten aus dem Aufsichtsmangel erwächst. Man stelle mehr Personal an, dann wird kein Arzt zu solchen Mitteln zu greifen brauchen.

Im städtischen Krematorium in der Gerichtstraße fanden im Monat September 78 Einäscherungen statt. Von den Verstorbenen waren 46 Männer, 39 Frauen, 3 Kinder. 30 stammten von Berlin, 30 von den übrigen Gemeinden Groß-Berlins und 18 von aus- wärts. 66 waren evangelisch, 2 katholisch, 5 mosaisch und 5 Dissi- denten. Es wurden 49 religiöse Feiern abgehalten. Seit Eröffnung des Krematoriums (1. Dezember 1913) haben 677 Einäscherungen stattgefunden, die sich auf die einzelnen Monate folgendermaßen verteilen: Dezember: 68, Januar: 53, Februar: 65, März: 72, April: 62, Mai: 72, Juni: 70, Juli: 74, August: 65, September: 78.

Aus Not in den Tod.

In erschreckender Weise häufen sich die Verzweiflungstaten Arbeitsloser. Es wird berichtet:

Arbeitslosigkeit und Nahrungsorgen haben den 42 Jahre alten Arbeiter Paul Schönian aus der Wolgaster Str. 8/4 zum Selbst- mord veranlaßt. Der Mann hatte seit einem halben Jahr keine Beschäftigung mehr. Seine Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebte, suchte durch Aufwarten und Reinemachen soviel zu verdienen als sie konnte. Für den Lebensunterhalt und die Miete reichte es aber doch nicht. Jetzt waren die Leute schon seit vier Monaten mit der Miete im Rückstand. Aussicht auf Besserung ihrer Lage war nicht vorhanden. Während die Frau noch auf einer Arbeitsstelle war, erhängte sich Schönian gestern Abend am Bettposten. Bei der Heimkehr der Frau war er schon tot.

Das Gerücht von einem Mord war gestern nachmittag in Rummelsburg und Lichtenberg verbreitet. Veranlassung dazu gab ein Leichenfund, der in dem Hause Wühlischstraße 40/41 gemacht wurde. Die Mordkommission des Lichtenberger Polizeipräsidiums begab sich unverzüglich an Ort und Stelle. Ihre Feststellungen er- gaben, daß ein Verbrechen nicht in Frage kommt. Wir erhalten hierzu folgende nähere Mitteilungen: In dem Hause Wühlisch- straße 40/41 im Rummelsburger Ortsteile von Lichtenberg wohnte seit dem 1. April dieses Jahres die 32 jährige geschiedene Frau Margarete Richter. Da Frau W. sehr zurückgezogen lebte, fiel es nicht weiter auf, daß sie seit einigen Tagen nicht gesehen worden war. Die W. hatte ihre Wohnung zum 1. Oktober gekündigt und heute mittag gegen 1 Uhr erschien bei dem Hauswirt ein Reflektant auf die Wohnung. Als der Wirt klingelte, erhielt er keinen Einlaß und er ließ deshalb die Korridortür durch einen Schlosser öffnen. Die Eintretenden fanden nun die Mieterin tot in ihrem Bette liegend vor; die Leiche war schon stark verwest. Nun wurde sofort das nächste Polizeirevier verständigt und von dort aus das Polizeipräsidium benachrichtigt. Da man zuerst annahm, es handle sich um einen Mord, traf alsbald die Mordkommission an Ort und Stelle ein. Die Feststellungen ergaben jedoch bald, daß es sich zweifellos nicht um ein Verbrechen handelt. In der Wohnung befand sich alles in bester Ordnung. In der Korridortür steckten noch die Wohnungsschlüssel. Auch die Leiche zeigte in ihrer Lage keine Anhaltspunkte dafür, daß ein Ver-

brechen verübt worden sei. Die Mörder war schon seit längerer Zeit herzleidend und offenbar ist sie einem Herzschlage erlegen. Dieser Ansicht war auch der hinzugezogene Arzt. Der Tod muß aber schon vor fünf bis sechs Tagen eingetreten sein. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und wird obduziert, um festzustellen, ob vielleicht Selbstmord durch Vergiftung vorliegt.

Stenerkassen. Nach den Bestimmungen des Einkommensteuer- und des Ergänzungsteuergesetzes vom 19. Juni 1906 soll behufs Veranlagung der Einkommen- und Ergänzungsteuer für das Steuerjahr 1914 eine vollständige Aufnahme des Personenstandes der Stadt Berlin am 15. Oktober d. J. stattfinden. Zu diesem Zweck werden durch die Steuererheber sämtliche Hausbesitzer oder ihren Stellvertretern die erforderlichen Formulare zugestellt werden. Die Abholung der gehörig auszufüllenden Listen erfolgt ebenfalls durch die Steuererheber vom 17. Oktober d. J. ab. — Bezüglich der Ausfüllung der Formulare wird auf die denselben vorgedruckten Bestimmungen verwiesen und es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß mit Ausnahme der auf der Durchreise befindlichen oder nur zum vorübergehenden Besuch hier anwesenden Personen sämtliche Einwohner aufzuführen sind. Für die vollständige Angabe der auf den Grundstücken vorhandenen Personen, soweit sie Mieter sind, haften die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter, während für die richtige Angabe der zu ihrem Hausstande gehörigen Personen, einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter die Hauskalkulationsvorstände verantwortlich sind (§ 23 des Einkommensteuergesetzes).

Einen unheimlichen Fund machte gestern der Pförtner des Hauses Ledebowstraße 19a. Dort wohnte bis vor einem halben Jahr eine Witwe mit einer erwachsenen Tochter und zwei fremden Mädchen, an die sie abvermietet hatte. Nachdem sie ausgezogen war, blieb die Wohnung leer stehen. Erst gestern zog ein neuer Mieter ein. Als diesem der Pförtner den zur Wohnung gehörigen Boden zeigte, fand man in dem Versuch noch ein altes Kleiderstück der früheren Mieterin. Der Pförtner öffnete es und fand darin einen Pappparton, der die völlig verwesene Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Wie die Leiche in das Spind hineingekommen ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Der Sportplatz an der Schönhauser Allee. Fertig und doch unbenutzt.

Der mit so großer Freude begrüßte Sport- und Spielplatz an der Schönhauser Allee, für den die Stadt Berlin 8 1/2 Millionen Mark an den Militärkassenschatz zahlte, hat ein eigenartiges Schicksal. Im Dezember vorigen Jahres bewilligten die Stadtverordneten 200 000 Mark für die Ausgestaltung der östlichen Hälfte des Egerzierplatzes an der einsamen Pappel zu einem großen Sport- und Spielplatz, und allseitig wurde es mit Genugtuung begrüßt, daß die Stadtverwaltung von der ursprünglich in Aussicht gestellten Randbebauung Abstand nahm. Auch keine „Schmuckanlage“ sollte hier entstehen, sondern nach dem Entwurf des Gartendirektors Brodersen eine große Volk- und Festwiese mit mehreren Spielplätzen geschaffen werden, wo sich das Volk und die Jugend nach Herzlust tummeln kann. Mit Energie wurde das schöne Werk in Angriff genommen, und die städtische Parkverwaltung stellte in emsiger Arbeit zuerst die beiden großen Spielwiesen, die einen Flächeninhalt von 17 580 und 16 770 Quadratmetern haben, im Laufe des Sommers fertig. An den kleineren Spielplätzen und der Volkswiese wird noch gearbeitet. Seit zwei Monaten sind die großen Spielwiesen fertig, die für Schüler und für Mitglieder von Turn- und Sportvereinen zur Veranstaltung von Spielen bestimmt sind. Die Spielplätze liegen planiert und umfriedet da. Die städtische Parkverwaltung teilte die Fertigstellung der beiden Spielwiesen der Deputation für das Turn- und Badewesen mit, die für die Benutzung und Vergabe von Spielplätzen zuständig ist. Vergebens hatten die Spielwiesen an der Schönhauser Allee noch heute auf die Schulfugend und die Sportvereine. Einmal und verlassen liegen die schön hergerichteten Spielplätze da, und doch würden sie gerade jetzt zu den Herforderien der Schulfugend eine willkommene Gelegenheit zur Veranstaltung von Spielen geben. Selbst in städtischen Kreisen hat diese auffällige Erscheinung Erstaunen hervorgerufen. Und die Ursache? Die Turn- und Badedeputation hat es aus irgend welchen Gründen bisher unterlassen, die Fertigstellung der beiden Spielwiesen amtlich bekanntzugeben. Ein Werk, das mit so schönem Eifer begonnen wurde, liegt jetzt zum großen Teile unbenutzt da. Hoffentlich trägt diese Mahnung dazu bei, daß die Spielwiesen nun endlich ihrer Bestimmung übergeben werden.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Ein Jugendheim für Wilmerdorf.

Seit langer Zeit plant die Arbeiterschaft von Wilmerdorf für die schulentlassene Jugend die Errichtung eines eigenen Heims. Gerade in Wilmerdorf, in dessen Stadtverwaltung die Rinderbemtellen nur eine sehr spärliche Vertretung besitzen, erfreuen sich die patriotischen Turnvereine, katholische und evangelische Jungfrauen- und Jünglingsvereine sowie ähnliche Vereinigungen stets der materielle und idealen Unterstützung der Behörden, während beispieldeweise Arbeiterturnern noch jede Hilfe verweigert worden ist. Mit allen Mitteln wird versucht, der freien Jugendbewegung die proletarische Jugend zu entfremden und sie in reaktionärem Sinne zu drücken. Darum ist es freudig zu begrüßen, daß es nun endlich dank der Opferwilligkeit der Arbeiterschaft im allgemeinen und besonders einiger Parteimitglieder am Orte möglich geworden ist, in den nächsten Tagen ein eigenes Jugendheim, Mannheimer Straße 51, born parterre, der Öffentlichkeit zu übergeben. Das Heim, das in erster Linie für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmt ist, dürfte mit seinen Einrichtungen in jeder Beziehung den Wünschen der arbeitenden Jugend entsprechen. Durch eine reichhaltige Bibliothek und ein Lesezimmer mit einer Reihe von Zeitschriften und Zeitungen ist Gelegenheit geboten, das mangelhafte Wissen der Volksschulbildung zu bereichern und zu vertiefen; ein Spielzimmer, in dem die jungen Leute spielen und plaudern können, fordert zu fröhlicher und edler Geselligkeit auf. Daneben sollen von Zeit zu Zeit Vorträge und musikalische Darbietungen stattfinden, zu denen stets freier Eintritt gewährt wird. Der Arbeiterjugend werden zwar keine bunten Uniformen und keine Kriegsspiele, mit denen die bürgerliche Jugendbewegung die Jugend zu locken versteht, wohl aber Wanderungen in die freie Natur geboten werden. So ist zu hoffen, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Freuden sich an all diesen Veranstaltungen, in denen der Geist der Freiheit herkehren soll, beteiligen werden. Zur Eröffnung des Jugendheims veranstaltet der Bildungs- und Jugendausschuß eine Einweihungsfeier am Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in der Mannheimer Str. 51. Neben der Mitwirkung des Wilmerdorfer Männerchors und von Hrn. Sally Russel (Reaktion) wird der Schriftsteller Emil Unger eine Ansprache halten. Der Eintritt ist für jugendliche und für Freunde der Arbeiterjugend, soweit der verfügbare Raum es zuläßt, völlig frei. Das Heim ist abends täglich von 6—10 Uhr abends, an Sonntagen von nachmittags 4—10 Uhr geöffnet.

Charlottenburg.

Parteienossen und Gewerkschaften! Morgen, Sonnabend, den 4. Oktober ex., mittags 12 Uhr bis abends 9 Uhr, finden im großen Saale des „Volkshauses“, Rosenstr. 8, die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg statt. Als Ausweis der Wahlberechtigung gilt die ausgestellte Wahlkarte, wenn eine solche nicht vorhanden, die Vorgeigung des Kassenmitgliedsbuches oder auch sonst eine Bescheinigung des Arbeitgebers. Die Liste der freien Gewerkschaften und Angestellten trägt die Ordnungsnummer I. Wir bitten nun, in Anbetracht der Verhältniswahl, daß ein jeder für die Liste I sein Votum einlegen möge, damit wir mit einer achtunggebietenden Stimmenzahl aus der Wahl hervorgehen.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Neukölln.

Die Spielpartien am Sonntag und Mittwoch fallen aus. Dafür findet am Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Wartsch, Hermannstr. 49, eine Märchenaufführung statt. Zur Aufführung gelangt „Das Vinsennmännchen und der Vinsennichel“. Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf. Nach der Vorstellung Sonntag, den 8. Oktober: Märchenvorstellung in den beiden Jugendheimen, Idealpassage und Rogatzstr. 15. Anfang 5 Uhr nachmittags. Eintritt frei. Um zahlreiche Beteiligung an den Veranstaltungen bitten
Der Ausschuss.

Weißensee.

Die **Weißenseer Bank** hat ihre Porten geöffnet, es werden jedoch nur die fälligen Einzahlungen entgegengenommen. Die gewünschten Beträge auf die erhöhten Anteile der Genossenschaftler gehen sehr spärlich ein, doch gibt man sich der Hoffnung hin, in einigen Tagen die erforderliche Summe von 200 000 M. zusammen zu haben, um dann mit Hilfe der Gemeinde und einer Großbank die Genossenschaftsbank wieder im vollen Betriebe zu eröffnen. Eine Versammlung der Sparer hat beschlossen, der Bank entgegenzukommen und zwar in der Weise, daß die Sparer 10 Prozent ihres Guthabens streichen lassen und ferner ein Jahr auf den Zinsgenuss verzichten. Mit diesem Beschluß, wenn er einheitlich durchgeführt werden kann, leisten die Sparer einen Beitrag von 800 000 auf ihr Guthaben und außerdem noch 120 000 M. Zinsen. Die Durchführung dieses Beschlusses hat eine Kommission übernommen. Im Falle eines Scheiterns würden die Sparer weit schlechter fahren, da man damit rechnet, nur 15 bis 20 Proz. herauszuwirtschaften. Wie man weiter erfährt, sind zum 1. Januar 1914 annähernd 70 Kündigungen der Genossenschaftler eingegangen, um sich dadurch ihrer Verpflichtung zu entziehen. Der neue Aufsichtsrat will mit allen Mitteln gegen diese fahnenflüchtigen vorgehen.

Schöneberg.

Den Bericht des Parteitages erstattete in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Thieleke. Redner ließ die einzelnen Beratungsgegenstände Revue passieren. Der Resolution des Parteivorstandes zum Waffenstreik könne man zustimmen. Zur Resolution Luxemburg müsse er seine Werturteilung ausdrücken, da dieselbe im allgemeinen nichts Neues bringe, als daß darin gesagt werde, man müsse mit der Masse mehr Fühlung nehmen. Genosse Bauer habe in seinen Ausführungen mehr als Schwarz gemalt. Als den Höhepunkt des Parteitages bezeichnete Redner die Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage. Das Referat Timms biete für jeden eine Fülle neuer Momente. Die Referatshilfe werde sich mit dieser Frage in nächster Zeit eingehend beschäftigen müssen. Obwohl er, Redner, der Resolution Sturm zur Steuer- und Deduktionsfrage zustimme, sei er der Meinung, daß die Frage noch eingehend diskutiert werden müsse; er empfehle hierzu die Zahlende. Mit der Regelung der Waffenerfrage könne er sich nicht zufrieden geben und er bedauere, daß es zu keinem endgültigen Entschlusse gekommen sei; man solle die 26. Wiederkehr der Feier zu einem anständigen Begräbnis derselben gestalten. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen betonte Genosse Hoffmann, daß in der Jugendfrage mehr hätte geschehen müssen. Ebenso bedauere er, Redner, daß für die Ausübung der Waffener nicht mehr der nötige Idealismus vorhanden sei. Die Genossen Veteren und Unger unterstrichen im wesentlichen die Ausführungen des Referenten. Hierauf teilte der Vorsitzende, Genosse Ritter mit, daß Mitte Oktober eine öffentliche Kommunalwählerversammlung für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen abgehalten werde, in welcher der Referent das Kommunalprogramm behandeln werde. Außerdem solle am 18. Oktober eine Theatervorstellung stattfinden, in der „Die Geisler“ von Jbsen zur Aufführung gelangen.

In dem Versammlungsbericht über die außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in welchem von der Tätigkeit unserer Stadtverordnetenfraktion die Rede war, ist dem Berichterstatter infolgedessen ein Jertum unterlaufen, als ein von unseren Genossen gestellter Antrag, den untersten Steuerfuß von 900 auf 1200 Mark zu erhöhen, nicht angenommen sondern abgelehnt worden ist.

Zempelhof-Mariendorf-Mariensfelde.

Krankenkassenwahlen! Zu den Wahlen für den Ausschuss der Ortskrankenkasse Zempelhof wollen die Vertrauensleute der Betriebe, welche bei obiger Kasse versichert sind, sofort geeignete Personen in Vorschlag bringen. Die Adressen derselben sind umgehend an P. Lentzsch, Zempelhof, Ringbahnstr. 6, einzulenden.

Für die Vertrauensleute der zu der Ortskrankenkasse Mariendorf wahlberechtigten Betriebe findet am Montag, den 6. Oktober, abends 6 Uhr, bei Heublein, Dorfstr. 1, eine Versammlung statt.

Die Gewerkschaftskommission.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Antisoziale Strömungen in der Gemeindeverwaltung sind am Werke, um die durch jahrelange Kämpfe unserer Vertreter im Ortsparlament durchgeführten Einrichtungen sozialer Art, wenn nicht zu beseitigen, so doch nach Möglichkeit wirkungslos zu machen. Man will aus dem Wohlfahrtsfonds gewährt Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, wie auch der Säuglingssterblichkeit, als Armenunterstützung betrachtet und behandelt wissen, um denen, die diese Mittel in Anspruch zu nehmen beabsichtigen, was sicher nur in Fällen dringenden Bedarfses geschieht, die Absicht zu verleiden. Ein solches Gebaren zeigt geradezu von einer vollkommenen Verleumdungslosigkeit in sozialen Dingen. Ehe ein noch so sehr in Bedürftigkeit Lebender eine als Armenunterstützung — wir dürfen heute leider sagen — gebrauchte Einrichtung in Anspruch nimmt, entzückt er sich lieber auch der unentbehrlichsten Mittel. Dadurch aber wird gerade die beabsichtigte Wirkung obenbezeichnete Einrichtungen vereitelt. Und doch liegt diese Art der Wohlfahrtspflege, sollte man meinen, ganz und gar nicht im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, um deretwillen, nicht um der Kostenden willen, zum Teil den Fürsorgeeinrichtungen zugestimmt wird. Wir erinnern daran, daß noch vor nicht zu langer Zeit der Verdacht, man wolle die Wohlfahrtsleistungen als Armenunterstützung stempeln, von dem Dezernenten entzweit weit weggerufen wurde. Und jetzt? Heute abend wird eine diesbezügliche Anfrage unserer Vertreter dem Gemeindevorstand Gelegenheit bieten, in öffentlicher Sitzung sich zu der Sache zu äußern. Eine weitere Anfrage betrifft die Wiedereinführung des Verkaufs von billigem Fleisch. Die Allgemeinheit wird mit Interesse der Haltung der Gemeindeverwaltung entgegensehen. Hier ist die Möglichkeit gegeben, den im Frühjahr gefassten, unverständlichen Beschluß, der viel Unwillen erregte, aufzuheben und einen solchen Fehler wieder einigermaßen gut zu machen.

Waldorf an der Ostbahn.

Mit der Notwendigkeit der Errichtung eines Gemeinde-Gräbnisplatzes und dem Verhalten der Hausbesitzerfraktion hierzu

beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung. Die Gemeindevertreter der Hausbesitzerpartei waren öffentlich geladen und auch erschienen. Der Referent Genosse Franz Künig schilderte in vortrefflichen Ausführungen, wie sich die Friedhofssrage am Ort geradezu zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen habe. Da die hiesige Kirchengemeinde über keine Leichenhalle verfüge, so werde zu diesem Zweck das alte Spritzenhaus in der Köpenicker Allee benutzt, gleichfalls werde in dem Nebenraume die Freibank abgehalten. Wenn man bedenke, daß Leichen in diesem Raume aufgebahrt und im Nebenraume das minderwertige Fleisch an die ärmere Bevölkerung verkauft werde, so seien das Skandalöse Zustände. Eine anständige Leichenfeier lasse sich in diesem Raume auch nicht abhalten, deshalb hätten es bereits verschiedene Einwohner vorgezogen, die Leichen ihrer Angehörigen in einem Stallgebäude aufzubahren. Daß all diese unwürdigen Zustände von den Vertretern der bürgerlichen Hausbesitzerpartei nicht bekämpft würden, müsse ihnen zum Vorwurf gemacht werden. Vor 8 Jahren hätten unsere Gemeindevertreter die Errichtung eines Friedhofs mit einer Leichenhalle gefordert und auch durchgeführt; das notwendige Gelände, 10 Morgen, sei bereits angekauft und die Konzession zum Bau erteilt. Bei dem erfolgten Verkaufsbescheid für eine würdige Anlage sowie eine Leichenhalle hätten die bürgerlichen Parteien jedoch angeblich der hohen Kosten wegen gegen die Ausführung protestiert, auf diese Weise hätten es die Herren verstanden, die Sache hinzuzulecken. Redner verlas folgende eingegangene Resolution: „Die öffentliche Versammlung erklärt die Errichtung einer Friedhofsanlage nebst Leichenhalle durch die Gemeinde für eine zwingende Notwendigkeit. Sie verurteilt die ablehnende Haltung der Hausbesitzerfraktion auf das entschiedenste und beauftragt die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, an die Gemeindeverwaltung den Antrag zu stellen, im Wege der Anleihe die Mittel zur gleichzeitigen Anlage eines Friedhofs nebst Leichenhalle zu beschaffen.“

Die Versammlung lobte den Redner durch lebhaften Zustimmung. In der Diskussion erklärten die Vertreter der Hausbesitzer, daß sie keineswegs gegen die Errichtung der notwendigen Wohlfahrtsleistungen wären, nur sind ihr die vorgeschlagenen Projekte zu kostspielig. Herr Wartsch meinte, man könne ja die oben bezeichnete Einrichtung trennen und die Freibank im neuen Spritzenhaus oder im Schul Keller abhalten, weiter waren die Herren Klein, Schilling und Henkel der Meinung, daß man dem jetzigen Gemeindevorsteher nicht so runde Summen in die Hände geben könne, er wäre zu sehr geneigt, nicht in ihrem Sinne damit zu wirtschaften. Unsere Genossen verurteilten die Vorkommnisse der Hausbesitzer gegen den Gemeindevorsteher, durch die die Entwicklung der Gemeinde leiden müsse. Den Vorwurf, daß unsere Gemeindevertreter mit dem Vorsteher durch die und durch gingen, wies der Referent in seinem Schlusswort entschieden zurück; die Beweggründe des Herrn Zimmer und Genossen seien indes rein geschäftlicher Art und da machen die sozialdemokratischen Vertreter nicht mit. Wenn übrigens die Gemeindevertreter ihre Schuldigkeit täten, dann könnte der Vorsteher nicht schalten und walten, wie man es ihm zum Vorwurf mache. Die Versammlung stimmte der Resolution gegen die Stimmen der Hausbesitzer zu.

Panitzsch.

Ein **Betriebsunfall** ereignete sich in der Dampfboilerfabrik der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft. Die dort tätige Ehefrau des Arbeiters B. kam mit der linken Hand den Walzen zu nahe, sie wurde von denselben erfasst und vollständig abgequetscht. Wie man uns mitteilt, soll in jenem Betriebe das Ueberlindenunwesen sehr in Blüte stehen, auch wird behauptet, daß der jugendliche Aufsichtsbearbeiter die in dem Betriebe beschäftigten Frauen oft zu Mißhandlungen anspornt. Solche Umstände seien geeignet, die Unfallgefahren zu erhöhen.

Panitzsch.

Die **Gemeindevertretung** beschäftigte sich am Dienstag mit dem Erlaß eines Ortstatuts über die Errichtung einer Gemeindeanstalt für zweite Hypotheken. Im Dezember vorigen Jahres wurde von bürgerlicher Seite ein entsprechender Antrag gestellt und mit der bedrängten Lage des Kleinrentbesitzes gegenüber den für letzteren äußerst ungünstigen Verhältnissen des Hypothekenmarktes begründet. Die damalige Aussprache zeigte die prinzipielle Zustimmung der Vertretung zur Gewährung zweifelhafte Hypotheken durch die Gemeinde. Es wurde eine besondere Kommission mit der Aufgabe betraut, die Angelegenheit in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorstand näher zu prüfen und dann der Vertretung geeignete Vorschläge zu machen. Ein solcher Vorschlag lag nun zur Beratung und Beschlußfassung vor. Er paßt sich im wesentlichen dem entsprechenden Ortstatut der Stadt Neukölln an, da nur die in letzterem niedergelegten Grundsätze Aussicht auf Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden haben. Danach werden im Gemeindebezirk Berlin-Panitzsch liegende bebauten Grundstücke, deren Eigentümer nachweislich mindestens ein Jahr lang im Besitz derselben sind, gegen zweifelhafte Hypotheken in der Regel nicht über 75 Proz. des Grundstückwertes hinaus beliehen. Unter besonders günstigen Umständen kann in Ausnahmefällen die Beleihungsgrenze auf 80 Proz. ausgedehnt werden, in welchem Falle das Darlehen nicht über 50 000 M. betragen darf. Die Verwaltung dieser Gemeindeanstalt soll durch eine besondere Deputation geführt werden, welche aus drei vom Gemeindevorsteher zu ernennenden Mitgliedern des Gemeindevorstandes und sechs von der Gemeindevertretung zu wählenden Gemeindevorordneten — von denen der Deputation mindestens drei angehören müssen — und Bürgerdeputierten besteht. Die ausgedehnte Debatte brachte naturgemäß wieder die heftigsten Klagen über die angeblich hundstümmeliche Lage des Panitzscher Grundbesitzes. Schließlich fand die Vorlage trotz harter pessimistischer Beurteilung ihres Wertes Annahme. — Für die Aufstellung einer Fuhrwerkswege in der Schulstraße wurden die Baukosten in Höhe von 3000 M. bewilligt. — Die weiteren Beratungsgegenstände entbehrten allgemeineren Interesses. Der öffentlichen folgte eine gelehrte Sitzung.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hohen-Neuenhof. Heute Freitag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal Berliner Str. 48/49.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Spiel und Sport.

Turner.

Veranstaltungen des Turnvereins „Nichte“ am Sonntag, den 5. Oktober: Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der 2. Männerabteilung: Schauturnen der Männer- und Lehrlingsabteilung in der Gormannstr. 4. Nachdem Frieder in Schatz festhalten, Andreasstr. 21.
18. Männerabteilung: Beginn des Wintertrainings im Laufen; nur Sonntagvormittags auf dem öffentlichen Spielplatz in Treptow.
8. Männerabteilung: Regenerpartie nach Dranenburg. Treff zwischen 12—1 Uhr im Waldhaus Sandhagen, Schäfersstr. 34. Um 1/2 12 Uhr Antritt zu den Weillämpfen. Dann Fußballspiel gegen den dortigen Verein. Von 6 Uhr an Kommerz und Adelsklub. Gäste sind gern gesehen.
11. Männerabteilung: Partie nach Velten. Treff 1/2 12 Uhr Ziehlener Bahnhof.
16. Männerabteilung: Regenturnfahrt nach Hohenkloppping. Treff 1/2 12 Uhr.
17. Männerabteilung: Regenturnfahrt nach Marz. Treff 1/2 12 Uhr.
1. Frauenabteilung: Regenturnfahrt nach Schönehe. Treff 1/2 12 Uhr.
2. Lehrlingsabteilung: Regenturnfahrt nach Schönbl. Treff 1/2 12 Uhr.
3. Lehrlingsabteilung: Regenturnfahrt nach Rommes. Treff 1/2 12 Uhr.
4. Lehrlingsabteilung: Regenturnfahrt nach Rüdowhof. Treff 1/2 12 Uhr.
10. Lehrlingsabteilung: Bernau, Rüdow, Ziehlener. Treff 5/2 12 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Niederbäcker und Köpckeplatz miltühren.
14. Lehrlingsabteilung: Regenerpartie nach Königsmusterhausen. Treff der Regener am 1 Uhr im Allen Schäfershaus. Nachmittags

4 Kampf- und Wettspiele mit der Königsruferhausener freien Turnerschaft. Gäste herzlich willkommen.

Ober-Schöneweide. Der Turnverein „Obersee“ (M. d. K. L. B.) veranstaltet nächsten Sonntag eine Kartoffel- und Heringspartie nach Ortner, Goltz, zum alten Krug, Am Degebrodt, Friedrichstr. 70. Der Uebertrag der einzelnen Kriegen und Wettspielen ist Punkt 7 Uhr vom Vereinslokal Wilhelmshof für Nachzügler Abfahrt 7 1/2 Uhr vom Markt-Platz mit der Elektrischen bis Karlsruher Bahnhof.

Die freie Turnerschaft Mit-Gliedern veranstaltet am Sonntag, den 5. d. M., ein Abturnen auf ihrem Turnplatz. Um 2 Uhr nachmittags in Admarck vom Vereinslokal (H. Bohn). Gräuner Straße 55. Nach dem Turnen in Langranchen und Beteiligung an dem Wettbewerb vortrag des Bildungsausschusses. Die Turngenossinnen und -Genossen werden erachtet, sich an diesem Fest recht zahlreich zu beteiligen.

Der Männerturnverein zu Verden feiert morgen Sonntagabend, den 4. Oktober, sein diesjähriges Herbstfest, verbunden mit Rekrutenabschiedfeier, bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen, Theater und Ball im Schäfersaal.

Schöneberg. Sein Abturnen, bestehend in leistungsfähigen Wettkämpfen für Turner und Turninnen, Wettspielen usw., bezieht der Arbeiterturnverein am Sonntag, den 5. Oktober, auf dem Spielplatz an der Kubensstraße. Anfang 2 Uhr nachmittags.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerverein Grob-Berlin. Sonntag, 5. d. M., früh 7 Uhr nach Kollberg; nachmittags 1 Uhr nach Schöneide (Waldhof). Hauptstart: Mariannenstraße. Anfahrtsort: Bahnhof Treptow.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 5. Oktober. 1. Abt.: 12 Uhr: Reu-Dabendorfer. Start: Helldorfer 58. — 2. Abt.: 6 1/2 Uhr: Streifzüge durch den Mühlental (Kollberg). 1 Uhr: Radfahrer (zu den Rathausbären). Start: Fontanebrunnen 18. — 3. Abt.: 7 Uhr: Streifzüge durch den Mühlental (Kollberg). 1 Uhr: Radfahrer (Kollberg). Start: Kollberg 12. — 4. Abt.: 6 1/2 Uhr: Doppelgarten (Walden Park). 1 Uhr: Radfahrer (Kollberg). Start: Kollberg 12. — 5. Abt.: 1 Uhr: Radfahrer (Waldhaus). Start: Kollberg. — 6. Abt.: 7 Uhr: Berglauf am Becken (Seeberg). 1 Uhr: Radfahrer (Schwartzgarten). Start: Oberberger Straße 28. — 7. Abt.: 7 Uhr: Zwiefisch. 1 Uhr: Radfahrer (Waldhaus). Start: Schulstr. 29. — 8. Abt.: 6 Uhr: Ludenwalde (Schulstr.). 1 Uhr: Radfahrer (Waldhaus). Start: Ludenwalde. — 9. Abt.: 7 Uhr: Jährling (Wald). Start: Schulstr. 22. — 10. Abt.: 1 Uhr: Radfahrer bei Kollberg (Kollberg). Start: Gr. Frankfurter Str. 30.

Charlottenburg. 12 Uhr: Radfahrer (Schweizerhäuser). Start: Charlottenburg. 1 Uhr: Radfahrer (Kollberg). Start: Charlottenburg 74.

Reu-Dabendorf. 1 Uhr: Zwiefisch. Start: Hohenzollernplatz.

Pantow-Schönhausen. 1 Uhr: Schulendorf (Haberbus). Start: Pantow-Schönhausen. 12 Uhr: Reu-Dabendorf. Start: bei Ost-Treptow-Pantow-Schönhausen. 2 Uhr: früh: Wälden. 6 Uhr: Wendisch-Buchholz (Schöne). Start: Baumgartenweg bei Krause.

Tegel. 2 Uhr: Tour mit dem Start bekannt gegeben.

Weichensee. 12 Uhr: Pichelsdorfer (Waldhaus). Start: Berliner Allee 251.

Wilmersdorf. 6 Uhr: Ludenwalde. 1 Uhr: Grob-Beeren.

Stralau-Rummelsburg. 2 Uhr: Baumgartenweg (Dembrowski). Kartoffel- und Heringspartie. Start: Lessingstraße Ecke Lirischmidtstraße.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 5. Oktober. Studienfahrt nach Osterode und Kloster Janna. Beschreibung und Erklärung unserer mittelalterlichen Wehrbauten (Korburgen, Türme, Stadtmauern, Wehnhäuser). — Besichtigung und Befestigung der Kollberg. — Wanderung durch Neumarkt nach Kloster Janna. Besichtigung der noch vorhandenen Klostergebäude. Weglänge circa 12 Kilometer. — Führung durch Osterode. — Abfahrt 6.15 Uhr Bahnhof bis Osterode. — Teilnahme an der 30. W. für Mitglieder und 50 Pf. für Gäste (für Führung und Besichtigung) sind in unserer Jahrbücher für Ost- und West- und Georg Wehnert, Gräunerstr. 21, zu haben. Gäste willkommen!

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 5. Oktober, werden folgende Touren unternommen: 1. Rudow-Andow-Gebiet. Abfahrt Steintor Fernbahnhof 5.42 Uhr vorm. 2. Wissenschaft. Tour nach Goringen. Abfahrt Steintor Fernbahnhof 5.59 Uhr vorm. 3. Durch die Dabendorfer. Abfahrt Sonntagabend 8.40 Uhr Wörlitzer Bahnhof nach Königsruferhäusern. 4. Ortner-Stadler-Königsruferhäusern. Abfahrt Schleißer Bahnhof 6.03 Uhr vormittags. 5. Birkenweider-Goringen. Abfahrt vom Steintor Fernbahnhof 5.48 Uhr vormittags. 6. Reichow-Königsrufer-Schwärze-Reichow. Abfahrt Steintor Fernbahnhof 5.59 Uhr vormittags. Gäste willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 5. Oktober. I. (Kartoffel- und Heringspartie) Strausberg, Annatal Spinnmühle, Weisendagen. Abfahrt nach Strausberg: Schief. Bf. 6.23. — II. (Waldhaus, Samstages, Reichow). Abfahrt nach Waldhaus: Schief. Bf. 5.59. — III. (Waldhaus, Frankfurt a. O. umgeben). Bf. Charlottenburg 3.39 früh, Schief. Bf. 4.15. Gäste stets willkommen.

Schwimmer.

Schwimmerverein „Vorwärts“ Berlin 1897 hält am Sonntag, den 5. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in der städtischen Badeanstalt Schillingstraße, das 2. Abteilungs-Schwimmfest, veranstaltet von der Abteilung Schillingstraße. Es finden Vereins- und Abteilungs-Wettkämpfe, Herren-, Damen- und Jugendwettkämpfe, Springen, Tauchen, zwei Krigen und zwei Wasserballspiele statt. Der Eintritt kostet 50 Pf. Die Nachfeier findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Anfragen sind an den Vorsitzenden Alfred Seibt, Reu-Dabendorf, Bahnstr. 5, zu richten. Interessenten wird auf Wunsch eine Nummer des Vereins-Mitteilungsblattes zugesandt.

Fußball.

Propaganda-Fußballspiel. Am kommenden Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in Belsener, Rennbahnstr. 40 (Bundesplatz der M. S. G.) ein Propaganda-Fußballspiel der Märkischen Spielvereinigung statt. Es werden sich zwei kombinierte Mannschaften der Spielbezirke Grob-Berlin und Gumboldt gegenüber. Die den Fußballsport treibenden Arbeiter seien auf dieses Spiel besonders aufmerksam gemacht. Die Märkische Spielvereinigung, Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes, veranstaltet an den Sonntagen für jugendliche und Männer rund 50 Spiele. An der jetzt beginnenden Herbstserie beteiligen sich 75 Vereine mit über 150 Mannschaften, was einen Fortschritt im Vergleich zum Vorjahre, von über 100 Prog. darstellt.

Am 28. September veranstaltete die 2. Männerabteilung nach der Partie im Felten mit dem Belsener Turnverein verschiedene Wettspiele: 1. Fußball Felten-Fichte 9:5; 7:4. 2. Fußball bei Halbzeit 0:0. 30 Minuten vor Schluss wurde Fichte 9:2 das Spiel wegen der unruhigen Spielweise der Belsener abgebrochen. 3. 100 Meter Etappe in Halle: Fichte 9:2, 17 1/2. Felten 100 Meter zurück. 4. Ringkämpfen (Mannschaftskämpfen) Fichte 9:79 Meter, Felten 76,40 Meter.

Arbeiter-Touristenbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin 3. Abt. Donnerstag, 9. Okt., Schöneberg, Vorbergstr. 9, Restaurant Dandel. Berlin 4. Abt. Donnerstag, 9. Okt., Lichtenberg, Schornweberstraße 60, bei Widenhagen. Berlin 5. Abt. Freitag, 3. Okt., Reu-Dabendorf, Oberkassino, Reichstr. 8. Berlin 6. Abt. Montag, 6. Okt., Restaurant Haderlandt, Reue Friedrichstr. 35. **Ober-Schöneweide.** Montag, 6. Oktober, Siemensstr. 12, bei Gau's. **Spandau.** Mittwoch, 8. Oktober, Pichelsdorfer Straße 5, bei Dammes. **Romansd.** Montag, 6. Oktober, Wilhelm-, Ecke Friedrichstraße, bei Schmidt. **Romansd. (Wald-Weisdam).** Mittwoch, 8. Oktober, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Glaser.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 1. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Heinrich Dieck, Von K. K. — Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale. Zwei unbekanntere Artikel von Friedrich Engels und Karl Marx. Ueberlegt und eingeleitet von N. Kollmann. — Darryl Daniels. Von H. Rothstein. — Das neue Island. Von S. Kollmann. — Die Parteipresse auf dem Parteitag. Von Arno Franke. — Kollmann: Die Staatswirtschaft. Eine Einigung. Von R. Kollmann. — Angenommen. Von Adolf Cohen. — Schriftstellerschau. Von G. Kollmann. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportageur zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Beilage für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 1 des 24. Jahrgangs eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Das Ergebnis des Amer. Parteitags.

— Heinrich Dieck zum 70. Geburtstag. Von Clara Reiffen. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. VII. Von Anna Bloß. — Der Geburtstagsfeier in Berlin. I. Von Bertha Schlegler. II. Von Mathilde Bumm. — Die Frau in der Invalidenversicherung. Von Fr. Kleis. — Rein Gegenüber. Zusammenwirken. Von R. W.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnements 2,00 M.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 21. Nummer des 30. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen und bringt u. a. aus Anlaß des bevorstehenden 100. Geburtstages von Georg Büchner einen Aufsatz über diesen jung verstorbenen Dichter der Freiheit von Paul Enderling, dem ein gutes Porträt des Dichters beigegeben ist.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag H. D. B. Dieck Kaufh. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Abstinenz. Heute Freitag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Paul Linke, Psychopädagoge und Charakterologe, über: Hypnose und Suggestion im Dienste der Erziehung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen.

Pantow-Schönhausen. Die Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag, den 5. Oktober, eine Wanderpatrie nach: Kollberg, Liepnitz, Verdenau. Treffpunkt: 1/2 Uhr Bahnhof Pantow-Schönhausen. Abfahrt 7.43 Uhr. Hoher, Proviant und Liebedügel nicht vergessen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Rechtsanwalt bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Post als Rechtsanw. beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentw. beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen rasch an die Sprechstunde vor.

R. 1913. Die Mutter kann ihren Aufenthalt selber wählen; der Sohn ist zahlungspflichtig. Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. — **M. 2.** Rentkass. 104. Ja. — **Vorwärts 100.** 1. Köchelpind oder Kommode, Sofa, Küchenrahmen, Nähmaschine und Lampe. 2. Ja, jedoch nicht in der Höhe, Gläubiger zu demütigen. 3. Für den Fall eines Anfechtungsprozesses ja. 4. Falls Sie außerdem noch nachweisen können, daß die Bezahlung mit Ihren eigenen Mitteln erfolgt ist, können Sie intervenieren. **G. R. 36.** 1. Das Einkommen des einzelnen muß den genannten Betrag übersteigen, andernfalls ist Wohnung nicht zulässig, sofern es sich um prinzipielle Forderungen handelt. 2. Gleichgültig. 3. Auch ohne besondere Vereinbarung besteht Gütergemeinschaft nicht. Ein Ehevertrag kann vor oder nach der Heirat geschlossen werden. — **B. 61.** Die Korredaktionsfrage ist verjährt. Strafsatz und Klage auf Herausgabe erscheint aussichtslos. — **Senyer 897.** Eine Versicherungspflicht für Dienstboten besteht zurzeit noch nicht. Solche tritt aber mit dem 1. Januar 1914 ein. Die „Dienstboten“ versichern sich gegen die Verpflichtungen, die für sie aus den Bestimmungen der Gewerbeordnung im Krankheitsfall der Dienstboten sich ergeben, bei dem Abkommensverein. — **R. 2. 23.** 1. Nein. 2. Der Vater ist zur Zahlung des vollen Betrages verpflichtet. — **Varent Beckig 88.** Die Rechte leben erst wieder auf, wenn mindestens 200 Beitragsnachen in gesetzlich vorgeschriebener Weise geleistet sind.

W. 2. 27. 1. und 2. Es genügen Zeichnungen, eventuell Modelle. 3. Gütlicher Str. 95/102. 4. 20 M. 5. Nicht unbedingt notwendig, aber zweckmäßig. — **G. M. Hennigsdorfer Str. 9.** In beiden Fällen halten wir gerichtliche Schritte für aussichtslos. — **R. 3. 99.** Nein. **B. 2. 30.** Nein. — **Georg. 16.** Die Klage würde vorzugsweise abgewiesen werden. — **B. 6. 88.** Ja, die Haushaltungsgegenstände verbleiben jedoch dem überlebenden Ehegatten. — **R. 2.** Die Klage erscheint wenig aussichtslos. Zulässig wäre das Gewerbeamt Charlottenburg.

R. 14. Nur dann, wenn der Unfall die Ursache des Ablebens gewesen ist. Sie wenden sich in der Angelegenheit am zweckmäßigsten an das Arbeitersekretariat Engelstr. 14/15. — **R. G. 3. Ja.** — **G. 3. 507.** Die Bestimmung des Lokalschlichtungsausschusses besteht noch zu Recht. Die Wohnung von entbehrlichen Sachen ist zulässig. — **Erbrecht. 1.** Dazu ist allerdings der Nachlassverwalter verpflichtet. Am Interesse der Bescheinigung ist es aber zweckmäßig, daß Ihre Frau wenn möglich die Nachlassverwalterin anstellt, bezug. unterläßt. 2. Mitteilung an den Nachlassverwalter und das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Erbin verstorben ist. 3. Ja. 4. Nein, sofern eine Auseinandersetzung nach dem Tode des Mannes stattgefunden hat. — **J. K. 1.** Eimerpind. 2. und 3. Nein. — **M. 6. 60.** 1. Es bleibt nur eine Beschwerde bei dem Kreisbeschau zu Händen des Landrats übrig. 2. Fragen Sie beim Landratsverwalter, ob die Reichsbeschau 1. an. 3. Das ist zweifelhaft. — **C. 3. 1001.** 1. Das vom Ablauf der Fälligkeit der Herrschaft, für spätere Zeit Ihre Schwägerin. 2. Bezogen Sie einen Rechtsanwalt. — **G. R. 86.** 1. und 2. Ja. — **B. 100.** 1. und 2. Ja. — **B. 20.** Ein eigenhändig geschriebenes, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehenes Testament genügt. — **M. K.** Die Auflösung geschieht immer zum Reumerte, nicht zum Tageserte, also volle 1000 M., nicht 940 M. in dem genannten Falle.

Wartpreise von Berlin am 1. Oktober 1913. nach Ermittlungen des Igl. Volkswirtschaftsamt. Weiz (miter), gute Sorte 16,80—17,10, mittel 16,00—16,30, geringe 16,00—16,30. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Mischsorte 14,00—15,00. Getreide 6,00—7,40.

Marktpreise von Berlin am 1. Oktober 1913. 100 Hlgr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speiseerbsen, weiße 35,00—36,00. Linsen 36,00—37,00. Kartoffeln (Kleinhl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kaffee 1,40—3,00. Zucker 1,30—3,20. Schokolade 1,30—3,00. Backwaren 0,80—2,40. Schokolade 1,60—3,20. Mehl 0,80—1,80. 60 Stück Krebse 1,50—4,00.

Witterungsüberblick vom 2. Oktober 1913.

Stationen	Vorzeichen	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Vorzeichen	Wind	Wolke	Temperatur
Stettin	760	SW	2	13	Stettin	760	SW	2	13
Danzig	764	SW	4	11	Danzig	764	SW	4	11
Berlin	765	SW	7	10	Berlin	765	SW	7	10
Frankfurt a. M.	762	SW	10	10	Frankfurt a. M.	762	SW	10	10
München	763	SW	12	10	München	763	SW	12	10
Wien	763	SW	13	10	Wien	763	SW	13	10

Wetterprognose für Freitag, den 3. Oktober 1913. Teils heiter, teils neblig, nachts kühl, am Freitag ziemlich mild bei mäßigen östlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Offene Füße

Kramfadergeschwür. wenn auch gerundet u. hartnäckig, schmerzhaftes Banden, Jucke, unenträgliches Jucken usw. heilt in vielen Fällen ohne Nachteil die mild wirkende „Olanda-Salbe“, besonders für empfindsame Leiden, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge Nr. 1. und 250. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.



Haarblondin entwickelt Sauerstoff
das Ideal Wuschpulver für helles u. dunkles Haar
1 Paket = 25 Pf. Nur sechs m. d. Feuerkrans. Zu haben in Drogerien.
Fritz Kratz, Berlin N. Reinickendorferstr. 119

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl auf **= Kredit =**
Besichtig. meiner Musterzimmer ohne Kaufzwang erbeten. Ferner: Porzellan, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Lein- u. Bettwäsche, Betten, Gaarkronen, Herren- und Damen-Garderobe.
Kleiner Anzahl., geringe Abzahl.
J. Antel, Brückenstr. 2

Möbel

Am grössten sind die Einkaufsvorteile im Magazin
Am schönsten sind die Ausstellungen im Möbelmagazin
Am reellsten sind die Qualitäten im Möbel-Magazin
Am niedrigsten sind die Preise im Möbel-Magazin
Am kulantesten sind die Zahlungsbedingungen bei
Am erfreuendsten sind die Teilzahlungen im Möbel-Magazin

Billigste Preise, da „grosser Umsatz, kleiner Nutzen“.
ca. 600 qm Brunnenstr. 120 sowie ferner im Fabrikgebäude
Für jedes Stück wird langfristige Garantie gewährt
Komplette Einrichtungen schon von 230 Mark an
Teilzahlungen vornehm und streng diskret.
Teilzahlungen erhöhen nicht die Preise.

Otto Piehl
Berlin N. Brunnenstr. 120
Kein Kredithaus
Otto Piehl
Kein Kredithaus
Otto Piehl
Berlin N. Brunnenstr. 120
Größtes Magazin im Norden
Otto Piehl
Kein Kredithaus
Otto Piehl
Berlin N. Brunnenstr. 120
Sonntags von 11—3 Uhr geöffnet.

Enthaarung!!
Gesichtshaar und alle hässlichen Körperhaare vernichtet sofort schmerzlos und radikal „Depilator“ durch Absterben der Wurzeln unmöglich u. für immer garantiert unerschütterlich! 2 M. Für stark Wuchs 3 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Persianer
imit. Velour du Nord für Damen-Paletots Mtr. 5.—, 7.—, 10.— M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 vis-a-vis der Petrikirche.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung. Schnellste, sichere Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuss, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) Sprechst. 8—9, Sonntag 8—9. Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Sprechst. 11—1, 4—8, Sonntag 9—10

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)
Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reichlicher Auswahl. Stück 5 Pf.

Tod u. Teufel
Reichel's **Reichel's**
Wanzen-Schwaben-
Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht schmerzhaft. 21. 50 Pf. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.
Totale restlose Vernichtung der Brut.
Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.
Man kauft Drogerien nur Reichel's Original- in den Packungen u. nicht unwirksame Nachahmungen. **Einzig echt und garantiert nur mit Marke Reichel's Tod u. Teufel.**
Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.** Preis 4 Pf. 47 Pf. 25 Pf.

Aus aller Welt.

Klerikale Moral.

Das Schwurgericht in Trier verurteilte dieser Tage einen dreißigjährigen Ackerer aus dem Moselgebiet zu fünf Jahren Gefängnis und die mitangeklagte Ehefrau wegen Beihilfe zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis. Beide hatten gleich nach der Geburt eines Kindes das junge Lebewesen vorzüglich getötet. Der Fall verdient als ein Beitrag zur Psychologie frommer Moral in weitesten Kreisen bekannt zu werden.

Die beiden Angeklagten unterhielten ein Liebesverhältnis, das schließlich zu intimer Umgang führte. Als die Folgen sich bemerkbar machten, begann gegen das Mädchen im Dorfe eine wütende Hysterie. Es wurde als Hure gebrandmarkt; als das Liebespaar sich entschloß zu heiraten, erreichte die Hysterie ihren Höhepunkt. Im ganzen Dorfe hieß es, daß Liebesleute, die vor ihrer Verheiratung miteinander verkehren, keine Hochzeit feiern dürfen. Allenfalls sei ihnen erlaubt, sich morgens früh durch den Pfarrer in der Kirche in einfacher Form verbinden zu lassen. So waren die beiden durchaus religiös gesinnten Leute geachtet, und das wirkte so niederdrückend, daß in ihnen der furchtbare Gedanke erwachte, um jeden Preis der vermeintlichen Schande zu entgehen. Sie stellten entschieden in Abrede, daß sie heiraten wollten. Am 8. Mai d. J. feierten sie ihre Hochzeit. Obwohl die Frau nur wenige Wochen vor der Niederkunft stand, brachten die Geheymen es fertig, gegen ganz nahe Verwandte mit Verleumdungslagen vorzugehen, weil sie der Ehefrau ihren Zustand vorgeworfen hatten. Einige Wochen nach der Hochzeit kam die Frau nieder und bald nach der Ankunft des jungen Weltbürgers erdroffelte der Ehemann das Kind unter Beihilfe seiner Frau. Die Leiche wurde in einen Sack verpackt, auf dem Felde verscharrt und dort durch einen Zufall später gefunden. Das Gericht hielt im Anfang einen Mord für vorliegend, weil es in dem hartnäckigen Bestreben der beiden Angeklagten, den Zustand der Frau zu verheimlichen, die Absicht zur später erfolgten Tat vermutete. Wenn schließlich nur Anklage wegen vorläufiger Tötung erhoben wurde,

dann kann man das nur begrüßen. So furchtbar das Verbrechen auch sein mag, ist es doch letzten Endes geschaffen worden durch eine Moral, die den Strauchelnden ächtet und die natürlichsten Vorgänge als Kuchwürdig und verdammenswert bezeichnet. Und diese Phariseer-moral soll, das ist das Bestreben der Frömmlichen, Gemeingut des Volkes werden.

Die Explosion beim Bagdadbahnau.

Die bereits gemeldete Explosionskatastrophe im großen Bagdache-Tunnel der Neubauftrasse der Bagdadbahn hat zahlreiche Opfer gefordert. Wie sich jetzt nach Vollendung der Aufräumungsarbeiten ergibt, fanden 22 Arbeiter den Tod, 11 sind verletzt. Der Sachschaden ist nicht erheblich. Die Bauarbeiten an der Unfallstelle sind wieder aufgenommen worden. Eine Untersuchung über die Ursachen des Unglücks ist von der Baudirektion alsbald eingeleitet worden.

Unwetterkatastrophe in New York.

Ein gewaltiger Vollenbruch, einer der stärksten seit Gründung der Stadt New York, ist am Mittwoch über die Stadt niedergegangen. Innerhalb einer Stunde waren 9 Zentimeter Regen gefallen. Der Hudsonfluß ist derart gestiegen, daß die Zugbrücke nicht heruntergelassen werden konnte und der Verkehr zwischen New York und Brooklyn völlig unterbrochen war. Sämtliche Verkehrsmittel, Straßenbahnen, Automobile und insbesondere das Hauptverkehrsmittel New Yorks, die Untergrundbahn, stellten ihre Tätigkeit mehrere Stunden völlig ein, und gerade in der Zeit, wo der Verkehr aus der City nach den Vororten am lebhaftesten war, verkehrte nicht ein einziger Zug, da die Straße völlig überflutet war. Tausende von Leuten sahen sich genötigt, darauf zu verzichten, aus dem Geschäft am Abend nach Hause zurückzugehen, da keinerlei Beförderungsmittel aufzutreiben war. Hotels und Restaurants wurden förmlich bestürmt. Verschiedene große Zeitungen konnten am Donnerstag erst mit großer Verspätung erscheinen, da das Personal nicht nach den Druckereien und den Redaktionen gelangen konnte.

Kleine Notizen.

Dr. Diefels rätselhaftes Verschwinden. Die holländische Zeitung „Metropole“ erklärt, daß ein Angestellter der Great Eastern Company in Antwerpen die feste Versicherung abgegeben hatte, daß Dr. Diefels gar nicht die Ueberfahrt gemacht habe, da der Steward seinen Namen nicht auf die Liste der Kabinenpassagiere geschrieben habe. Diese offizielle Erklärung steht allerdings im stärksten Widerspruch mit den Behauptungen der Reisebegleiter Dr. Diefels. Der holländische Vertreter des Handelsamtes hat jetzt eine Untersuchung über das Verschwinden Dr. Diefels eingeleitet, doch bisher ohne Erfolg.

Die Cholera in Rumänien. Nach amtlicher Feststellung waren in 188 verheudeten Gemeinden Rumaniens bisher 1159 Cholerafälle zu verzeichnen. 76 Erkrankte sind gestorben und 89 genesen.

Erdbeben in Zentral-Amerika. Ein heftiges Erdbeben suchte am Mittwochabend den ganzen Isthmus heim. Zwei Erdstöße, von denen der zweite 10 Sekunden dauerte, wurden wahrgenommen. Die Bevölkerung ergriff panischer Schrecken, doch ist bis jetzt kein ernsthafter Verlust und auch keine Beschädigung des Panamakanals gemeldet worden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Station, am 1.10., seit 30.9., and another set of am 1.10., seit 30.9. for comparison. Stations include Remel, Tüft, Dregel, Ansternburg, Weichsel, Eborn, Ober, Ratibor, Krossen, Frankfurt, Warthe, Schrumm, Landberg, Rehe, Bordanum, Elbe, Leitmeritz, Dresden, Barbe, Ragdeburg, Saale, Großh, Habel, Spandau, Raibenow, Spree, Soremborg, Weßlow, Weser, Minden, Rhein, Wargmillandau, Kaul, Köln, Redar, Hellbrom, Rain, Hanau, Mosel, Trier.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterbeleg.

Die Herrin des Nils

(Cleopatra)

Dieser Film, der ein hervorragendes Meisterwerk technischer Film- und Regie-Kunst ist, führt uns in lebensstrenen Bildern das tragische Schicksal des römischen Feldherrn Marc Anton und der ägyptischen Königin Cleopatra vor Augen. Von gewaltiger Wirkung ist die Massententfaltung der römischen und ägyptischen Heere, die in

der nächtlichen Durchschreitung des Nils, der Erstürmung und dem Brande Alexandriens ihren Höhepunkt findet.

Uraufführung heute Freitag, „Cines“ Nollendorf-Theater

Vorverkauf von 11-1 Uhr vormittags an der Theaterkasse.

Vorführung 6 1/2 und 9 Uhr.

Zum Tisch = Anfang

Dauer nur bis 8. Oktober.

Besonders billige Ausnahme-Preise!

- Manchester-Anzüge verschiedene Farben Größe bis 6 Nur ein Preis 3.10
Manchester-Anzüge Qualität: Größe 1 bis 6 Nur ein Preis 4.75
Sport-Anzüge aus sehr haltbaren Stoffen Größe 1 bis 6 Nur ein Preis 4.20
Sport-Anzüge aus schön gemusterten Stoffen Größe 1 bis 6 Nur ein Preis 5.70
Prinz-Heinrich-Anzüge blaue Kammgarnart od. farbige Buckskins Größe 1 bis 6 Nur ein Preis 7.50
Schüler-Hosen Größe 1 bis 6 1.35 Größe 7 bis 12 aus Resten gearbeitet 1.85

Hervorragend schöne Modelle und Reismuster Knaben-Ulster, Pyjacks Blusen-, Sport- u. Schul-Anzüge in den allerneuesten Fassons für das Alter von 2-18 Jahren zu bekannt billigen Preisen

- Schul-Anzüge blaue Kammgarnart, hochgeschlossen und offen, mit Ueberkragen, Größe 1-6 Nur ein Preis 6.25
Schul-Anzüge Sport-Fasson, in verschiedenen Stoffen, Größe 1-6 Nur ein Preis 7.50
Blusen-Anzüge schw. blaue Kammgarnart, Größe 7-12 9.50 Größe 1-6 Nur ein Preis 11.50
Jackett-Anzüge aus verschiedenen Stoffen Größe 7-9 Nur ein Preis 7.25
Pyjacks blauer Cheviot, Aermel mit Stickerei Größe 1-6 Nur ein Preis 3.95
Pelerinen für Knaben und Mädchen, 70, 80, 90 cm lang. Nur ein Preis 4.10

Schüler-Sweater, Mützen, Sport-Hemden, Gürtel, Träger, Wäsche usw. zu bekannt billigen Preisen

BaerSohn

Berlin Gegr. 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Der soeben erschienene Hauptkatalog Nr. 48 (Herbst- u. Winter-Moden 1913-14) kostenfrei



"Unsere Marine"

Schlager in Qualität! Die beste PFG. 2 Cigarette

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

Die Hauptmarke

Theater und Vergnügungen

Zweiter, 2. Oktober 1913.
Anfang 6 Uhr.

Club Palast am Zoo. Varieté-Abend.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Cineo-Rollenberg-Theater. Varieté-Abend.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.

Kgl. Schauspielhaus. Schwanenweib.

Deutsches. Torquato Tasso.

Seifung. Der Gant.

Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach New York.

Raumerziele. Die goldenen Palmen.

Deutsches Schauspielhaus. Der erste Befehl. Satans Maske.

Königgrätzer Straße. Die fünf Franzosen.

Deutsches Künstlertheater. Der Biberpelz.

Theater am Rollenbergsplatz. Die Heimkehr des Odysseus.

Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.

Theater des Westens. Gräfin Fifi.

Montis Operetten. Der lachende Ehemann.

Kleines. In Zwölfteil Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Serravallo.

Neues Opernhaus (Kroll). Der ewige Junge.

Berliner. Geheimes.

Deutsches Opernhaus. Sabelang.

Schiller O. Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller Charlottenburg. Die Großstadtluft.

Thalia. Geheimes.

Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Kafino. Der Klienten oder Tante auf Teufelhaube.

Trianon. Seine Geliebte.

Herrfeld. Was sagen Sie zu Leibsch?

Zirkus Busch. Galavorstellung.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Streiter Sänger.

Cineo Volks-Theater. Varieté-Abend.

Cineo Friedrich-Wilhelmstadt. Varieté-Abend.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Residenz. Im Ehehäufig.

Luisen. Maria Stuart.

Luisen. Die Allwörden.

Walhalla. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der ledige Ochse.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Fliert in St. Moritz.

Cineo Rollenbergs-Theater. Varieté-Abend.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-52.

Deutsches Schauspielhaus
Der erste Befehl. — Satans Maske

Berliner Theater.
Heute geschlossen.
Sonabend, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Wie einst im Mai.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Komödienhaus.
8 Uhr:
Das Paar nach der Mode.

8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2 Uhr:
Im Ehehäufig.
(Les Mairis en cage.)
Schwanke in 3 Akten v. Antony Mars und Maurice Desvallières
Morg. u. folg. Tage: Im Ehehäufig.
Sonntag, 5. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Frau Präsidentin.

Lessing-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**
Son. Aben. Musik von Orteg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Professor Bernhardi.

Deutsch. Künstler-Theater
Sozialität
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: Der Biberpelz. — Sonabend:
Hannos Himmelfahrt. D. zorb. Krug.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 1/2 Uhr:
Maria Stuart.
Trauersp. in 5 Akten v. Schiller.
Sonabend, nachm. 4 Uhr: **Rotkäppchen.**
Abends 8 1/2 Uhr: **Die Ahnfrau.**
Sonabend, nachm. 3 Uhr: **Die Ahnfrau.**
Abends 8 1/2 Uhr: **Laura massiert.**

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuld
der
Rafael ohne Arme
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Der Mann mit der eisernen Hand
und die anderen Attraktionen.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: **Mit d. „Imperator“ nach New York.**
Invalidenstr. 57-52: **Sternwarte.**
Geöffn. b. klarem Wetter: Sonntag,
Dienstag u. Freitag v. 8-11 Uhr
abends. Eintritt 50 Pf.

Admiralspalast
Einziges Eispalast
mit prunkvollen Eisballetten.
Fliert in St. Moritz.
Tango a. d. Eise — Hilde Rückert.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Sängerehor Vorwärts—Süd-Ost
M. d. A.-S.-B. Chorm.: Otto Kowalski.
Sonntag, den 5. Oktober 1913:
Herbst-Konzert
im großen Konzertsaal der Brauerei „Friedrichshain“
Am Friedrichshain 16-23, am Königstor.
Mitwirkende: Berliner Konzerthaus-Orchester, Dirigent
Franz v. Blon; Heria Dohmow, Konzertsängerin; am Flügel
(Ibach): Otto Kowalski.
Einlaßkarten 75 Pf. :: Vorverkauf 60 Pf.
Eröffnung 8 Uhr. [90/8*] Anfang 6 Uhr.
Einlaßkarten sind zu haben bei Horsch, Engelauer 15;
Gottfried Schulz, Kottbuser Tor; Kaufhaus
Engel, Wiener Straße 33 (Ecke Forster Straße); ferner bei den
Mitgliedern, sowie in allen m. Plakaten versehenen Geschäften.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. 8 1/2 Uhr:
Die Allwörden.
Schauspiel in 7 Bild. v. E. Ritterfeldt.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Schauspiel in 3 Akten u. 3 Bildern.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps des 1. Garde-Regiments. Dirig.: Oberm. Saarz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Wochentagen: Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
Dienstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr:
Populäres Konzert des
Berliner Volks-Orchesters Dir. **Alfred Hirsch**
sowie Gastspiel der Opernsängerin **Erna Hallensleben**,
Dr. Heinz Caspary — Lieder zur Laute — und
Wladimir Dawingoff aus Petersburg, der einzige Stabell-
meister, welcher durch hunderte Vosen und Bewegungen Musik illustriert.
Abendkasse 50 Pf., Vorkauf 30 Pf. sind
bei den „Vorwärts“-Spezialreizen Zucht, Immanuelstraße 12 und
Hanisch, Adlerstr. 174, zu haben.

Volgt-Theater
Gadstraße 58.
Freitag, den 3. Oktober 1913:
Eva.
Schausp. in 5 Akten von Rich. Boh.
Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Montis Operetten-Theater
Schnitzbühlendamm 4a. (fr. Neues Th.)
Nachm. 3 Uhr: **Der Vogelwandler.**
Täglich abends 8 Uhr:
Der lachende Ehemann.

Die CINES Theater
Heute in allen vier Theatern
Première!
Nollendorf-Theat.
Die Herrin des Nils
(Cleopatra)
Das Filmwunder der Welt!
Drama in 5 Akten.
Hauptdarsteller:
Cleopatra, Königin v. Aegypten
J. Terribili-Gonzales.
Mare Anton, Triumvir der
römischen Republik, A. Novelli.
Octavius, seine Gattin, E. Lenard.
Octavius, Triumvir der römischen
Republik, J. Lupi.
Nagar, Sklavin der Cleopatra,
M. di Marzio.
Vorverkauf 11-1 Uhr.
Vorstellung 6 1/2 und 9 Uhr.

Apollo-Theater
The Rag-Time Six
Erste Original-Vorführung
neuester amerikanischer Tänze
und populärer Melodien

Made Rochez's Affen-
Theater
Selbständige Affen-
Variété-Vorstellung.

Der keusche Joseph
Pikantes Bade-Abenteuer.
Sketch in 1 Akt.

Ferner ein reichhaltiges Programm
erstklassiger Variété-Akte und
unserer renommierten Lichtspiele!
Anfang 8 Uhr, Sonntag 4 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise einschließlich
Garderobe, Programm und
Steuer von 65 Pf. an.

Friedr.-Wilhelmstadt. Th.
Beginn 8 Uhr:
Quo vadis?
Variété-Vorführungen ab 9
„Eine Meile
in der Minute“
d. sensationelle Wettrennsketch
„Auto gegen Expresszug“
Original-Vorführung des Lon-
doner Opera House.

Anders geeignete ähnliche Dar-
stellungen sind Nachbahrungen

Lilly Walter - Schreiber
Minister-Soubrette.

Ferner ein reichhaltiges Programm
erstklassiger Variété-Akte und
unserer renommierten Lichtspiele!
Anfang 8 Uhr, Sonntag 4 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise einschließlich
Garderobe, Programm und
Steuer von 65 Pf. bis 1.50 M.
Logenplatz 2 M.

Palast am Zoo
Paulton & Dolay
Humoristische Radfahrer mit
ihren originellen Trickstücken.

Aggessen
Der König der komischen
Jongleure.

Alexanders Ragtime Band
das berühmte amerikanische
Radau-Ensemble.

Ferner ein reichhaltiges Programm
erstklassiger Variété-Akte und
unserer renommierten Lichtspiele!
Ununterbrochene Vorstellung von
8 Uhr an. Eintritt jederzeit, —
Sonntag von 3-5 Uhr Sonder-
vorstellung.

Berliner Humor-Quartett
W. Watzky Oederbergerstr. 30

Zirkus Alb. Schumann
Freitag, den 3. Oktober
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
10 Bengalische 10
Königstiger
vorgel. von Herrn Sawado.
4 Römische Grazien 4
Orig. Reitakt
Mit Pia, Adele, Helene u. Rosita.
6 Concertina-Students
Asana-Truppe
und weitere 14 Attraktionen.

Zirkus Busch
Heute Freitag, den 3. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
u. a.
R. Weise's Wanderbären
Kapt. Wall mit seinen
Hilfsbären.
Briant, Wenich oder Puppe?
Das Mirakel?
sowie Kunstf. all. gr. Attraktionen.
3. Schluß die neue Reiterpantom.
Aus unseren Kolonien
Avie:
Sonntag 2 gr. Vorstellungen,
nachm. 3 1/2, abends 7 1/2, Uhr.
Nachm. hat jeder Erwachsene
ein Kind frei.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**

Dr. Rudolph Wagner, m. Gef. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständig. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dr. Richard Schultz.
Karl Bachmann, Joseph Giampietro,
Guido Thielscher, Alfred Schmasow,
Leopold Wolf, Ludwig Wolf,
Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.
Neu! Son 9-1 Uhr: Neu!
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 10. Oktober
Der Aktien-Tenor
u. das glänzende Variété-Programm.
Freitag, d. 11. Oktober, zum 1. Mal:
Herbrand der Tugendhafte.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Epre.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Neu! **„Alarm!“**
Milit. Humoreske
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu er-
mäßigt. Preisen:
Sanatorium
Sonnenstich.
(Bogen 1 R., Sultan 75 Pf.,
Entree 35 Pf.)

Schiller-Theater O. Wallner-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergorac.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

Theater am Nollendorfplatz.
Die Heimkehr d. Odysseus
Barock-Operette.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Gräfin Fifi.**
Sonnt. nachm. 3 1/2: **Der liebe Augustin**

Nachmittag
Konzerte
Beginn 4 Uhr
Pausen werden mit
Lichtbildern aus-
gefüllt

Spezial-
Kinder-Programm
Montag Humoristisch
Mittwoch Original
Freitag Nachmittags Ein-
tritt frei!

Mündner Oktoberfest

Allabendlich:
Pünktlich 9 Uhr
Mr. Glasneck
„Die Original-Kanons“
mit den neuesten u.
beliebtesten
Schlagern

Illustrierte Konzerte
Mister „Masetop“
aus Chicago
konzertiert täglich nachmittags
von 4 Uhr bis abends 9 Uhr

Urkomisch

bis 6 Uhr morgens

Wieder eingetroffen
die
„Tegernseer“
(originelle Bayern)
Eintritt frei für
alle Gäste

Kerkau-Palast